

# Sezession

Autorenporträt
Joseph Beuys

Erik Lehnert
Doppelstaat

Martin Lichtmesz
Wir, Virus, Wien

Simon Kießling
Zähne, Glätte, Macht

Ellen Kositza
Identitti

101

April 2021
11 EURO
ISSN 1611–5910
www.sezession.de

Sezession

Herausgegeben vom
Verein für Staatspolitik e.V.
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
E-Mail: redaktion@sezession.de

Vertreten durch Dr. Erik Lehnert
(Vorsitzender)

Eingetragen im Vereinsregister
am Amtsgericht Stendal,
Registernummer: 46786

Unter Mitarbeit von Wolfgang Dvorak-Stocker, Benedikt Kaiser, Ellen Kositza, Götz Kubitschek (V.i.S.d.P.) und Erik Lehnert

19. Jahrgang, Heft 101,
April 2021

*Sezession* erscheint im Februar, April, Juni, August, Oktober und Dezember. Der Preis für das Einzelheft beträgt 11 € zzgl. Versandkosten.
Wer *Sezession* für mehr als lesenswert hält, kann ein Förderabonnement (75 €/sechs Hefte) zeichnen. Das normale Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet 50 €, ermäßigt 35 € (junge Leser in Ausbildung), jeweils inkl. Versand. Auslandsabonnenten bezahlen zusätzlich 10 € Porto im Jahr.
Wird das Abonnement nicht bis zum 30. November gekündigt, verlängert es sich um ein weiteres Jahr.

 Manuskripte sind übrigens stets willkommen und sollten als Kurzbeitrag 9 000 und als Grundlagenbeitrag 15 500 Zeichen (inkl. Leerzeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel: (03 46 32) 90 43 96
Fax: (03 46 32) 90 43 97

redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

ISSN 1611-5910

## Editorial

1 **Abschnürung**
Götz Kubitschek

## Bild und Text

2 **Sagt es nicht Kali**
Ellen Kositza

## Grundlagen

4 **100 Jahre Joseph Beuys**
Leon Wilhelm Plöcks

12 **Lob der akademischen Unwissenheit**
Ein Gespräch mit David Goodhart, Matthew Crawford und Richard Sennett

20 **Wien, Virus, wir**
Martin Lichtmesz

26 **Was wir wissen können**
Frederik Holst und Erik Lehnert

32 **Vor einem Jahr**
Benedikt Kaiser

38 **Doppelstaat**
Erik Lehnert

42 **Glätte, Zähne, Macht**
Simon Kießling

46 **Antinostalgie: Mark Fishers Werk**
Nils Wegner

50 **Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit**
Marcel Kehlberg

56 **Ungarns politisches Minimum**
Márton Békés

60 **Pál Telekis historische Tat**
Jörg Seidel

64 **Krall, Jack Ma, Otte, Heß**
Caroline Sommerfeld, Benedikt Kaiser, Stefan Scheil

68 **Ökologische Betrachtungen** (8): **Industrielle Viren**
Jonas Schick

70 **Kaltenbrunner zum 10. Todestag**
Caroline Sommerfeld

## Bücher

72 **Rezensionen**

# Abschnürung

von Götz Kubitschek

Als die Rote Armee den Ring um Stalingrad schloß und die 6. Armee abschnürte, saßen Hunderttausende deutsche Soldaten in der Falle. Man kann sich die katastrophalen Tage vorzustellen versuchen, in denen die Ausweglosigkeit zur Gewißheit wurde, kann die verzweifelte Suche nach Handlungs-, nach Befreiungsmöglichkeiten den Briefen entnehmen, die später veröffentlicht wurden: Die Bewegung erstarrte, das Bild gefror, kein Vorstoßen, Durchstoßen, Umgehen, Ausweichen, Antäuschen waren mehr möglich, vor allem auch: kein Freikämpfen mehr, kein Rückzug.

1956 tauchte in der Zeitschrift *Der Nervenarzt* ein Bericht über einen Ministerialbeamten aus Berlin auf, der die Abschnürung Stalingrads von seinem Schreibtisch aus wahrgenommen und mit einer seltsamen Form körperlicher Erstarrung reagiert hatte: Man fand ihn auf seinem Stuhl sitzend vor, die Beine bis zur Sitzfläche hochgezogen und mit den Armen umkrampft. »Ein Zwangsimpuls war über ihn gekommen, der die Verkürzung der unteren Extremitäten verlangte. Streckte der Mann die Beine aus oder versuchte er den Fußboden zu betreten, so steigerte sich die Angst ins Maßlose«, heißt es im Bericht. Auch habe der Beamte alle Uhren anhalten lassen: »Durch das Abheben der Füße vom Boden wird die Möglichkeit räumlicher Fortbewegung vereitelt und damit dem Impuls ›Weg!‹ eine Gelegenheit, sich auszuleben, genommen; aber dieser Impuls soll nicht bloß im Raum, sondern auch in der Zeit keinen Angriffspunkt mehr finden: daher werden die Uhren angehalten.«




Diese kauernde Haltung, diese »Beugespannung« (wie es in dem Bericht heißt) ist der Minimalschutz, die allerletzte Geborgenheit: Winterstarre als vorletzte Antwort, keine Hoffnung mehr in Raum und Zeit, Lebenserhaltung durch Höhlenbildung mit sich selbst, Austritt aus dem Gang der Dinge.

Vorletzte Antworten aus Briefen und Gesprächen, März 2021: »daß ich nicht mehr weiß, ob ich unseren Laden noch einmal eröffnen soll, mit so einem gewinnenden, die Kunden begrüßenden Lächeln im Gesicht. Was nämlich, wenn der erste, zweite, zehnte nichts kauft?« – »Ich komme ja morgens schon kaum aus dem Bett, und wenn ich es geschafft habe, dann muß ich abschließen, bis nach dem Abendessen mindestens, sonst liege ich sofort wieder drin, ohne Buch, ohne Handy, eingerollt wie in einer Höhle.« – »Und so ist das auch im Bekanntenkreis: Da gibt es Kinder, die von einer Art Schlafkrankheit befallen sind, die nur noch kauern. Einen kennen wir, der bricht in panisches Geschrei aus, wenn er die Wohnung verlassen soll: Todesangst vor dem ansteckenden Nachbarn und völlige Verunsicherung, was denn nun erlaubt sei, und: ob übermorgen schon wieder nicht mehr.« – »Nun hat er sein Studium abgebrochen. Die Frage, die er stellt: Wozu noch lernen? Sein Zimmer ist zu seiner Höhle geworden, sein Laptop ist das einzige Fenster.« – »Vorgestern hat sich in der Schule ein zweites Kind umgebracht, mit 15. Die ganze Klasse zittert, der Abgrund hat sich aufgetan. Nun streift ein zweiter Psychologe durch die Gänge und spricht durch die Maske. Wir jedenfalls lassen unsere Tochter nicht mehr hin.«

Der Kessel unserer Zeit ist das je abgeschnürte Leben: Man sieht die Leute einkaufen gehen, man sieht sie werkeln und herumräumen, aber im Grunde ist das ein Ausgang an der Leine, eine Warteschleife, ein Ablenkungsmanöver: Wer weiß, was wir morgen noch dürfen? Was wir uns im vergangenen April als panische Eindämmungshandlung erklärten, ist heute ein Verbrechen: Millionen Bürger in einen Kessel zu schicken, in die Ausweglosigkeit, in die Abhängigkeit; sie gefügig zu machen, ihnen den Nachbar, den Nächsten als womöglich tödliche Gefahr vorzustellen. Angst schüren und damit Politik treiben: Der Angriff auf die Seele ist heftig, das Trauma eingepflanzt, die Beugehaltung das Ziel.

Wir stehen vor der geradezu existentiellen Aufgabe, uns nicht abschnüren zu lassen, sondern auszubrechen. Wie schrieb Raspail? »Wir werden suchen müssen, jenseits dessen, was wir kennen und dessen, was wir nicht kennen. Zuerst innerhalb unseres eigenen Landes und dann auch außerhalb der Grenzen. Was geschieht um uns herum? Was ist die Bedeutung von alledem? Es wäre dieser Stadt nicht würdig, das Ende untätig abzuwarten, ohne nach einem Ausweg zu suchen.« ■

# Sagt es nicht Kali

von Ellen Kositza

Wir sehen hier ein schrilles Wesen. Es hat Frauenbrüste und langes, dunkles Haar. Dabei blaue Haut. Es tobt mit aufgerissenen Augen und Mund. Es ist vierarmig und grell illuminiert. Die eine Rechte schwingt einen Säbel, die andere macht eine herausfordernde Kampfesgeste. Passend dazu steht das Wesen breitbeinig im Ausfallschritt: Kommt! Kommt mir nur! Links hält die Figur einen abgeschlagenen Männerschädel mit schlaffen Lidern und ohnmächtig herausgestreckter Zunge. Die andere Linke fängt in einer Schale das triefende Blut auf, offensichtlich nutzlos, denn der Lebenssaft läuft bereits über. Männerschädel schmücken als Kette den Hals des Wesens, eroberte Arme samt Händen ihren Hüftgürtel. Wir ahnen, daß es die Gliedmaßen von Männern sind, alles andere wäre unlogisch. Unter dem mit Ringen geschmückten linken Fuß der Furie liegt ein weißer Mann (ihr eigener Gatte Shiva, wie wir recherchieren können), er hat offenkundig ausgehaucht. Neben der – ebenfalls goldverzierten – rechten Fessel sehen wir die blutigen Überreste eines schwarzen Mannes.

Hier geht es sichtbar nicht um einen defensiven Akt der Selbstbehauptung. Bei dieser indischen Göttin geht es um nichts weniger als um die totale Vernichtung. Die wütende, tobende Kali kennt keine Gefangenen. Der preisgekrönte (Wiener Kunstausstellung 1873) indische Maler Raja Ravi Varma (1848–1906) hat dieses provokante Bild verfertigt. Nun dient es als Buchcover. Das ist auf eine Weise vielsagend.

Wer in den sozialen Medien »blutrünstige Inhalte« abbildet, muß, gemäß den Richtlinien, normalerweise gehen. Allerdings nur gelegentlich. Eine als seriös, keinesfalls als extrem feministisch geltende Journalistin, Anna Schneider (vormals *NZZ,* neuerdings *Die Welt*), wurde auf Twitter gerade »gegangen«, weil sie als sogenanntes Profilbild den Ausschnitt eines Caravaggio-Gemäldes nutzte: die Enthauptung des Holofernes. Das ist eine blutrünstige Szene: In äußerster Not und in Sorge um ihr Volk nimmt Judith dem assyrischen Belagerer Holofernes das Leben. Abendländische Kunst, von Twitter getilgt mit Rücksicht auf sogenannte Sitten. Das hier (und übrigens medial allüberall) veröffentlichte Romancover ist drei-, vier-, eher zwanzigmal blutrünstiger. Es stieß bislang auf keine Kritik. Vermutlich gibt es eine Art »Folkloreschutz« – was im Grunde bereits ein streitbarer Tatbestand wäre. Ich meine: Wäre hier und heute jenseits irgendwelcher dunklen Räume ein Buchumschlag denkbar, auf dem, sagen wir, ein Muskelmann auf einer Frau herumtrampelt und zugleich mit x abgeschlagenen Frauenköpfen triumphiert? Eine rhetorische Frage. Wäre es natürlich nicht.

Die Autorin, die sich hier auf Kali beruft, die indische Göttin des Todes und Verkörperung des Zorns, heißt Mithu Sanyal. Frau Sanyal, 1971 als Tochter eines indischen Vaters in Düsseldorf geboren, ist ein Lieblingskind des bundesdeutschen Feuilletons. Sie ist feste Mitarbeiterin des WDR, schreibt zudem Auftragsarbeiten für die *taz,* die *Junge Welt* und die Bundeszentrale für politische Bildung. Im zwangsgebührenfinanzierten Rundfunk wird ihre Stimme häufig als Expertin für sogenannte Geschlechterfragen zugeschaltet. Es ist, zugegeben, eine angenehme Stimme, heiter und daseinsgelassen – wodurch sie sich vom aufgeregten Sound ihrer feministischen Kolleginnen und Freundinnen im Geiste durchaus abhebt. Sanyal hat über die Kulturgeschichte des weiblichen Genitals promoviert und mit ihrem Buch *Vulva* (2009) Achtungserfolge erzielt. Frau Sanyals tabuloses wie anstrengendes Buch *Vergewaltigung – Aspekte eines Verbrechens* war sogar eine meiner sezessionistischen Weihnachtsempfehlungen anno 2016. Mir gefiel, wie sie hier gleichsam gegen den Strich dachte, indem sie die Schreckenstat entmystifizierte. Sprich: behutsam von althergebrachten Wertungen befreite. Nun, in ihrem ersten Roman, dessen Cover hier zur Behandlung ansteht, nimmt Frau Sanyal eine Re-Mystifizierung vor. Das ist sehr, sehr schräg.

In dieser Geschichte geht es um die Studentin Nivedita (ihr titelgebender »Identitti«-Blog handelt neben Identitätsfragen tatsächlich von »Titten«; Nivedita ist sexuell sehr ansprechbar, Sex ist neben Race ihr zweitliebstes Thema) und ihre prominente »indische« Professorin Saraswati. Frau Prof. Saraswati ist mindestens so furios wie die Göttin Kali. Sie pflegt Allüren, gegen die Camille Paglias Widerborstigkeit ein Klacks ist. Sie, Professorin für Postcolonial Studies an der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität, wird von ihren »Student*innen« geradezu angebetet. Ihr jüngster Text, *White Guilt. Warum niemand weiß sein will,* hat international für Furore gesorgt. Es ist ihr Verdienst, daß »Nicht-

Weißsein cool« geworden ist. Nun kommt heraus: Die akademische Göttin heißt in Wahrheit Sarah Vera Thielmann, ist weiß und hat Wurzeln in Karlsruhe. Ein Skandal! Dabei hatte sie sich ihre Transrace-Performance durchaus was kosten lassen: Hormone, Operationen. Für Sarah Vera war es der logische und einzige Ausweg, um der »weißen Schuld« zu entkommen: ganz und gar Person of Color zu werden. Ihre Freunde goutieren das letztlich. Sie ist den finalen Schritt gegangen, den ein schuldbewußter weißer Mensch gehen kann. Ihre Gegner nennen es Betrug: Als nun »Braune« (darf man so nicht sagen, da rassistisch) erhebt sie sich immer noch über alle Schwarzen, die anders als Saraswati »keine Möglichkeit zum Passing hatten«, sprich, zum Switchen in eine andere Race. Es wäre witzig, wenn es witzig gemeint wäre und diese dekonstruktivistischen Albereien als solche satirisch entblößt würden. Nur: Frau Sanyal meint es bitterernst. Sie hat eine Literaturliste beigefügt: von *Decolonising the Mind* bis zu *Unlearning Imperialism* und *White Privilege* ist alles darunter, was das rassismusfixierte und zugleich Race-leugnende Herz begehrt.

Kalis Furor ist deshalb bedeutsam, weil Frau Sanyal enorme Reichweite hat. Dieses Romandebüt wurde, soweit zu sehen ist, auf sämtlichen Sendeplätzen des staatsnahen Großfeuilletons nicht bloß vorgestellt, sondern gefeiert. Zusätzlich hat sie für ihren »frivolen« Roman im Vorfeld viele »diverse« Stimmen (unter anderem von Ijoma Mangold, Sibel Schick, dem Staatsfunk-Redakteur René Aguigah, Hengameh Yaghoobifarah, anderen prominenten Kulturlinken wie Kübra Gümüsay und Fatma Aydemir; aber auch von Nichtlinken wie Lars Weisbrod und Arne Hoffmann) eingeholt, die sie direkt im Geschehen verwertet. Das ist geschickt eingebaut in die Romanhandlung. Der Roman endet mit einem realen Ereignis, dem »rechten Terroranschlag von Hanau«. Frau Sanyal äußert beklommen, daß ihre Fiktion mit einer »derartigen Attacke« enden »mußte«. Denn, ganz persönlich: »Ich habe keine Angst auf die Straße zu gehen, natürlich nicht, aber wenn ich nachts allein an einem Mann vorbeigehe, dann ist mein erster Gedanke: Ist das ein Nazi?« Das Schweigen über diese »bundesrepublikanische Wirklichkeit« sei eine »nicht akzeptable Leerstelle«. Ah. In diesem Land stehen sogenannte *Mixed-race*-Personen verschwiegenerweise vor einer lebensbedrohenden Gefahr.

Bitte: Sagt es nicht Kali weiter. ■





# 100 Jahre Joseph Beuys

von Leon Wilhelm Plöcks

Joseph Beuys war einer der einflußreichsten Künstler des 20. Jahrhunderts. Am 12. Mai dieses Jahres wäre er hundert Jahre alt geworden. Gestorben ist Beuys 64jährig im Januar 1986. Seine Asche wurde symbolträchtig vor Helgoland in die Nordsee gestreut.

Bis heute gehört Beuys, ungeachtet seiner unbestreitbaren kunst- und kulturgeschichtlichen Bedeutung, zu den großen Umstrittenen. Den einen gilt er als Jahrhundertkünstler oder Wegbereiter eines neuen postmaterialistischen Zeitalters, anderen als Scharlatan. Schamane, Wanderprediger, Magier, Künstler-Prophet, Anarchist, Revolutionär, Agitator, teutonischer Buhmann (so in einer amerikanischen Kunstkritik), Spinner, politischer Dilettant – die dem Mann mit Hut angehefteten Etikettierungen gäben Stoff für ein ganzes Lexikon. Beuys dürfte nichts dagegen gehabt haben, daß er die Gemüter erregte und die Meinungen spaltete, denn er betrachtete die auf seine Person gerichteten Projektionen eher als dienlich für seine Anliegen. Sein Streben war darauf aus, Bewegung zu erzeugen, wo Erstarrung vorherrschte. Das gilt für die Kunst, im engeren Sinne verstanden, ebenso wie für das menschliche Denken und die Gesellschaft. Beuys wollte (wörtlich verstanden) provozieren, seine Mitmenschen also herausfordern, zumindest zeitweise ihr Inneres nach außen zu kehren, und ein über das Rationale hinausgehendes Denken und eine dem Wesen des Menschen entsprechende Lebensform hervorrufen. Das war, wie könnte es anders sein, nicht jedem recht und vielen ebenso verdächtig wie Beuys' Evokationen einer untergegangenen Welt voller Rätsel, Mythen, Rituale. Als unheimlich wurde auch seine Bezugnahme auf nach 1945 hochgradig angstbesetzte Areale des germanisch-deutschen Erbes und des kollektiven Unbewußten empfunden.

Beschäftigt man sich mit Beuys, begegnet einem auch immer wieder der Topos des maßlos von sich überzeugten Selbstdarstellers. Wer ihn (wie ich) persönlich näher kannte, weiß indes, daß es Beuys sehr viel mehr um Darstellung seiner Ideen als seiner Person ging und daß er eine außergewöhnliche Mischung aus Scheu, Herzlichkeit, Offenheit und Humor verkörperte, die weder einschüchternd noch gar überheblich wirkte. Er hatte allerdings das, was man Sendungsbewußtsein nennt, und trat mit kriegerischer Energie als geistiger Wegweiser auf, vollkommen überzeugt von seinen Ideen – im Nachkriegsdeutschland eine heikle Mischung. Beuys betrachtete sein Leben als aus dem Geistigen verkörpertes Kunstwerk. Für ihn gab es keine Trennung zwischen Werk- und Lebenslauf oder materieller und geistiger Realität. Folglich verlegte er spirituelle Erfahrungen in die materielle Realität oder sprach Ereignissen, die in dieser stattfanden, eine über sie hinausweisende metaphysische Dimension zu. Nicht nur in dieser Hinsicht war Beuys ein deutscher Romantiker, der ganz besonders von Novalis beeinflußt war, bei dem es heißt: »Indem ich dem Gemeinen einen hohen Sinn« und »dem Endlichen einen unendlichen Schein gebe, so romantisire ich es.« Nur hieraus entstehe »vollendetes Selbstverständnis«.

Dieses und das nachfolgende Zitat: Novalis: *Werke, Tagebücher und Briefe Friedrich von Hardenbergs,* München, Wien 1978, S. 334.

Beuys' in diesem Sinne romantischer Umgang mit seinem Lebenslauf hat vor allem seit seinem Tod immer wieder für Kritik und Aufregung gesorgt. Ist er denn nun nach seinem Absturz als Bordfunker einer Stuka von Tataren mit Fett und Filz gepflegt worden oder hat er diese zur Legende gewordene Geschichte nur erfunden? Die wahrscheinlichste Antwort lautet: Beuys hat die Geschichte nicht in der sogenannten Alltagsrealität, sondern in jener geistigen Wirklichkeit, die von Schamanen und anderen Eingeweihten »bereist« wird, erlebt und später in die materielle Dimension verlegt. Auf dem Krankenlager im Lazarett trat er, so darf man vermuten, in einen Bewußtseinszustand ein, der solche Erfahrungen ermöglichte. Wer zwischen Erfindung (oder gar Lüge) und Mythos nicht unterscheiden kann, wird Beuys' Umgang mit seiner Biographie, der sich hier exemplarisch zeigt, kaum angemessen erfassen können. In Mythen werden tiefere Wahrheiten jenseits des rein Faktischen ausgesprochen.

Für Beuys waren der Absturz und das aus ihm resultierende Zerbersten der Form die Voraussetzungen für Transformation und Auferstehung – individuell wie kollektiv. Was diese Transformation ermöglicht, ist in seiner Begriffswelt die Wärmesubstanz, womit letztlich nichts anderes als die überpersönliche kosmische Liebe des Christus-Impulses gemeint ist. Hiermit befinden wir uns schon mitten im Beuysschen Materialkosmos und seiner plastischen Theorie, in der die Polarität von Chaos und Form zentral ist. Das von ihm in die Kunst eingeführte Fett, das bei Wärme zerfließt und bei Kälte erstarrt, ist ein geradezu ideales Material, um Bewegungen zwischen diesen Polen zur Anschauung zu bringen. Auch der eurasische Hase, dem Beuys einst die Bilder erklärte, Begleiter der germanischen Fruchtbarkeitsgöttin Ostara, ist aufgrund seiner besonderen Beweglichkeit nach Beuys ein »Zeichen für die Transformation«, um die es in plastischen Prozessen geht.

Veit Loers (Hrsg.): *Joseph Beuys: Documenta-Arbeit; [anläßlich der Ausstellung im Museum Fridericianum Kassel vom 5. September bis 14. November 1993],* Stuttgart 1993, S. 265.

Hase und Fett haben wie vieles bei Beuys auch biographische Bezüge. In Krefeld als einziges Kind streng katholischer Eltern – eines Handlungsgehilfen und späteren Kaufmanns und seiner Frau – geboren und in Rinteln bei Kleve ländlich aufgewachsen, hatte Beuys als naturinteressierter Junge viel Gelegenheit, die für das niederrheinische Tiefland typischen Feldhasen zu beobachten. Eine Zeitlang wohnte er unweit einer Margarinefabrik, wo er nach Wunsch seiner Eltern arbeiten sollte. Als Grundnahrungsmittel deutscher Soldaten und in den Hungerjahren nach dem Krieg war Fett Mangelware, im konkreten wie im symbolischen Sinne. Fett hat bei Beuys insofern auch eine historische Dimension – Wandlung und Transformation also auch und besonders in einem nationalkollektiven Sinne. Wenn wir als Volk heilen wollen, so könnte man seine Botschaft in diesem Zusammenhang versprachlichen, müssen wir das durch den totalen Untergang des NS-Regimes und den Krieg hervorgerufene Chaos als Aufruf annehmen, eine neue Form des Zusammenlebens und der sozialen Ordnung zu erschaffen. Hierin sah Beuys in der Tat die besondere Aufgabe des deutschen Volkes. »Wenn wir heute in Mitteleuropa anfingen, einen den Zeitforderungen gemäßen Weg des Zusammenlebens […] einzuschlagen, hätte dies eine starke Ausstrahlung auf jeden anderen Ort der Welt«, heißt es in seinem berühmt gewordenen »Aufruf zur Alternative«. Zunächst in der *Frankfurter Rundschau* und dann in der nationalrevolutionären *wir selbst* erschienen, wandte sich Beuys mit seinem Aufruf »an alle Menschen des europäischen Kultur- und Zivilisationskreises«, vor allem aber an die Deutschen. Die Grundlage für einen Ausweg aus der in diesem Text skizzierten Ökologie-, Wirtschafts- sowie Bewußtseins- und Sinnkrise ist nach Beuys, unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den anthroposophischen Sozialforscher Wilhelm Schmundt, eine Revolution der Begriffe. Schmundt, von Beuys einst als »unser großer Lehrer« bezeichnet, war wie dieser der Überzeugung, daß es die besondere Aufgabe des deutschen Volkes »im Chor der Völker« sei, »einen sozialen Organismus in seiner Freiheitsgestalt zum Erscheinen zu bringen«.

Dieses und nachfolgende Zitate: Joseph Beuys: »Aufruf zur Alternative«, in: *wir selbst – Zeitschrift für nationale Identität,* Nr. 1 (1982).

Dieses und das nachfolgende Zitat: Wilhelm Schmundt: *Der soziale Organismus in seiner Freiheitsgestalt. Studienmaterial der Freien Hochschule für Geisteswissenschaft, Goetheanum,* Dornach 1977, S. 60.

Joseph Beuys sah in seiner (gesellschafts-)politischen Arbeit, auf deren Grundlagen von ihm geprägte Begriffe verweisen (freier demokratischer Sozialismus, Erweiterter Kunstbegriff und Soziale Plastik), eine Antwort auf die »deutsche Wunde«. Diese war in ihm, der als Junge und junger Mann begeistert vom Nationalsozialismus gewesen war und sich im Zweiten Weltkrieg freiwillig zur Luftwaffe gemeldet hatte, geradezu beispielhaft verkörpert. Nach dem Krieg führte die Auseinandersetzung mit den »schrecklichen Sünden« des NS-Rassismus, wie er bei seiner »Rede über





*Wärmekreislauf, Sonnenkreislauf, Bienenvolk – Beuys installiert 1977 auf der documenta 6 seine Honigpumpe.*

das eigene Land« 1985 in München formulierte, Beuys in eine tiefe existentielle Krise. In dieser Zeit begann er, die geistigen Voraussetzungen nicht nur für seine persönliche, sondern auch für die kollektive Heilung zu untersuchen. Der Weg, aus dem totalen Zusammenbruch aufzuerstehen und einen »Heilungsprozeß an dem Boden« zu vollziehen, »auf dem wir alle geboren sind«, sagte er in München, führe in den »Born dessen, was wir die deutsche Sprache nennen«. Aus der Beschreibung der Welt »mit wesensgemäßen Begriffen« werde sich, so krank diese auch sein mag, der Impuls zur Heilung ergeben. In diesem geistig-evolutionären Wirken sah Beuys »die Frage nach der Aufgabe der Deutschen in der Welt« auf Grundlage »des deutschen Genius« beantwortet.

Dieses und nachfolgende Zitate: Joseph Beuys: *Sprechen über Deutschland: Rede vom 20. November 1985 in den Münchner Kammerspielen,* Wangen 1995, S. 9 f.

Beuys faßte seinen Volksbegriff nur selten konkret in Worte. Wenn er Deutschland und die Deutschen meinte, sprach er meist von Mitteleuropa, was anthroposophischem Sprachgebrauch entspricht. Bei einem als Buch publizierten Gespräch sagte Beuys, »daß es zwischen den Völkern auch verschiedene Fähigkeiten gibt. Jedes Volk hat seinen eigenen Geist«. Die unterschiedlichen Fähigkeiten der Völker ergeben sich demnach aus dem Geist des Volkes, dem Volksgeist. Auf der »Documenta 5« hielt er im Gespräch mit einem Besucher fest, daß es verschiedene Völker gebe, weil sich deren Fähigkeiten unterschieden. »Das ist eine ganz andere Volksseele.« Die unterschiedlichen Fähigkeiten der Völker, so Beuys, müßten »ganz zur Entfaltung« gebracht werden, »damit die Völker miteinander arbeiten können« und »sich gegenseitig ergänzen in der Begabung«. Man könne am Verschwinden der Völker daher kein Interesse haben. Die in den beiden Gesprächen von Beuys verwendeten oder umschriebenen Begriffe »Volksgeist« und »Volksseele« verweisen auf den anthroposophischen Volksbegriff und lassen an den unter anderem durch Hegel vorbereiteten universalistisch gestimmten Ethnopluralismus denken. Über den Volksbegriff hinaus war das Werk

Jacqueline Burckhardt, Joseph Beuys (Hrsg.): *Ein Gespräch,* Zürich 1988, S. 101.

Rudolf Steiners der wichtigste Einfluß auf Beuys' Denken. Das gilt ebenso für die wesentlichen Inspirationsquellen desselben, besonders Goethe und Novalis, das germanisch-keltische Erbe der Deutschen, den deutschen Idealismus und ein rosenkreuzerisches Christentum.

Dieses und nachfolgende Zitate: Clara Bodenmann-Ritter, Joseph Beuys: *Jeder Mensch ein Künstler: Gespräche auf d. documenta 5/1972*, geringfügig veränd. Ausg., Frankfurt a.M., Berlin 1988, S. 57f.

Beuys wurde einer breiten Öffentlichkeit nicht allein durch sein weitgespanntes Œuvre bekannt, das Zeichnungen, Aktionskunst, Objekte, Rauminstallationen und Multiples umfaßt und Materialität, Sprache und Wahrnehmung von Kunst grundlegend veränderte. Beträchtliche Aufmerksamkeit erregte auch sein politisches Engagement. Dessen Anfänge liegen in seiner Zeit als Professor für Bildhauerei an der Kunstakademie Düsseldorf, an der er nach seiner Rückkehr aus britischer Kriegsgefangenschaft selbst studiert hatte. Als Akademieprofessor prägte Beuys mit unkonventionellen Lehrmethoden nicht nur eine ganze Generation von Künstlern, sondern ging im Verständnis seiner Lehrerrolle schon bald und im Laufe der Jahre immer entschiedener über ästhetische Fragestellungen hinaus. Das brachte ihn zunehmend in Konflikt mit einem Teil seiner Kollegen ebenso wie mit seinem Arbeitgeber, dem NRW-Wissenschaftsministerium, und führte schließlich zu seiner fristlosen Entlassung. Deren konkreter Grund war die fortgesetzte Aufnahme einer größeren Anzahl von abgelehnten Studienbewerbern in seine Klasse und die zweimalige Besetzung des Sekretariats.





*Am 11. Oktober 1972 wird Professor Beuys an der Düsseldorfer Kunstakademie fristlos entlassen: Er unterlief Hochschulgesetze und Aufnahmebedingungen. Die Stacheldrahtbarriere wurde wenig später von Kunststudenten als Symbol für die Unfreiheit an der Akademie errichtet.*

Ein wesentlicher Schritt in der Geschichte von Beuys' politischem Engagement war 1967 die Gründung der Deutschen Studentenpartei (DSP), die sich konsequent vom überholten Rechts-links-Schema abgrenzte und als Anti- oder Metapartei verstand. Die DSP nannte sich auch »Fluxus Zone West«. In einer »Fluxuszone« (lat. *fluo* = fließen oder vergehen) würden verhärtete Strukturen – in diesem Fall die Dominanz der positivistischen Wissenschaft und des Materialismus – verflüssigt, um etwas Neuem Platz zu machen. Die Hinzufügung »West« hieß: Die Überwindung des westlichen Materialismus sollte aus diesem selbst hervorgehen. Hierfür bedürfe es nach Beuys' Anschauung einer Erweiterung (nicht einer Auflösung) des naturwissenschaftlich-materialistischen Denkens. Der geistige Impuls hierfür solle, so Beuys, vom deutschen Kulturraum ausgehen. Denn diesem komme eine Brückenfunktion zwischen abendländischer Rationalität und östlicher Spiritualität zu.

Zur Zeit der DSP nannte Beuys die von ihm angestrebte Gesellschaftsform »freier demokratischer Sozialismus«, im wesentlichen ein anderer Begriff für die von Steiner unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs entworfene »soziale Dreigliederung«. Sozialismus ist dabei als Synonym für ein Wirtschaftsleben zu verstehen, in dem das Prinzip der Brüderlichkeit leitend ist; das Adjektiv »frei« verweist auf das dem Geistesleben wesensgemäße Freiheitsprinzip, »demokratisch« auf die Gleichberechtigung der Staatsbürger im Rechts- und Staatsleben. Daß Beuys von Sozialismus sprach, ohne (im geläufigen Sinne) Sozialismus zu meinen, hat sicherlich zu seiner über lange Zeit gängigen Verortung im linken politischen Spektrum beigetragen – mehr ein Mißverständnis als eine zutreffende Einordnung, jedoch von Beuys in Kauf genommen oder teilweise sogar bewußt erzeugt.





*In einem acht Meter langen Einbaum seines Meisterschülers Anatol kehrt der Düsseldorfer Kunstprofessor Joseph Beuys am 20. Oktober 1973 symbolisch über den Rhein an die Kunstakademie in Düsseldorf zurück.*

Da Beuys der Auffassung war, daß eine wie auch immer geformte materialistische Weltanschauung ungeeignet sei, die großen Probleme der Menschheit zu lösen und eine dem Wesen des Menschen gemäße Sozial- und Gesellschaftsordnung zu begründen, trat er für eine Alternative zum östlichen Staats- und zum westlichen Privatkapitalismus ein: für einen Dritten Weg. Bei diesem handelte es sich nicht um eine Utopie, die auf die Realität projiziert werden sollte, sondern um die Beschreibung von wesensmäßigen Zusammenhängen mit dafür geeigneten Begriffen. Schon Steiner gelangte (wie nach ihm Beuys) zu der Anschauung, daß allein die »innere Einheit von Religion, Kunst und Wissenschaft« geeignet sei, das geistige Fundament für einen solchen Dritten Weg zu stiften. Kreativität, so Beuys' Überzeugung, sei die Kraft, die diese Einheit hervorbringe und die geistige Evolution des Menschen trage. »Die Zukunftsgestaltung am sozialen Ganzen« galt ihm daher als »der allerhöchste Kunstbegriff«. Hierzu seien als schöpferische Wesen alle Menschen befähigt und aufgerufen. Beuys' berühmter Satz »Jeder Mensch ist ein Künstler« bedeutet also nicht, daß alle Menschen Maler oder Dichter seien.

Rudolf Steiner: *Westliche und östliche Weltgegensätzlichkeit: Wege zu ihrer Verständigung durch Anthroposophie. Zehn Vorträge* (1922) (= *Gesamtausgabe,* Bd. 83, Vorträge 1), Dornach $^{3}$1981, S. 107.

Beuys' politische Aktivitäten nahmen in den 1970er Jahren richtig Fahrt auf. Aus der DSP ging die Organisation für direkte Demokratie hervor. Einer ihrer Leitsprüche lautete: »Wählt nie wieder politische Parteien; denn diese vertreten nicht die Interessen des Volkes, sondern nur die ihrer Geldgeber!« Das Parteiensystem der sogenannten parlamentarischen Demokratie wurde als Parteiendiktatur abgelehnt, weil sie das Volk entmündige. Der Aufruf und die Anleitung zur Entwicklung geistiger Mündigkeit

Nikolaus Delacroix: »Joseph Beuys und die Politik: Ein Interview von Nikolaus Delacroix«, in: *Kunstforum International,* Bd. 69 (1984).




*Der Künstler Joseph Beuys (M) bei einer Abstimmung auf der Bundesmitgliederversammlung der Grünen am 15. und 16. Januar 1983 in Stuttgart.*

waren daher ein wesentlicher Grundzug des gesamten politischen Wirkens von Beuys. Zu den brisanten Forderungen gehörte außerdem: »Ein freies Volk gibt sich die Verfassung selbst!« Hiermit wurde darauf hingewiesen, daß die Bundesdeutschen sich ihre Nachkriegsverfassung nicht selbst gegeben hatten und daher als unfreies Volk zu betrachten seien, das sich folglich befreien müsse. Für Beuys gehörte zu diesem Befreiungsprozeß elementar die »freie, demokratische, soziale Volksabstimmung«, mit der »das souveräne Volk« über die zentralen Fragen des Gemeinwesens entscheiden solle.

Trotz der ablehnenden Haltung, die Beuys dem Parteiensystem gegenüber einnahm, kandidierte er, um seine Ideen an die Menschen zu bringen, bei den Bundestagswahlen 1976 auf einem Listenplatz der volkskonservativ, antikapitalistisch und nationalneutralistisch ausgerichteten Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD). Einige von deren maßgeblichen Protagonisten spielten wie Beuys eine wichtige Rolle in der Gründungsphase der Grünen. Nachdem Beuys gemeinsam mit Petra Kelly NRW-Landeswahlkampfveranstaltungen für die Grünen absolviert hatte, aber 1983 für die Bundestagswahl nicht auf einem vorderen Listenplatz aufgestellt worden war, zog er sich zurück. Beuys' enger Mitarbeiter Johannes Stüttgen stellte in einem Beitrag für *wir selbst* fest, die Bundesdeutschen seien wie die Grünen und umgekehrt, das sei das Schlimmste, was man über beide sagen könne. Ihre Gemeinsamkeit: »Statt sich in ihr Eigenes zu begeben, suchen sie« – unfähig, sich zu sich selbst und ihrer Identität zu bekennen – »Bequemlichkeit im Fremden.«

Johannes Stüttgen: »Deutsche Identität«, in: *wir selbst – Zeitschrift für nationale Identität,* Nr. 2 (1984).

Beuys' verbleibende Jahre bis zu seinem Tod waren von einer zunehmenden Distanzierung von der Politik geprägt. »Mir wird der Begriff des Politischen immer unmöglicher«, gab er in einem Interview kund.

Als Beuys, geschwächt von einer im Mai 1985 diagnostizierten Lungenerkrankung, starb, endete sein Leben, wie er es sich eigenen Aussagen zufolge gewünscht hatte: Er hatte sich völlig verbraucht und seine Lebenskraft bis zum allerletzten Rest im Dienst einer über die Person hinausgehenden Sache erschöpft. Die Fragen, die er stellte, und seine Wegweisungen hin zu einer freien, schöpferischen und nichtmaterialistischen menschlichen Lebensform sind heute aktueller denn je. Sie sind ebenso wie unsere Aufgabe als Deutsche alles andere als erledigt. Es ist daher an der Zeit, die soziale Frage auch und gerade von rechts (wieder) in ihrer ganzen Dringlichkeit zu stellen. Die von Beuys entwickelten Ideenzusammenhänge bieten hierzu (nach wie vor zu wenig oder zu oberflächlich beachtete) Ansätze, die es neu zu erforschen und zu beleben gilt. ■

Vgl. Martin Seidel: »Noch immer ein Grenzfall: Der Erweiterte Kunstbegriff von Joseph Beuys«, in: *Kunstforum International,* Bd. 185 (2007).

## Autoren dieses Heftes

Márton Békés, 1983, studierte Geschichte und Politikwissenschaft, ist promovierter Kulturwissenschaftler. Er arbeitet beim Museum »Haus des Terrors« (»Terror Háza«) als Forschungsdirektor und ist Chefredakteur der Vierteljahresschrift *Kommentár. Kulturális hadviselés*.

Frederik Holst, 1975, arbeitet als Wissenschaftlicher Mitarbeiter.

Benedikt Kaiser, 1987, studierte Politikwissenschaft mit europaspezifischer Ausrichtung in Chemnitz. Er arbeitet beim Verlag Antaios.
*Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts,* Schnellroda 2020

Marcel Kehlberg, 1980, studierte Luft- und Raumfahrttechnik. Er lebt und arbeitet im französischen Département Haute-Garonne.

Simon Kießling, 1971, studierte Philosophie und Geschichte in Heidelberg; Promotion 2006 mit einer Arbeit über die antiautoritäre Revolte der 68er. Er ist als freier Autor und Übersetzer tätig und er lebt in Bremen und Rhaudermoor.
*Selbstaufgabe einer Zivilisation? Gender Mainstreaming – No Border – One World,*
Bad Schussenried 2019

Ellen Kositza, 1973, arbeitet als Redakteurin der *Sezession* und als freie Publizistin. Sie erhielt 2008 den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten.
*Vorlesen,* Schnellroda 2019
*Das Buch im Haus nebenan* (Hrsg. mit Götz Kubitschek), Schnellroda 2020

Götz Kubitschek, 1970, gründete und führt den Verlag Antaios und ist verantwortlicher Redakteur der *Sezession.*
*Lagedenken. 20 Jahre Institut für Staatspolitik* (Hrsg. mit Erik Lehnert), Schnellroda 2020
*Hin und wieder zurück. 2017–2020,* Schnellroda 2021

Dr. Erik Lehnert, 1975, ist promovierter Philosoph und arbeitet als Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS).
*Das andere Deutschland. Neun Typen,* Schnellroda 2017
*Lagedenken. 20 Jahre Institut für Staatspolitik* (Hrsg. mit Götz Kubitschek), Schnellroda 2020

Martin Lichtmesz, 1976, ist freier Journalist.
*Ethnopluralismus. Kritik und Verteidigung,* Schnellroda 2020

Leon Wilhelm Plöcks, 1968, arbeitet als freier Geisteswissenschaftler, Autor und Dozent. Studierte Philosophie und Psychologie und absolvierte psychotherapeutische Aus- und Weiterbildungen. Als Jugendlicher Schüler von Joseph Beuys an der F.I.U.

Dr. Stefan Scheil, 1963, studierte Geschichte und Philosophie, promovierte als Historiker.
*Balkanfront 1941. Churchills Strategie,* Schnellroda 2019

Jörg Seidel, 1965, studierte Geschichte und Deutsch auf Lehramt, danach Philosophie, Neuere deutsche Literaturwissenschaft und Psychologie. Er arbeitet als unabhängiger Autor, Übersetzer und Blogger (unter »Seidwalk«).

Dr. Caroline Sommerfeld, 1975, ist promovierte Philosophin und Mutter dreier Söhne.
*Selbstrettung. Unsere Siebensachen,* Schnellroda 2020

Nils Wegner, 1987, studierte Geschichts- und Kulturwissenschaften in Gießen und Hamburg. Er ist als Autor und Übersetzer tätig.
Martin van Creveld: *Hitler in Hell. Was er noch zu sagen hätte …,* Graz 2018 (Übersetzung)



# Lob der akademischen Unwissenheit

Ein Gespräch mit David Goodhart, Matthew Crawford und Richard Sennett.

*Dieses Gespräch führte Thomas Hennetier im Auftrag der Zeitschrift* éléments für *deren 187. Ausgabe (Dezember 2020/Januar 2021). Die Übersetzung besorgte Christa Nitsch. Wir danken der Pariser Redaktion für die Abdruckerlaubnis.*

Sollte uns der Corona-Lockdown die Augen geöffnet haben über die abstruse Hierarchie der Berufe? Denn wir erleben gerade jetzt, wie die unqualifiziertesten und am schlechtesten bezahlten Arbeiter dafür sorgen, daß die Gesellschaft nicht zusammenbricht, während die an renommierten Universitäten ausgebildeten Kader zu Hause bleiben können. Gemeinsam mit drei angesehenen Intellektuellen wollen wir diese Frage zu beantworten versuchen.

In seinem Essay *The Road to Somewhere,* wie auch in einem Gespräch (»Irgendwo inmitten von Nirgendwo«, veröffentlicht in *Sezession* 95), beschreibt David Goodhart die Spaltung, die das demokratische Gleichgewicht in der Welt bedroht: die *Anywheres* (Überall-Menschen) führen die Veränderungen herbei, die sie den *Somewheres* (Ort-Menschen) aufhalsen. Der Gründer des britischen Magazins *Prospect* verfolgt diese Spur weiter und kommt auch in seinem jüngst erschienenen Buch, *Head Hand Heart: The Struggle for Dignity and Status in the 21st Century* (Allen Lane 2020, zu deutsch etwa: *Haupt Hand Herz: Der Kampf um die Würde und den sozialen Status im 21. Jahrhundert*), darauf zurück. Nach Goodharts Auffassung wird in unserer Gesellschaft die kognitive Intelligenz der Elite, begründet durch IQ und schulischen Erfolg in (geistes)wissenschaftlichen Fächern, überbewertet, während Handwerks- oder Pflegeberufe (»Hand« und »Herz«) – deren Wichtigkeit in der jetzigen Gesundheitskrise augenfällig wurde – zu kurz kommen.

Um mit ihm zu debattieren, haben wir zwei amerikanische Intellektuelle eingeladen, den Philosophen Matthew Crawford und den Soziologen Richard Sennett, einen ehemaligen Schüler von Hannah Arendt, den Crawford (liebevoll) als einen »Altlinken« bezeichnet. Ihre jeweiligen Bücher, *Ich schraube, also bin ich* und *Handwerk,* zeigen, daß die handwerkliche Arbeit uns erlaubt, wieder mit der Wirklichkeit in Kontakt zu treten in einer Zeit, in der uns alles von ihr zu entfernen versucht. Ein Eintauchen also ins angelsächsische intellektuelle Universum, in dem der Geist der kollegialen Kameradschaft, gefestigt sogar durch Familienbande (Sennett und Goodhart sind Cousins), weder Widerspruch noch spöttischen Humor ausschließt!

**Thomas Hennetier: »Errichten wir keine neuen Universitäten!« sagt David Goodhart, wenn er die Überqualifikation und die wirtschaftliche wie politische Ineffizienz beklagt, die in den Universitäten erzeugt wird. Glauben Sie, daß solch ein Ausspruch für die Bevölkerung, vor allem für die jungen Leute, annehmbar ist und von den Zuständigen in der Politik übernommen werden könnte?**

Matthew Crawford: Ein solcher Vorschlag ist natürlich radikal angesichts der zentralen Stellung, die die Universität innerhalb eines Systems einnimmt, in dem die technokratische Expertise mit dem Anspruch moralischer Überlegenheit einhergeht. Diplome sollen Intelligenz attestieren, und Intelligenz ist Sinnbild für Dominanz wie für kulturelle Identität, und zwar die meritokratische Identität. In diesem Weltbild ist Vorbildlichkeit nicht Ergebnis unserer Handlungen, sondern folgt aus dem »richtigen Denken«, aus den »korrekten« Meinungen, die wir haben. Diese Vorstellung erlaubt denen, die sie predigen, politische Aussagen zu tätigen, ohne dabei die eigene Haut zu Markte zu tragen oder, wie man in den USA sagen würde, »skin in the game« zu haben. Man tätigt sogenannte moralisch abgesicherte, politische Aussagen, ist aber für das Chaos und die Funktionsstörungen, die aus ihnen folgen, nicht zuständig … Man verwandelt die staatlichen Schulen in Brutstätten des Rassenhasses, schickt aber die eigenen Kinder auf Privatschulen … Man delegitimiert die Polizei, während die tödlichen Ausschreitungen auf Stadtviertel beschränkt bleiben, in die man nie einen Fuß setzen würde … So handeln nun mal Ästheten. Ohne Universitäten, die diese angebliche Vorbildlichkeit unterstützen und nähren – gäbe es denn das alles überhaupt? Was David hier also sagt, ist zutiefst subversiv. David, Sie sind ein Anarchist!

Richard Sennett: Ich stimme mit David in zwei Punkten überein. Leute, die einen körperlichen Beruf ausüben oder das, was man landläufig »Drecksarbeit« nennt, fühlen sich herabgesetzt, wenn sie hören müssen, daß ihre Arbeit keine höhere Ausbildung erfordert. Solche Arbeit erfordert eben eine andersgeartete Ausbildung. In Großbritannien gab es früher technische Hochschulen, die sich bei ihrer Jagd nach Prestige und Fördermitteln in herkömmliche Universitäten verwandelt haben. David und ich sähen es nun liebend gern, wenn die sogenannten polytechnischen, einst berühmten Hochschulen zu neuem Leben erweckt würden. Man vermittelte dort eine Hochschulbildung, die dem in Universitäten vermittelten Wissen hinsichtlich des Ansehens in nichts nachstand. Konkrete Praxisbezogenheit gilt aber heute als weniger wertvoll als nichtkörperliche Arbeit wie etwa die Ausbildung zum Unternehmensberater, Medienmitarbeiter etc. Ich teile übrigens mit David die Feststellung, daß die Universität Leute mit nutzlosen Berufen heranzüchtet – das aber ist ein anderes Thema.

Andererseits erscheint mir der Gedanke, daß den Leuten eine Hochschulbildung vorenthalten werden sollte, abgrundtief verkehrt. Der Gegensatz, den David zwischen den Eliten und den Handwerkern aufmacht, ist eine unzulässige Vereinfachung, ja totaler Nonsens. Es ist ein Fehler, die Frage so zu stellen. Wir sind nicht dazu verurteilt, zwischen der Anstellung bei McKinsey und dem Klempnerdasein zu wählen, das ist absurd. Die wirtschaftliche Entwicklung wird die Zahl der nichtmanuellen Beschäftigungen immer weiter zurückdrängen, und der Blick, mit dem die Gesellschaft die Hand-Arbeiter betrachtet, wird sich ändern. Die Künstliche Intelligenz (KI) wird vor allem die Büroangestellten ausbooten. Jemand, der hingegen Krankenschwester, Maurer oder Glaser ist, befindet sich in größerer Sicherheit. Der springende Punkt ist also: Was richtet der flexible Kapitalismus mit der aktiven Bevölkerung an? Die Trennung verläuft nicht linear zwischen den Eliten und den Leuten »von unten«.

David Goodhart: Ich will meinen Standpunkt verdeutlichen: Die Umfragen – zumindest jene in den USA und in Großbritannien – zeigen, daß ein Großteil der Bevölkerung die Massenhochschulbildung nicht schätzt. Aber dir muß klar sein, Richard: Ich schlage keineswegs vor, daß wir mit der Förderung der Hochschulbildung aufhören sollen. Ich behaupte nur, daß zu viele Gelder in einen einzigen Typus von nachschulischer Ausbildung geflossen sind, nämlich in die klassische Universität samt ihrer Vollzeitbeschäftigung, ihrem mindestens für drei bis vier Jahre vorgesehenen Lehrplan, ihrer Bevorzugung von Formen akademischen Lernens. Die Leute, die weiterhin diesen Typus der Wissensvermittlung fördern, tun dies in Erinnerung an ihre eigenen Erfahrungen von vor dreißig oder vierzig Jahren, als die Universität tatsächlich noch ein elitäres Projekt war. Heute muß man jedoch feststellen, daß das System kontraproduktiv ist. Die Einkünfte der Absolventen, und damit das zusätzliche Geld, das ein Universitätsabschluß einbringen soll, verringern sich zusehends, immer mehr Universitätsabgänger nehmen Jobs an, für die kein Unidiplom nötig ist. Wir haben bei den Hochschulabsolventen falsche Hoffnungen genährt, während uns gleichzeitig qualifizierte Angestellte im Technik- und Pflegesektor empfindlich abgehen.

**Hennetier: David Goodhart, inwiefern überlappen sich ein Ihrer Feststellung nach zu großes Ungleichgewicht zugunsten des »Hauptes« und die Aufspaltung in *Somewheres* und *Anywheres*, die Sie in Ihrem vorangegangenen Buch beschrieben haben?**

Goodhart: Die zwei Themen sind miteinander verquickt. Die Aufwertung des »Hauptes« kommt dem Weltbild der *Anywheres* zugute, denn sie entspricht dem freien Verkehr von Ideen und Menschen und paßt auf natürliche Weise zur geographischen Mobilität, zur sozialen Fluktuation im allgemeinen. Die abstrakten, analytischen Kompetenzen sind an und für sich mobiler als die eher bodenständigen und konkreten Kompetenzen von »Hand« und »Herz«.

**Hennetier: Matthew Crawford, Richard Sennett, teilen Sie die Ansicht, daß »Haupt« und »Hand« sowohl intellektuell als auch sozial voneinander geschieden sind und daß diese Spaltung zum politischen Bruch führt und die soziale Distanz vergrößert?**

Crawford: Ja, insofern die, wie ich vorhin sagte, meritokratische und technokratische Kaste ihre kulturelle und moralische Identität der übrigen Bevölkerung aufnötigt.

Sennett: David hat sich in seinem Kopf einen Feind zusammengebastelt, der jenem von Donald Trump nicht unähnlich ist, ich meine damit das »Establishment«, die »Eliten«, die das Volk verachten, die Internationalisten sind, die nirgends wirklich zu Hause sind. Denn, wie Sie wissen, ist David auch ein großer Kritiker der Einwanderung. Aber ich wiederhole es gern: Der springende Punkt liegt woanders, auf jeden Fall ist er nicht in solch reduktionistischer und linearer Weise zu fassen. Was mich betrifft – ich sagte es bereits – so ziehe ich es vor, im Handwerk etwas zu sehen, das zwischen körperlicher und nichtkörperlicher Arbeit eine Brücke zu schlagen imstande ist.

**Hennetier: Der verstorbene David Graeber beklagte in seiner Analyse der *Bullshit Jobs* das Gesetz, dem zufolge ein Beruf, je nützlicher er sich für die Gesellschaft erweist, um so schlechter bezahlt ist. Die Corona-Krise hat dieses Gesetz nur bestätigt. Glauben Sie, daß die gegenwärtige Gesundheitskrise eine nachhaltige Wiederaufwertung der »Herz«- und der »Hand«-Berufe zur Folge haben wird?**

Sennett: Ja, ich glaube, daß jetzt die Gelegenheit einer Wiederaufwertung dieser Berufe da ist.

Crawford: Unglücklicherweise, Richard, haben wir eine schier grenzenlose Begabung, Dinge schnell wieder zu verlernen, die wir während einer Krise erlernt haben.

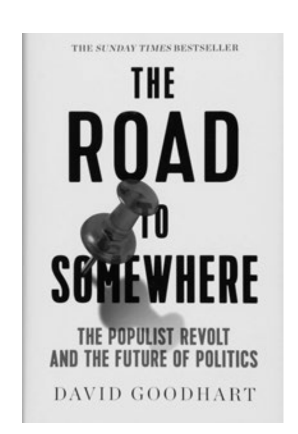
Goodhart: Wenn ihr mich fragt, hat die Corona-Krise dieses amüsante, wenn auch nach meinem Dafürhalten eher stupide »Gesetz« von David Graeber nicht bestätigt. Viele Forscher, die ein neues Wissen hervorbringen, das wir als Gattung nötig haben – die Herstellung des Impfstoffs zuvörderst! –, werden sehr gut bezahlt und verdienen es auch. Ärzte und Krankenschwestern, denen wir ganz zu Anfang der Pandemie offen Beifall zollten, sind sehr nützlich und eher gut bezahlt. Der Erfinder eines neuen Malariagegenmittels oder der Architekt, der ein neues Gebäude entwirft, werden auch besser bezahlt als eine Büroreinigungskraft – und das ist nur selbstverständlich! Es stimmt zwar, daß Schlüsselarbeitskräfte, die keine Universitätsabgänger sind, während der Krise ebenfalls beklatscht wurden, und damit an die Wichtigkeit gewisser »Basis«-Berufe erinnert wurde. Wir sind uns unserer Abhängigkeit von Supermarktangestellten, Zulieferern und Müllmännern bewußt geworden. Diese Jobs waren nie allzu gut bezahlt, waren auch nie in besonderer Weise sinnstiftend; wenn sie aber korrekt entgolten werden und diese Leute gerechte und faire Vorgesetzte haben, man ihnen Aufstiegsmöglichkeiten in Aussicht stellt, können solche Jobs durchaus einigermaßen attraktiv sein, und schließlich finden viele Leute ja ihren Lebenssinn außerhalb der Arbeit. Am wichtigsten ist doch, die Leute empfinden zu lassen, daß sie mit dem, was sie tun, einen nützlichen Beitrag leisten und daß die anderen sie anerkennen. In dieser Hinsicht hat die Pandemie erheblich zur Anerkennung von »Herz« und »Hand« beigetragen.

**Hennetier: In der Schule ist die traditionelle Wissensvermittlung – egal, ob es sich dabei um intellektuelles oder technisches Wissen handelt – den neuen »schülerzentrierten« pädagogischen Methoden gewichen, die der Fähigkeit zum »Lernen, wie man lernt« und ähnlichen Kompetenzen den Vorzug geben. Gereichen diese Methoden, mit denen man angeblich dem Elitismus den Kampf ansagte, nicht gerade den begabtesten Schülern zum Vorteil?**

Crawford: Man lernt nicht denken ohne einen Stoff, über den man nachdenkt! Die Verwerfung des Auswendiglernens war ein Fehler. Erst wenn dein Gehirn über einen konkreten Wissensbestand verfügt, kannst du damit anfangen, Ideen miteinander zu verknüpfen und Zusammenhänge herzustellen; erst dadurch wird die Kreativität geweckt. Leider gab man der Mode des »expressiven Individualismus« nach und der daraus abgeleiteten Idee, daß Kreativität das Hervorbrechen einer mysteriösen Kraft sei, die ein jeder von uns bereits seit der Geburt mit sich trage. Diese Mode wollte zudem die offensichtlich ungleiche Lernbefähigung der Schüler verschleiern. Sie haben recht: Sobald man die traditionelle Wissensvermittlung zurückstutzt, sind Schüler, die von zu Hause weniger Wissen mitbringen, benachteiligt. So entscheidet eben ein Schulsystem, das mit moralischem und demokratischem Haltung-Zeigen beschäftigt ist – und all jene, denen es eigentlich dienen sollte, haben dabei das Nachsehen.

Die »Schülerzentriertheit« ist das Gegenteil von Erziehung, lateinisch *educatio,* wobei letztere ja gerade bedeutet, daß ein Herausgehen bewirkt wird, ein Herausführen aus dem Ich. Diese neue Idee aber stammt sicherlich aus den Vereinigten Staaten. Beginnend mit John Deweys Epoche (Pädagoge der »demokratischen Erziehungs«-Theorie – A.d.Ü.) vor gut einem Jahrhundert, wurden amerikanische Schulen zu Laboratorien,




aus denen die progressistischen Ideen über den Menschen hervorgingen. Ich aber denke, daß ein Kind ausnehmend intelligent sein kann, ohne gleich ein »Schultemperament« haben zu müssen, eine Intelligenz also, die auf die Beherrschung einer in einem Buch aufbereiteten Information ausgerichtet ist. Aus historischer Perspektive ist der Student, der Intellektuelle eine atypische Spezies, die erst recht spät in Erscheinung trat. Aber über die Jahre hat sie sich als universelles Modell der Wissensaneignung etabliert: Man setzt sich an den Schreibtisch. Viele Schüler langweilen sich in der Schule zu Tode, weil ihnen ihr Sinn nicht eingängig ist. Aber gibt man ihnen die Chance, einen Rennwagen zusammenzubauen, wird so mancher Junge sofort wieder quicklebendig.

Goodhart: Richtig. Ein Unterrichtsprogramm, das auf konkreter Wissensvermittlung fußt, ist für mittelmäßige und schwache Schüler, die durch den »schülerzentrierten« Unterricht oft nur verwirrt werden, weit fruchtbarer. Der »schülerzentrierte« Unterricht begünstigt jene Schüler, die eine lebhafte Auffassungsgabe besitzen und bereits in den intellektuellen Kompetenzen, die diese Methoden erfordern, versiert sind.

Sennett: Erlauben Sie mir, ein weiteres Mal eine abweichende Meinung zu äußern. David suggeriert uns in seinem Buch, daß sich das Elitenwissen auf den Lernprozeß (lernen, wie man lernt) konzentriere im Gegensatz zu jenen Leuten, die sich in Jobs einarbeiten oder sachbezogene Fer-

tigkeiten erwerben. David, du müßtest einige Tage am MIT (Massachusetts Institute of Technology, Technische Hochschule in Cambridge, Massachusetts – A.d.Ü.) zubringen oder – was die Geisteswissenschaften betrifft – an meiner alten Universität in Cambridge (gemeint ist Harvard – A.d.Ü.). Was soll bloß diese heillose Vermengung? Elitenwissen ist keineswegs nur hohles Gerede! Du bist mein Cousin, und ich hab dich sehr gern, aber da bist du nun wirklich auf dem Holzweg!

Was ich hingegen sehe, ist, daß wir davor zurückschrecken, Studenten komplizierten Lernstoff zuzumuten, weil wir uns daran gewöhnt haben, sie als Konsumenten zu betrachten. Bedenken wir einmal die wirtschaftlichen Implikationen dieses Phänomens: Ein Gutteil der höheren Lehranstalten sind in der Tat abhängig von Studiengebühren. Nun, eine der Methoden, die Attraktivität solcher Einrichtungen zu steigern, besteht darin, nicht allzu viele Mühen einzufordern und dem »Publikum« mehr Vergnügungsmöglichkeiten als Anstrengungen zu bieten. Das aber hat nichts mit Elitismus oder den Eliten zu tun. Ich habe Hochschulseminare geleitet und mußte schnell feststellen, daß die Studenten mehr oder weniger davon überzeugt waren, den Aufgabenstellungen nicht gewachsen zu sein, und wohl besser gefahren wären, wenn sie die einfachsten Kurse belegt hätten. Ihnen war eingetrichtert worden, daß sie unfähig sind.

HENNETIER: **Matthew Crawford, Richard Sennett, vor zehn Jahren stimmten Sie das Loblied der handfesten Kultur an und traten für eine Aufhebung der Unterteilung in praktische und Eigenkünste einerseits und Freie Künste andererseits ein. Haben Sie den Eindruck, daß sich die Dinge in Ihrem Sinne entwickelt haben? Erfährt die Handwerksarbeit gerade eine Aufwertung?**

CRAWFORD: In meinem Buch *Ich schraube, also bin ich* richtete ich mein Augenmerk weniger auf das, was man landläufig (Kunst)Handwerk nennt, als vielmehr auf jene Berufe qualifizierter Arbeiter, die unsere »physische Infrastruktur« am Laufen halten und die ihrer Arbeit manchmal eine unerwartete ästhetische Dimension hinzufügen. Der (Kunst)Handwerker und der Berufsarbeiter befinden sich keineswegs in derselben Lage. Der (Kunst)Handwerker fordert Subventionen von Stiftungen oder dem Kunsthandwerksrat in staatlicher Trägerschaft, dem die Bewahrung der traditionellen Techniken obliegt. Er wird oft dazu angehalten, darüber zu berichten, warum er das Leben eines Aussteigers gewählt hat, wie es dazu kam, daß er einen gutbezahlten Job in leitender Position an den Nagel hängte, um Biokäse oder ähnliches herzustellen. Er ist beinahe gezwungen, über soziale Netzwerke zu kommunizieren. Seine »persönliche Geschichte« wird zum integralen Bestandteil des Produkts, das er verkauft. Glauben Sie nicht, daß ich in irgendeiner Weise seine Authentizität in Frage stellen wollte, ich gehe sogar spontan immer davon aus, daß er in bester Absicht handelt. Ich stelle bloß eine Beobachtung über die Richtung an, in die der wirtschaftliche Umgang mit Kunsthandwerksprodukten zu gehen scheint.

Wenn hingegen Wasser durch Ihre Zimmerdecke sickert, scheren Sie sich einen Teufel um die Autobiographie Ihres Klempners, Sie sind vielmehr bereit, ihm einen fetten Scheck auszufüllen, damit er so schnell wie möglich kommen möge, um den Schaden zu beheben. Ein solcher Klempner muß seine Hoffnung nicht daran hängen, auf Instagram viral zu gehen. Er ist von keiner Personalabteilung abhängig, die von ihm fordert, die Sprache und den Ritenkatalog der politischen Korrektheit zu befolgen. In wie vielen Berufen erfährt man heutzutage die Freude und den Stolz, die die Unabhängigkeit zu gewähren vermag? Solch einer Ehre konnte sich früher nur der Aristokrat rühmen. In *Ich schraube, also bin ich* behaupte ich, daß die »Drecksarbeit« aristokratisch ist und der Zyniker Diogenes zu ihrem Maskottchen werden könnte.

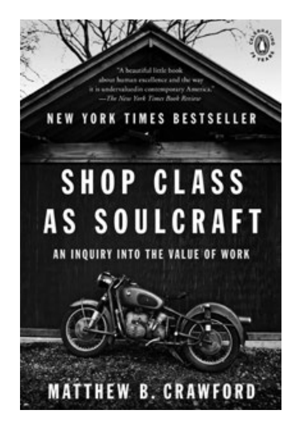
Im Mittelalter machte man tatsächlich einen Unterschied zwischen *artes liberales* und *artes mechanicae,* den Freien Künsten und den praktischen Künsten, den Eigenkünsten. Erstere kennzeichneten den freien Mann, letztere waren dem Unfreien vorbehalten, der zu ihrer Ausübung gezwungen war. Diese Aufteilung war in der politischen Ökonomie der mittelalterlichen Stadt sinnvoll. Die Dinge haben sich aber geändert: Ich habe gezeigt, daß sich der Handarbeiter einer gewissen Freiheit erfreuen kann, während für viele intellektuelle »Arbeiter« mit Universitätsabschluß im Gegensatz dazu das Lakaientum charakteristisch wurde. Die Universität spielt die Rolle des »Sesam, öffne dich!«, das den Eintritt in die Mittelschicht ermöglicht, und der Unterricht, der einem dort zuteil wird, ähnelt weniger einer Unterweisung in geistiger Freiheit als vielmehr einer ideologischen Schulung, die unabdingbar ist, wenn man eine Funktion in einem der diversen Verwaltungsämter der Gesellschaft ausüben will.

Die im klassischen Wortsinn Freien Künste behalten als Konzept weiterhin ihre Gültigkeit, man kann weiterhin Shakespeare lesen und darüber in Entzücken geraten, erschüttert werden aufgrund eines tieferen Begreifens des menschlichen Daseins, Dankbarkeit empfinden für die uns von der Welt geschenkten schönen Dinge. Leider aber ist die Universität nicht der Ort, an dem man solche Erfahrungen machen kann, zumindest nicht in der englischsprachigen Welt.

SENNETT: In meinem Buch *Handwerk* habe ich den vermeintlichen Gegensatz zwischen Freien Künsten und dem Handwerk entlarvt. Aufgrund meiner Ausbildung bin ich philosophisch gesehen ein Vertreter des Pragmatismus, und ich weiß, daß die Bearbeitung von Objekten engstens mit dem intellektuellen Prozeß verknüpft ist. Die Verbindung zwischen »Haupt« und »Hand« ist so eng, daß jede fein säuberliche Trennung dieser beiden Begriffe unfruchtbar und müßig ist. Mein Einwand gegen David Goodhart ist also in diesem Punkt ein grundsätzlicher.

Erfährt die Handwerksarbeit gerade eine Aufwertung? Ja, ich bin dieser Meinung. Und dies um so mehr, als Handwerk für mich vor allem eins bedeutet: seine Arbeit gut zu tun, im Bereich der manuellen Tätigkeiten wie in allen anderen. Mathematiker und Naturwissenschaftler können damit zu den guten Handwerkern gezählt werden. Ich wollte darlegen, daß es ein Kontinuum gibt zwischen Formen manueller Arbeit und Arbeitsformen, die wir zu den symbolischen oder immateriellen rechnen. Der Unterschied zwischen der sogenannten Eliten- und der manuellen Arbeit, den David hier zu essentialisieren sucht, ist keine naturgegebener, er ist nichts als ein Konstrukt von Kräfteverhältnissen, die in unserer Gesellschaft am Werke sind.

**Hennetier: Matthew Crawford, Richard Sennett, Sie erheben die manuelle Betätigung oder das Handwerk zu einer Art normativem politischen Modell, das eine bessere Gesellschaft hervorbringen soll. Inwiefern würde die Tatsache, daß jemand ein guter Handwerker wird, seine Befähigung zum sozialen Leben, seine Verbindung zu den Mitmenschen oder seine ethische Urteilsbildung verbessern?**







Crawford: Ich werde Richard über die großen Handwerkstraditionen sprechen lassen. Sie kennzeichnen die höchsten Gipfel der technischen Leistungen des Menschen, die köstlichen Früchte einer lebenslangen Leidenschaft, die Beständigkeit einer Tradition, die in der Ausbildung der Lehrlinge greifbar wird. Ein an Ablagerungen reicher Boden entsteht, in dem etwas Kräftiges Wurzeln schlägt, das einen scharfen Kontrast bildet zur modernen Rastlosigkeit, mit der man glaubt, ein vollständig autonomes und undeterminiertes Individuum zusammensetzen zu müssen.

Aber abgesehen vom Handwerk als solchem, glaube ich, daß jeder Beruf, der einen starken Realitätsbezug hat, in einem verblüffenden Kontrast zu jenen Berufen steht, die den Leistungsstandards einer unbeständigen Verwaltungspolitik unterworfen sind oder deren Abstrafung durch die reale Welt erst in einer fernen Zukunft erfolgen wird. Wem die Folgen des eigenen Handelns auf Anhieb ersichtlich sind, dessen aufgeblähtes Ich und dessen Allmachtsphantasien erhalten notwendigerweise einen Dämpfer. Hegel hatte recht hinsichtlich des Sklaven: Durch seine Beziehung zu materiellen Dingen gelangt er zu einer gewissen Einsicht ins Ich, die seinem Herrn verwehrt ist. Überdies verspricht die Technologie einen Komfort ohne Anstrengung und hält uns in dem bereits von Freud beschriebenen infantilen Narzißmus gefangen. Einem Kinde gleich hat der Narzißt nicht gelernt, daß die Dinge seinem Willen widerstehen, und er dünkt sich allmächtig. Könnte man nicht vielleicht von den Leuten, die an der Macht sind, verlangen, daß sie ein oder zwei Jahre irgendeine manuelle Arbeit verrichten? William James hatte das vor einem Jahrhundert vorgeschlagen, und William James (einer der Gründungsväter des philosophischen Pragmatismus, Bruder des Schriftstellers Henry James – A. d. Ü.) hatte in allem recht …

Sennett: In einer Werkstatt geschieht alles in konzertierter Arbeit, dies ist von absoluter Notwendigkeit. Uns ist diese, der Werkstatt eigentümliche Dimension in vielen Berufen abhanden gekommen. Der flexible Kapitalismus hat eine neue Art von Taylorismus hervorgebracht, der darin besteht, den Arbeitsprozeß in eine Reihe von Einzelaufgaben zu zergliedern, die einen vom Kollektiv absondern. Die Idee, daß eine Gruppe lange Zeit zusammenlebt, um etwas herzustellen, gilt als obsolet. Isolierte Individuen werden dazu gebracht, befristete Arbeitsverhältnisse einzugehen in Arbeitseinrichtungen, die ihre Stabilität verloren haben. Man muß erneut Rahmenbedingungen finden, die den Leuten das Gefühl vermitteln, mit anderen Arbeitern in Beziehung zu stehen, selbst wenn man dabei oft von einer Arbeit zur nächsten wechseln kann. Nehmen Sie einmal das Beispiel der universitären Hilfskräfte, die von keiner speziellen Universität abhängig sind, denn die Lebenszeitstellen gehen zurück. Der Eintritt in eine Gewerkschaft verleiht diesen jungen Forschern einen Halt: Da tauschen sie sich über die sozialen Aspekte ihrer Arbeit aus und haben das Gefühl, sich in einem Kollektiv einbringen zu können, das mehr ist als ihre Arbeit, die ursprünglich als individuelle Aufgabe konzipiert war.

**Hennetier: Die lebenslange Aus- und Fortbildung scheint gerechtfertigt in einer ständig im Wandel begriffenen Welt, in der die Aussicht auf einen fürs ganze Leben gesicherten Beruf immer seltener wird. Ist dies nun tatsächlich eine gute Sache oder verhindert es nicht vielmehr eine solide Spezialisierung, die man ein Leben lang weiter ausbauen könnte?**

Goodhart: Die beiden Dinge widersprechen sich nicht unbedingt. Ein junger Mann, eine junge Frau mit durchschnittlichen Schulleistungen und ohne eine ausgeprägte Neigung zum akademischen Studium sollte der Versuchung widerstehen, die Reihen der universitären Menschenmasse der Mittelschicht zu bereichern. Bei vielen ist eine kürzere Ausbildung, in Computerprogrammierung beispielsweise, sinnvoller. Nicht nur wird so ein Mensch mehr verdienen,

sondern er wird sich auch oft besser fühlen als ein diplomierter Geisteswissenschaftler, der in einem bescheidenen Verwaltungsberuf landet. Wenn ersterer dann noch genug intellektuelle Neugier mitbringt und sein Fachwissen vertiefen will, kann er nach ein paar Jahren immer noch an die Universität gehen und Informatik studieren mit allem nötigen Drum und Dran.

**Hennetier: Sollte das Vereinigte Königreich seine Geschichte vergessen haben? Immerhin kam es dort zur industriellen Aufklärung, zu Verknüpfungen von Wissenschaft und Technik, zur Rolle, die das Experiment vor allem unter dem Einfluß eines Francis Bacon spielte!**

Goodhart: Das Vereinigte Königreich bleibt ein wichtiges Zentrum der Wissensvermittlung und der Innovation und verfügt noch über einige Universitäten, in denen erfolgreich und effizient Forschung betrieben wird. Es ist aber wahr, daß bei uns die Tradition der »Praktiker«, die akademisch kaum vorbelastet waren und am Anfang der Industriellen Revolution standen, weitgehend in Vergessenheit geraten ist. Man gab der akademischen und elitären Tradition, die mit Oxford und Cambridge assoziiert wird, den Vorzug, und dies fand seinen Niederschlag, wie Richard bereits sagte, 1992 in der Umwandlung der alten polytechnischen Hochschulen in Universitäten und in der Tatsache, daß die 1944 im Education Act versprochenen technischen Fachschulen nur sehr selten zustande kamen.

**Hennetier: Eben erwähnte Richard Sennett, daß die nächste Phase der Entwicklung Künstlicher Intelligenz (KI) die Sphäre der Intellektuellenberufe tiefgreifend erschüttern wird. Allein schon diese Aussicht könnte zu einer Rehabilitierung jener Berufe führen, die im Bereich der emotionalen Intelligenz, der Pflege und der Kreativität angesiedelt sind. Darf man sich davon eine Annäherung und eine größere Solidarität zwischen Volk und Eliten versprechen?**

Goodhart: Ja, viele Bürojobs, zumindest jene, die sich zuunterst und in der Mitte der Hierarchieleiter befinden, werden von der Künstlichen Intelligenz ersetzt werden und das, was ich die Blütezeit des »Hauptes« nenne, wird damit so gut wie beendet sein. Berufe, die ortsgebunden sind oder von der KI nicht ausgeführt werden können, beschränken sich dann zunehmend auf den Gesundheits-, Pflege- und Erziehungssektor. Besonders Leuten, die in »Aschenputtel«-Berufen wie der Alten- oder Demenzpatientenpflege tätig sind, müßten dann Gehälter zugestanden werden, die ihrem Einstellungsbedarf entsprechen. Das aber könnte tatsächlich dazu beitragen, den Graben zwischen Universitätsabgängern und Leuten ohne Universitätsabschluß zu schließen.

**Hennetier: Richard Sennett, Sie fordern die Rehabilitierung einer gewissen Langsamkeit in unserer Gesellschaft. Inwiefern hat die Rehabilitierung der Langsamkeit mit der Rehabilitierung der handwerklichen Arbeit zu tun?**

Sennett: Man lernt, indem man Dinge ausprobiert. Handwerkliches Arbeiten heißt nicht einfach, die eigene technische Meisterschaft zu vervollkommnen, sondern heißt auch lernen, mit Rückschlägen umzugehen, mit Dingen, die einem widerstehen. Dafür aber ist Zeit nötig. Am MIT sind die Labore mit den besten Ergebnissen jene, die mit dieser Langsamkeit umzugehen wissen, wozu eben auch das gelegentliche Beschreiten von Holzwegen gehört. Im Bereich der Kunst ist es nicht anders. Wenn ein Maler an einem Gemälde arbeitet und bei einem Fehler an der Leinwand herumschabt, kommt er nur langsam vorwärts, dafür aber sicherer, dringt tiefer in die Materie ein, hinterfragt in jedem Augenblick das, was er da macht. Dies ist eine andere Herangehensweise als die schnelle und den leichtesten Ausweg suchende Verrichtung. Es steht im Gegensatz zum »benutzerfreundlichen« Verfahren – denn ein solches ist das glatte Gegenteil jeder Handwerkskunst. Hast du ein Problem? Hier ist die Lösung! Das ist schlechtes Handwerk. Das gute Handwerk besteht darin, eher nach Problemen als nach Antworten zu suchen. Das alles aber erfordert Langsamkeit.

**Hennetier: David Goodhart, Sie behaupten, daß ein gewisser elitärer Feminismus von der Überbewertung des »Hauptes« profitiert und gleichzeitig zur Abwertung des »Herzens« beigetragen habe. Könnten Sie diesen Gedanken eingehender erläutern?**

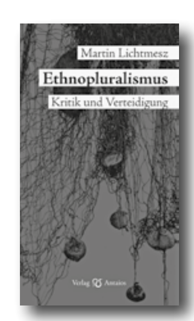
Goodhart: Wie einst die feministische Schriftstellerin Madeleine Bunting schrieb, definiert sich der Feminismus selbst als Widerspruch zur Hausarbeit, da diese mit geringem Status und sozialer Unsichtbarkeit konnotiert ist. Die vorherrschende Tendenz des modernen Feminismus wurde von Frauen geprägt, denen die universitäre und berufliche Laufbahn geglückt war, während sein Hauptanliegen der mit Männern gleichberechtigte Wettbewerb in Berufskarrieren war. Die Privatsphäre wurde als drückende Last empfunden, der man sich zu entledigen hatte, was wiederum – wie etliche Meinungsumfragen verdeutlichen – den Feminismus in Opposition zu den Gefühlen und den Interessen vieler Frauen brachte. Die Herausforderung für eine liberale Gesellschaft, in der die Gleichberechtigung der Geschlechter ein Wert ist, besteht also darin, in der Volkswirtschaft die »Care«-Arbeit wieder aufzuwerten.

Crawford: Hier möchte ich abschließend noch etwas hinzufügen. Ich denke, daß die Überqualifikation der Gesellschaft mit ihrer Feminisierung Hand in Hand gegangen ist. Mädchen sind eher für die klassische Schul- und Universitätslaufbahn geeignet. Jungen, denen die eigene Feminisierung mißlingt, werden im Verwaltungsbereich der Wirtschaft kaum als gute Angestellte funktionieren. Eine praktische Ausbildung ist für solche Jungen zweifelsohne förderlicher. ■

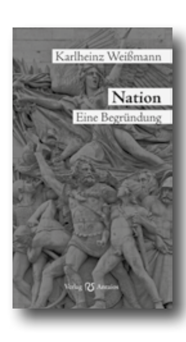
# Theoriereihe bei Antaios




Benedikt Kaiser
**Solidarischer Patriotismus**
Die soziale Frage von rechts
*296 S., brosch., 18 €*




Martin Lichtmesz
**Ethnopluralismus**
Kritik und Verteidigung
*320 S., brosch., 18 €*




Karlheinz Weißmann
**Nation**
Eine Begründung
*232 S., brosch., 18 €*




Frank Lisson
**Die Verachtung des Eigenen**
Über den kulturellen Selbsthaß in Europa
*296 S., brosch., 18 €*




Caroline Sommerfeld
**Wir erziehen**
Zehn Grundsätze
*328 S., brosch., 18 €*




Caroline Sommerfeld, Martin Lichtmesz
**Mit Linken leben**
*328 S., brosch., 18 €*




Manfred Kleine-Hartlage
**Die liberale Gesellschaft und ihr Ende**
Über den Selbstmord eines Systems
*296 S., brosch., 18 €*




Erik Lehnert, Wiggo Mann
**Das andere Deutschland**
Neun Typen
*152 S., brosch., 16 €*

Die Theoriereihe bei Antaios ist der große Bruder der *reihe kaplaken:* dort die knappen Essays, hier die gründlichen Analysen und Konzepte. Die Reihe wird fortgesetzt!

Verlag Antaios

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra
Tel.: (034632) 90 43 96 · Fax: (034632) 90 43 97 · e-Post: vertrieb@antaios.de
www.antaios.de

# Wien, Virus, wir

von Martin Lichtmesz

Während ich diesen Beitrag schreibe, sieht die Lage in Österreich laut worldometers.info »in Zahlen« etwa so aus (Stand 9. März 2021): Verzeichnet werden 23 593 »aktive« Fälle einer Infektion mit dem »Coronavirus«, also Menschen, die nicht bloß »positiv getestet« worden, sondern symptomatisch und somit tatsächlich krank sind. Das sind 0,26 Prozent einer Gesamtbevölkerung von 8,859 Millionen. 99 Prozent davon befinden sich in einer »mild condition«, nur ein Prozent wird als »serious or critical« eingestuft. Diese schwer bis lebensgefährlich Erkrankten machen 338 Patienten aus, also 0,0038 Prozent der Bevölkerung. 99,7 Prozent der Bevölkerung Österreichs, also fast alle, sind zu diesem Zeitpunkt gar nicht von »Corona« betroffen. Die Auslastung der Intensivbetten betrug am 9. März laut statista.com 38,5 Prozent. Seit Virusinfektionen in Österreich festgestellt wurden (25. Februar 2020), sind 98 Prozent der Erkrankten (447 041 Menschen) genesen, zwei Prozent sind »an oder mit« oder »im Zusammenhang mit« Corona gestorben (8757). Laut Gesundheitsministerium (Stand 27. Februar 2021) waren 97 Prozent aller Todesfälle über 60 alt, 45,6 Prozent, also fast die Hälfte, über 85 Jahre alt (die durchschnittliche Lebenserwartung in Österreich beträgt 81,64 Jahre). Es gab insgesamt neun Prozent mehr Tote als im Jahr 2019, würden allerdings »die gestiegene Bevölkerungszahl und Veränderungen in der Altersstruktur berücksichtigt, so wäre im Jahr 2020 auch ohne Pandemie mit einem leichten Anstieg der Sterbefälle zu rechnen gewesen« (oesterreich.orf.at, 26. Februar 2021).

»Gäbe es nicht die ›Maßnahmen‹, würde man von der Pandemie nichts bemerken.«

Claudio Casula auf Twitter, 22. Februar 2021.

Im Januar und Februar 2021 machte die Meldung die Runde, daß die Kinder- und Jugendpsychiatrien in Wien und anderen Bundesländern schwer überlastet seien. Speziell seit Beginn des zweiten Lockdowns im November 2020 haben Depressionen, Antriebslosigkeit, Eßstörungen, Suizidgedanken erheblich zugenommen, insbesondere im Bereich der Acht- bis Zwölfjährigen (*Kleine Zeitung*, 27. Januar 2021). Laut einer Studie der Sigmund-Freud-Privatuniversität (SFU) hat »rund ein Fünftel der Befragten im Zuge der Krise den Kontakt zu Vertrauenspersonen verloren oder aktiv abgebrochen«, unter anderem aufgrund von »Meinungsverschiedenheiten zum Umgang mit der Pandemie« (orf.at, 25. Februar 2021). Am 6. Februar titelte die *Kronen-Zeitung:* »30 000 Betriebe stehen vor dem Abgrund«, Untertitel: »Wie Corona Gastro, Handel, Dienstleister in Konkurs treibt.« An diesem Framing überrascht die Schuldzuschreibung gerade nicht: An einer schicksalhaften Entität namens »Corona« liegt es, nicht etwa an der österreichischen Regierung, die diesen Massenkonkurs durch Zwangsschließungen verursacht hat. Die *Kronen*-Zeitung hingegen soll allein im ersten Quartal des Jahres 2020 eine staatliche »Sonderförderung« von 2,7 Millionen Euro erhalten haben. Auf Platz zwei folgt das Imperium »Österreich« *(oe24)* mit 1,7 Millionen Euro Zuschuß. Hinzu kamen Einnahmen in Millionenhöhe durch Anzeigen der Regierung, die im letzten Jahr 73 Millionen Euro in Werbung investiert haben soll.

Die *Kronen-Zeitung, Heute, oe24, Kurier* und andere Medien sind dementsprechend zu Organen einer pausenlos niederprasselnden Panikpropaganda geworden. Sie halten nicht nur die Angst vor dem Virus mit täglich neuen Tatarenmeldungen und »Zahlen« am Köcheln, sondern attackieren auch in äußerst gehässiger und verzerrender Weise die als »Corona-Leugner« betitelten Maßnahmenkritiker, die in Wien seit Mitte Januar Großdemonstrationen mit wachsender Teilnehmerzahl durchführen. Ganz im Sinne des Innenministers Karl Nehammer (ÖVP) werden die Protestler als »Rechtsextreme, Staatsverweigerer, Hooligans, Alt-Neonazis« dargestellt, für die das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung und die Polizei zuständig seien. Kanzler Kurz bedankte sich bei der *Kronen-Zeitung* zu Weihnachten mit einer ganzseitigen Anzeige, in der er die staatstragende Rolle der »kritischen und unabhängigen Medien« würdigte und ihnen auch gleich die Botschaft mitgab, die er von ihnen verbreitet sehen wollte: »Entscheidend« dafür, »daß wir nächstes Jahr schrittweise zu unserer gewohnten Freiheit und Unbeschwertheit zurückzukehren können«, sei, »daß so viele Menschen wie möglich das Angebot der Massentests und der bevorstehenden Impfung wahrnehmen.«

Genau in dieses Horn blasen die »kritischen und unabhängigen Medien« nun schon seit Monaten. Freiheit von Masken, Lockdowns und Tests werde es nur durch die Impfung praktisch der gesamten Bevölkerung geben. Die von der Regierung autoritär angeordneten Maßnahmen werden präsentiert, als wären sie streng wissenschaftlich vom Wesen und Verhalten des Virus diktiert; »Corona« und der Lockdown, der Staat und die Regierung fallen gleichsam in eins. Wer an der Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen zweifelt, gerät ins Visier als »Verharmloser« und »Leugner« der Gefährlichkeit oder gar der Existenz des Coronavirus, als »Verschwörungserzähler«, der am aufrichtigen Wohlwollen von Politikern, Medien und Pharmakonzernen zweifelt, als grundsätzlicher Staats- und Verfassungsfeind, weil er die aktuelle türkis-grüne Regierung auffordert, ihm die Grundrechte zurückzugeben. Der Kampf gegen die »Coronaleugner« wird mit dem altbekannten Kampf »gegen rechts« kurzgeschlossen, und die Profis dieser Sparte stellen sich bereitwillig zur Verfügung. Andreas Peham etwa, Leiter der linksextremen Erklärbude DOEW, sah in den angeblichen »Aufmärschen von Alt- und Neonazis bei Anti-Coronavirus-Demonstrationen« ein »Krisensymptom«: »Es ist banal, aber Krisenzeiten sind sehr günstige Zeiten für die extreme Rechte, weil es Zeiten der Angst und Verunsicherung sind. Menschen, die Angst haben und verunsichert sind, rufen nicht nach mehr Freiheit und Demokratie, sondern nach einer starken Hand, Schutz und Sicherheit.« Damit stellte Peham die Wirklichkeit komplett auf den Kopf, da sich die besagten Demos, die von den rechten Milieus in Österreich so gut wie geschlossen befürwortet werden, unter dem Motto »Friede, Freiheit, keine Diktatur« explizit *für* mehr »Freiheit und Demokratie« und *gegen* autoritäre Angstmache unter dem Vorwand von »Schutz und Sicherheit« aussprechen.

Die Impfstoffe gegen den unsichtbaren und allgegenwärtigen »Feind« Coronavirus werden als Wunderwaffen angepriesen, an deren Effektivität, Ungefährlichkeit und Alternativlosigkeit kein Zweifel erlaubt ist. Verpflichtende Impfpässe sollen erstellt werden und den Geimpften gegenüber den Ungeimpften »Privilegien« verschaffen, womit nichts anderes als die volle Wiederherstellung ihrer Grundrechte gemeint ist. Die Regierenden treiben dieses Programm mit roboterhafter Zielgerichtetheit voran. Besonders alarmierend ist in dieser Hinsicht die enge Allianz, die Kurz mit Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu einzugehen sucht. Israel, ein Land mit etwa derselben Bevölkerungszahl wie Österreich, hat bis dato eine Durchimpfungsrate von 57 Prozent und bereits einen »Grünen Paß« eingeführt, der exakt das verwirklicht, was »Verschwörungstheoretiker« von Anfang befürchtet haben: eine Zweiklassengesellschaft, in der nur Geimpfte Zugang zu Restaurants, Cafés, Universitätshörsälen und anderen Orten haben – angeblich ein vorübergehender Zustand, bis eines Tages Corona-Entwarnung gegeben wird.

In einem Interview mit dem ORF benannte Kurz als Ziel seiner Israelreise, die »Zusammenarbeit mit Israel sowohl im Bereich Forschung und Entwicklung, aber auch der Produktion zu vertiefen.« Denn, so Kurz, »wir werden in den nächsten fünf Jahren aller Voraussicht nach bis zu 30 Millionen Impfdosen alleine in Österreich brauchen. Denn das Virus wird mehr

»Ich bin nicht in der Lage festzustellen, was die Israelis dazu veranlaßt hat, sich zu Versuchskaninchen für einen Pharmariesen mit einer zweifelhaften Sicherheits- und Ethikbilanz zu machen. Womöglich verdankt sich der Erfolg der Massenimpfkampagne primär einem Trick von Netanjahu und seiner Partei. Netanjahu steht eine ernsthafte juristische Auseinandersetzung bevor, und die kommenden Wahlen bedeuten für ihn einen existentiellen Überlebenskampf, der weit über die politische Dimension hinausgeht. Ich vermute, daß Bibi die Wahl zwischen einem Krieg mit dem Iran und einem Impfstoff von Pfizer hatte.«

Gilad Atzmon: »Bibi, Pfizer and the Election«, gilad.online vom 20. Februar 2021.

»Die Bevölkerung ist gespalten, die gekauften Massenmedien predigen tagein, tagaus die Gefahr einer vorgeblichen Pandemie, die man in Wahrheit kaum von schweren Grippejahrgängen der Vergangenheit auseinanderhalten kann. Doch die Menschen sind verängstigt. Eine verängstigte Bevölkerung versammelt sich stets hinter ihrer Führung und vertraut darauf, daß diese wisse, was gut für sie ist. Daß die gesamte Regierung gegen das Volk arbeitet, kann und will sich niemand vorstellen.«

Willi Huber: »Corona-Jahrestag: Bestandsaufnahme einer globalistischen Agenda«, in: *Wochenblick*, vom 28. Februar 2021.

und mehr mutieren, und die Impfung wird immer wieder angepaßt werden müssen.« Auch diese Aussage erfüllt die schlimmsten Erwartungen: Kurz stellt, im Einklang mit den globalistischen Meinungsführern und ihren internationalen politischen Vollstreckern, eine Welt in Aussicht, in der jeder Mensch vom Staat über Jahre hinweg, wenn nicht auf Lebenszeit, dazu verpflichtet wird, sich gleich einem Computer regelmäßig mit einem neuen Impfprogramm »upzudaten«, zum »Schutz von uns allen«. Wer dies verweigert, wird schwerwiegende soziale, rechtliche und wirtschaftliche Konsequenzen in Kauf nehmen müssen.

Betrachtet man den Lockdown als eine ebenso verheerende wie ineffektive Strategie und »Corona« weitgehend als Inszenierung, die durch massenmediale Beschallung, irreführende Berichterstattung und magische Rituale wie Masken- und Testzwang aufrechterhalten wird, dann ergibt sich ein überaus finsteres Gegenwarts- wie Zukunftsbild. Propaganda und Desinformation haben die Gesellschaft auch in Österreich viel schwerer traumatisiert und gespalten als die Flüchtlingskrise des Jahres 2015, perverserweise unter dem Slogan »Wir halten zusammen«. Beide Seiten fühlen sich in einem dystopischen Film gefangen: jedoch fürchten die einen eher






*Menschenmasse bei Anti-Corona-Demo am Maria-Theresien-Platz in Wien (Januar 2021).*

das Virus, die anderen eher die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen. Diese Sorge ließ sogar den islamistischen Terroranschlag, der in Wien am 2. November 2020 vier Todesopfer forderte, als bloßen Zwischenfall erscheinen. Dabei zeigen sich in beiden Lagern durchaus komplementäre psychologische Phänomene. Die Masken-, Lockdown- und Massenimpfung-Ultras berufen sich auf Wissenschaftlichkeit und titulieren ihre Gegner mit der modischen Verunglimpfung »Schwurbler«, sind aber häufig sehr schlecht informiert und legen nicht selten sektiererische und abergläubische Züge an den Tag. Im maßnahmenkritischen Lager, das sich ebenfalls – und mit weitaus größerem Recht – auf Wissenschaftlichkeit beruft, gibt es wiederum eine starke Tendenz, sich als Reaktion auf die als überwältigend erlebte totalitäre Verschärfung in religiöse und esoterische Deutungen und Heilslehren zu stürzen. Auf den Kundgebungen in Wien, die den Großdemonstrationen vorangingen, standen sachliche Reden neben aufgeregten Rezitationen der Offenbarung des Johannes. Der »diabolische« Aspekt des Spektakels wird indes auch von vielen Menschen wahrgenommen, die mit metaphysischen Spekulationen wenig am Hut haben.

Wechselseitiges Mißtrauen, Gereiztheit und Zorn haben sich zweifellos erheblich verstärkt. Regelbrecher erscheinen den Gläubigen und Ängstlichen als Asoziale, Quasikriminelle und »Lebensgefährder«, weshalb diese

auch vor Denunzianten- und Blockwarttum nicht zurückschrecken. Den »Verweigerern« stehen die »Streber« gegenüber, die ihre Masken auch dort, wo es nicht verpflichtend ist, mit stolzgeschwellter Brust tragen, aus allen Nähten platzend vor zur Schau getragenem sozialen Verantwortungsbewußtsein. Andere wiederum tragen unsinnigerweise Masken auch im Freien, weil sie verängstigt sind oder es nicht besser wissen. Die Dressier- und Manipulierbarkeit unserer Zeitgenossen, die immer so stolz auf ihre demokratische Aufgeklärtheit waren, ist wahrhaft verblüffend, und zugleich ein unwürdiges, manchmal schmerzhaftes Schauspiel. Während der Staat ihre wirtschaftliche Existenz, ihr Sozialleben und ihre seelische Gesundheit ruiniert, unterwerfen sich Millionen Menschen seinen schikanösen Vorschriften, deren mangelnde Sinnhaftigkeit man mit Leichtigkeit durchschauen oder recherchieren kann.

Wer hingegen um die medizinische Unsinnigkeit weiß, kann in dem Ritual des Maskentragens nur den Gruß des Geßlerhutes erblicken, und er muß nun mit sich selbst und seinem Gewissen ausmachen, wie hoch der Preis ist, den er für die Verweigerung dieser beleidigend plumpen Maskerade zahlen möchte. Zwar fühlen sich viele Maskengegner häufig auch physisch bedrängt, etwa durch Allergie oder Atemnot, aber der Hauptgrund des Unbehagens ist ein seelischer: Man will sich nicht einer Lüge unterwerfen. In kleineren Dörfern und Vororten gibt es manche, die seit Monaten gänzlich ohne Maske mit Charme und Chuzpe durchgekommen sind. In der Großstadt, insbesondere bei Angewiesenheit auf öffentliche Verkehrsmittel, ist das jedoch so gut wie unmöglich. Man muß sich entscheiden, welcher Streß der geringere ist: derjenige des Maskentragens und der Unterwerfung oder der Streß des optischen Herausstechens mit der ständigen Gefahr des Zur-Rede-gestellt- oder gar Bestraft-Werdens.

»Rechtsextremistische Akteure bedienen sich einer parallelen Medienwelt, im konkreten Fall Telegramchatgruppen, um ein Meinungsbild zu erzeugen, wonach ›ein System‹ bestehend aus Bundesregierung, staatlichen Institutionen und Medien sich gegen die Bevölkerung verschworen hätte.«

Aus einem Lagebericht des Verfassungsschutzes, zitiert bei: Isabelle Daniel: »Geheim-Report: So gefährlich sind die Corona-Leugner«, oe24.at vom 21. Januar 2021.

Hinter Masken, die das Gesicht des anderen nicht erkennen lassen, meint man rasch, mißbilligende, ängstliche oder gar haßerfüllte Augen blinzeln zu sehen. Die »Mund-Nasen-Maske«, schrieb Thorsten Hinz in der *Jungen Freiheit* (15. August 2020), markiere einen Bruch mit der »tradierten Alltagskultur«, in der wir nonverbal über den Gesichtsausdruck kommunizieren: »Die Maskenpflicht – ob sinnvoll oder nicht – enthält den Zwang zur kulturellen Selbstentfremdung.« Die Masken entpersonalisieren den anderen, machen ihn zum anonymen »Non-Player-Character« eines Computerspiels, das unsere Realität gehackt hat. Ein Bekannter berichtete mir, daß er, als er im Dezember die Nachricht las, daß die Regierung einen verpflichtenden elektronischen Impfpaß einführen werde, vor Empörung auf die Straße gehen mußte, um Luft zu schnappen und Dampf abzulassen. Das erste, was er sah, war ein Mann mit »Mund-Nasen-Schutz«, der auf ihn zukam, um elf Uhr nachts, auf einer regennassen Straße, auf der weit und breit kein einziger Mensch zu sehen war. Auf diesen zufälligen, überkonformen Tropf entlud sich nun die ganze ohnmächtige Wut meines Bekannten, die eigentlich Kurz und seinen Komplizen galt. Er begann den arglosen »Corona-Idioten« wüst zu beschimpfen, worauf dieser natürlich zurückbellte. In der Regel verhält es sich allerdings eher so, daß es die »Maskenverweigerer« sind, die von ihren Mitmenschen angepöbelt oder ermahnt werden. Der Maskenträger gibt dem Verweigerer die Schuld, daß die »Inzidenzzahlen« nicht wie gewünscht sinken, weshalb wir alle eingesperrt bleiben »müssen«. Der Verweigerer wiederum sieht im Maskenträger das Herdentier, das es der Regierung erst ermöglicht, unwidersprochen Lockdowns und andere Schikanen zu verhängen. Der tägliche Anblick der Maskenträger wirkt auf den »Corona-Skeptiker« als Symbol einer sozialen Dressur und Gleichschaltung. Ein Eindruck, der sich durch die Einführung der »FFP2-Masken-Pflicht« enorm verschärft hat. Es war unheimlich, zu sehen, wie reibungslos die Umschaltung funktionierte. Buchstäblich von einem Tag auf den anderen trug jeder einzelne Fahrgast in den U- und Straßenbahnen und jeder Kunde in den Geschäften und Supermärkten die neu vorgeschriebene, einheitliche Gesichtsbedeckung, ein kaffeefilterartiger, chemikalienhaltiger Kunststoffkübel »Made in China«.

»Extremisten wie FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl könnten in ihrer Umnachtung noch einen Flächenbrand auslösen. Als Anführer einer radikalen Bewegung gegen die Corona-Maßnahmen wütet Kickl gegen die Medien, gegen die Ärzteschaft und natürlich gegen Israel, um alle schmutzigen Klischees aus der freiheitlichen Müllhalde auszubreiten. Bleibt die Frage, ob Herbert Kickl seinen brachialen Stumpfsinn wirklich glaubt oder ob das Teil einer perfiden Strategie zur Aufwiegelung der von der Pandemie Verwirrten ist.«

Claus Pándi: »Unheimlich«, in: *Kronen-Zeitung* vom 8. März 2021.

Nun starrt man in den U-Bahnen tagtäglich in eine Flut von gesichtslosen Augen hinter anonymisierenden Maulkörben, die ein visueller Beweis dafür sind, wie gründlich und reibungslos die Manipulation und die Angstmache funktioniert haben. Manchmal möchte man schier verzweifeln, daß nicht ein einziger Mensch zu erblicken ist, der es wagt, das beklemmende Schauspiel zu boykottieren, etwa durch eine herauslugende Nasenspitze

oder ein Baumeln der Maske am Kinn. Dabei wäre das keine allzu schwierige oder riskante Sache. Im Gegensatz zu den ersten Monaten der Krise, in denen es vorkam, daß Security-Männer die »Corona-Sünder« anbrüllten, als wären sie auf dem Kasernenhof, werden die öffentlichen Verkehrsmittel kaum überwacht oder kontrolliert. Und wenn doch einmal einer die Maske nicht korrekt oder (seltener) gar nicht trägt, so wird er von den allermeisten Menschen inzwischen ignoriert. Dennoch kann es immer wieder zu unangenehmen Szenen kommen, die eine ähnlich abschreckende Wirkung haben wie plötzliche Fahrscheinkontrollen. Hin und wieder fühlt man sich selbst versucht, wildfremden Konformen dreinzureden, was sie zu tun oder zu unterlassen haben, aus Ärger oder Mitleid. Was soll man zu alten, gebrechlichen Damen sagen, die sich vor lauter Todes-, Infektions- oder Geldstrafenangst schnaufend eine Treppe im Stiegenhaus oder in der U-Bahn hinaufschleppen und dabei die »FFP2«-Maske, die das Einatmen erheblich erschwert, nicht vom Gesicht nehmen? Was soll man zu Menschen sagen, die ihren zwei- oder dreijährigen Kindern Masken umbinden, wenn sie eine Bäckerei betreten? Denn zweifelsohne meinen sie es nur »gut« und wollen ihrem Nachwuchs nicht bewußt schaden. Viele scheint die Maskentragepflicht ernsthaft nicht zu stören, weder körperlich noch seelisch, zumindest beteuern sie es vollmundig, darunter häufig junge Leute im Teenager- oder Twen-Alter.

»Diese in aller größten Teilen friedliche Demonstration ist der einzige Weg, auch die Masse der Bevölkerung hinter sich zu bringen und hinter sich zu halten. Genau deswegen versucht das Innenministerium immer wieder eine Eskalation herbeizuführen, weil sie Bilder von Gewalt brauchen und möchten, um diese breite und friedliche Bewegung zu diskreditieren und ihnen den Anschluß an die Masse der Bevölkerung zu nehmen.«

Martin Rutter in einem Interview mit der *Tagesstimme* vom 8. März 2021.

Aber auch im privaten und zwischenmenschlichen Bereich macht sich Entfremdung breit. Was soll man der achtzigjährigen Tante sagen, die sich seit Monaten ängstlich einbunkert, zur »Risikogruppe« gehört, alle ihre Informationen aus der *Kronen-Zeitung* und dem ORF-Nachrichtenprogramm »ZIB 2« bezieht und es kaum erwarten kann, geimpft zu werden? Während man selbst um ihre Gesundheit fürchtet, weil sie sich zum Versuchskaninchen eines gewaltigen Menschenexperiments machen will, das angeblich schon etliche Leben gekostet hat? Man weiß genau, daß man sie nur verunsichern und verstören, aber kaum zu ihr durchdringen wird. Was soll man mit der alten treuen Freundin machen, die alle Maßnahmen befürwortet und die Fahrlässigen verachtet, weil sie um die Gesundheit ihres lungenkranken Lebensgefährten fürchtet? Was mit dem dauererkrankten Freund, der vermutet, daß er COVID-19 hatte und dies an seinem »Hirnnebel«-Syndrom schuld ist, und die Lage fast nur noch durch die Linse seiner persönlichen Betroffenheit sehen kann? Derselbe Freund übrigens, der mich Ende Februar 2020 aus Deutschland anrief und mir als erster die Botschaft überbrachte, daß eine Pandemie auf Europa zurolle, die womöglich Millionen Tote fordern und unser Leben über Jahre hinweg verändern werde. Bei einem solchen Gespräch mit einem teuren Freund »auf der anderen Seite« versagten mir einmal physisch die Worte, ich rang nach Luft und wurde überwältigt von der Angst vor einem Bruch oder einer unbotmäßigen Übertretung unserer persönlichen Grenzen, die unwillkürlich aus meinem Inneren aufstieg.

Ich erinnerte mich an einen Traum, der mich jahrelang in unzähligen Variationen heimgesucht hatte und der etwa so ablief: Ich sah, wie Massen von Menschen auf eine Tribüne blickten, auf der einige Redner vor Mikrofonen standen. Die Menschen waren weniger gebannt als passiv und apathisch. Sie bemerkten nicht, daß die Redner ihnen ungeheuerliche Lügen auftischten. Allein mir fiel es auf und ich war entsetzt und empört über diese Dreistigkeit. Kurz entschlossen stieg ich auf die Bühne und riß das Mikrofon an mich. »Glaubt ihnen nicht, sie führen Böses im Schilde, sie belügen und manipulieren euch!« wollte ich heroisch in die Menge rufen. In diesem Moment überkam mich eine Welle der Angst und schnürte mir die Kehle zu. Meine Stimme wurde heiser und blieb mir im Hals stekken. Ich bekam keine Luft mehr. Niemand hörte mich, niemand verstand mich. Ich wurde von der Bühne gezerrt, und der Traum war zu Ende. Ich muß immer wieder an ihn denken, wenn ich heute auf die Straße gehe. Das ganze Land scheint sich in Trance zu befinden, und wer aufgehört hat, zu schlafwandeln, mag den Eindruck haben, sich in einem bösen Wachtraum zu befinden.

Um so befreiender wirkten auch auf mich die Großdemonstrationen gegen die Regierungsmaßnahmen, an denen ich bislang dreimal teilnahm. Der überraschend große Erfolg der ersten Demonstration vom 16. Januar führte dazu, daß das Innenministerium zwei Wochen später insgesamt siebzehn für den 31. Januar angemeldete Kundgebungen aufgrund





*Anti-Corona-Demo in Wien (16. Januar 2021).*

einer angeblich dräuenden »Gefahr für die Volksgesundheit« untersagte. In Wahrheit fürchtete Innenminister Nehammer eine Potenzierung der vorangegangenen Proteste, an denen etwa 20000 Menschen teilgenommen hatten. Nehammer offenbarte damit, daß der Staat keinerlei Hemmungen kennt, die »Coronaregeln« anzuwenden, um das Versammlungsrecht auszuhebeln. Wie sich herausstellte, war dies ein erfolgloses Unterfangen. Zwar versuchte die Polizei, die Teilnehmer einzukesseln und die Demonstration aufzulösen, mußte aber schließlich vor ihrer schieren Zahl kapitulieren. Die Staatsgewalt war gebrochen, und nun strömten Tausende euphorisierte Demonstranten durch die inneren Bezirke Wiens, »Kurz muß weg!« skandierend. Das Schauspiel war faszinierend: Hier waren Menschen aus allen Schichten des Volkes und aus allen Altersklassen vertreten, die sich im Gegensatz zum bunten Haufen »dionysischer Individuen« bei der Berliner Querdenker-Demo vorrangig unter dem einigenden Banner der rotweißroten Nationalflagge versammelt hatten. Unter ihnen befanden sich viele kleine Unternehmer, die schlichtweg um ihre Existenz fürchteten. Einen Monat später, am 6. März, war die Zahl der Teilnehmer auf 30000 angewachsen, während sich unerwartete Querfronten gebildet hatten: Nun sprachen auf einer Bühne im Prater Männer so unterschiedlicher politischer Herkunft wie der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Herbert Kickl und der ehemals grüne Aktivist der Friedensbewegung Alexander Ehrlich. Die Transparente und Schilder hatten sich seit Beginn der Demos deutlich verbessert: bessere Optik, klare Botschaften. Die Polizei teilte über 3000 willkürliche Anzeigen wegen Verstoß gegen die »Coronaregeln« wie Maskentragen und Abstandsgebot aus. *Oe24* beschimpfte am nächsten Tag die Teilnehmer als »Demo-Mob« und behauptete, »Hitlergrüße«, »Neonazis« und »Messer« gesichtet zu haben. In der *Kronen-Zeitung* schrieb Michael Jeannée, ihm sei »eiskalt« geworden angesichts dieser Hitler-Reinkarnation namens Kickl, der wie weiland der Leibhaftige »brüllte, röhrte, röchelte und heiser flüsterte.« Über den Inhalt der Rede Kickls verlor Jeannée freilich kein Wort. Man kann es nicht anders bezeichnen, als daß die Regierung und die von ihr gekauften Medien einen propagandistischen Bürgerkrieg gegen Teile des eigenen Volkes führen. Die Tausenden, die Kickl, Ehrlich oder Martin Rutter auf die Demonstrationen folgen, hoffen auf einen basisdemokratischen Frühling, der die »Corona-Diktatur« zu Fall bringen wird.

Wien, Heldenplatz, wir: Auch ich hoffe, daß dieser Sand im Getriebe ausreichen wird, um die Maschine zum Stoppen zu bringen, aber ich fürchte, daß die Menschen, die mit bewundernswertem Einsatz auf die Straße gehen, das Monstrum überschätzen, gegen das sie angetreten sind. Schlimmstenfalls erleben wir gerade das letzte ehrenhafte, aber naive Aufbäumen einer Idee namens »Demokratie«, ehe die globalistischen Eliten in Davos und anderswo den »Reset«-Knopf drücken, um in der westlichen Welt ein Herrschaftsmodell nach chinesischem Vorbild zu installieren. ■

# Was wir wissen können

von Frederik Holst und Erik Lehnert

Wir wissen, daß dort, wo es um »Große Erzählungen« und um Angstpolitik geht, das Argument ein Mauerblümchen ist. Verstehen wir das folgende also als Protokoll: Was konnte man im Frühjahr 2021 wissen, aus welchen Erfahrungen hätte man seit Monaten klug geworden sein können?

**Ursprung und Vorbereitung**

Im Dezember 2019 brach in der chinesischen Stadt Wuhan (Provinz Hubei) die Lungenkrankheit COVID-19 aus. Zu der Annahme, daß es sich bei dem Erreger SARS-CoV-2, einem Coronavirus, um eine Zoonose handelt, die auf einem chinesischen Tiermarkt in der Stadt Wuhan übertragen wurde, kommen zunehmend Hinweise auf einen Unfall in einem biotechnologischen Labor im Zentrum von Wuhan. Für beide Hypothesen gibt es wissenschaftliche Argumente, die Labor-These ist bisher allerdings eine akademische Außenseiterposition, findet jedoch zunehmend Fürsprecher.

Roland Wiesendanger: *Studie zum Ursprung der Coronavirus-Pandemie,* Universität Hamburg 2021.

»Letter Seeking International Inquiry Into Origins of the Coronavirus«, in: *New York Times* vom 4. März 2021.

Aus epidemiologischer Sicht ist die Antwort belanglos, das Virus ist in der Welt. Am 30. Januar 2020 rief die WHO eine »gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite« aus. In China wurden bis dahin in diesem Ausmaß ungekannte Maßnahmen zum Infektionsschutz ergriffen. Die ganze Provinz Hubei mit 50 Millionen Einwohnern wurde abgeriegelt, Ausgangssperren verhängt, Quarantäne angeordnet, Kontaktverbote ausgesprochen und Kontaktverfolgung betrieben. Man war vorbereitet.

Zwei Monate vor dem Ausbruch in China fand am 18. Oktober 2019 in New York die Simulationsübung »Event 201« mit einem fiktiven Coronavirus statt. Das Planspiel wurde vom Weltwirtschaftsforum (WEF), der Johns-Hopkins-Universität und der Bill & Melinda Gates Foundation organisiert. In dem zugrundeliegenden Szenario einer globalen Pandemie durch die fiktive Lungenkrankheit »CAPS«, ausgelöst durch ein SARS-ähnliches Coronavirus, ging man von 65 Million Toten innerhalb von 18 Monaten aus. Das Ergebnis der Beratungen, an der auch der Generaldirektor der chinesischen Seuchenschutzbehörde CCDC teilnahm, wurde in Form einer Handlungsaufforderung publiziert. Das zentrale Anliegen war ein staatlich-privater Zusammenschluß (»public-private cooperation«) in der Seuchenbekämfung, der Aufklärungsarbeit und der angemessenen Reaktion auf die ökonomischen Folgen von Pandemien. Regierungen und Privatwirtschaft sollten Methoden zur Bekämpfung von »Fehlinformationen« (»mis- and disinformation«) entwickeln. Auch in pharmazeutische Produkte, wie etwa Impfstoffe, sollten Regierungen investieren.

»Lock Step – A world of tighter top-down government control and more authoritarian leadership, with limited innovation and growing citizen pushback«, in: Rockefeller Foundation, Global Business Network (Hrsg.): *Scenarios for the Future of Technology and International Development,* New York 2010, S. 18–25.

Bereits 2010 hatte die Rockefeller-Stiftung ein pandemisches Szenario hypothetisch durchgespielt und publiziert. Als Folge der Pandemie wurde die Entwicklung einer strengeren staatlichen Obrigkeit mit autoritärem Führungsstil inklusive einer entsprechenden bürgerlichen Gegenwehr für plausibel gehalten. Auch extreme Maßnahmen und hermetische Einschränkungen zur Eindämmung der Pandemie unter anderem mit einer »weltumspannenden« Maskenpflicht wurden für möglich gehalten.

**Bergamo und Angstpolitik**

Nachdem dann im Februar 2020 die ersten COVID-19-Fälle in Norditalien gemeldet wurden, gingen, den entsprechenden Meldungen aus China ähnlich, Bilder von überfüllten Intensivstationen, überlasteten Krematorien und Militärfahrzeugen, die Leichen abtransportierten, um die Welt. Die »Bilder aus Bergamo« wurden zum Topos, mit dem Verweis auf sie konnte man Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus anschaulich rechtfertigen. Schnell wurde aber deutlich, daß in Norditalien die Altersstruktur der Bevölkerung, die Luftverschmutzung und vor allem der Zustand des Gesundheitssystems eine besondere Rolle spielten. Die Überlastung des italienischen Gesundheitssystems war bereits von der saisonalen Grippe her bekannt. Diese Umstände fanden jedoch kaum oder gar keinen Eingang in die Berichterstattung der Massenmedien. Durch panische Fehlentscheidungen wurde die Situation in Norditalien vermutlich noch verschärft. Menschen mit leichten Symptomen kamen in die Krankenhäuser und wurden von dort in Altenheime überwiesen. Solche Einweisungen stellten sich als eine tödliche Falle für viele der Betroffenen, inklusive des Personals, heraus. Später kam der mit klinischen Beobachtungen untermauerte Verdacht auf, daß die COVID-19-Patienten in Norditalien in der Panik etwa mit einer Intubation zur künstlichen Beatmung übertherapiert wurden und daran verstarben.

»Milano, terapie intensive al collasso per l'influenza: già 48 malati gravi molte operazioni rinviate«, in: *Corriere della Sera* vom 10. Januar 2018.

»Wieso Italien dem Virus erlag«, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 19. Juni 2020.

Wolfram Windisch et al.: »Invasive und nichtinvasive Beatmung bei COVID-19-Patienten«, in: *Deutsches Ärzteblatt International* 117 (2020), S. 528–533.

Die Massenmedien blieben, im Unterschied zur Schweinegrippe 2009, in erstaunlich gleichförmiger Weise unkritisch gegenüber dem offiziellen Narrativ der Regierungsorgane und ihrer Berater, die sozialen Medien wie Twitter, Facebook und YouTube zensierten kritische Beiträge. Erst mit dem Jahreswechsel 2020/21 wurde deutlichere Skepsis wahrnehmbar. Die *Welt am Sonntag* legte am 7. Februar dieses Jahres Vorgänge offen, die zu der anfänglichen Kritiklosigkeit beigetragen haben dürften. Die Zeitung berichtete über Dokumente aus dem Bundesministerium des Innern (BMI), die offenlegten, daß die Bundesregierung in Gestalt des BMI wissenschaftliche Einrichtungen im März 2020 dazu angehalten hatte, Daten zu generieren, mit denen Maßnahmen »repressiver Natur« gerechtfertigt werden könnten. Das Ergebnis war das zunächst vertrauliche Strategiepapier »Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen«, in dem man von über einer Million Toten im Jahre 2020 in Deutschland ausging. Dabei berief sich das BMI auf ein »Expertenteam«, auf welches das Amt unmittelbar zuvor selbst mit dem Ziel eingewirkt hatte, möglichst bedrohliche Einschätzungen abzugeben, damit diese wiederum für die entsprechenden politischen Zwecke eingesetzt werden könnten. Zur Strategie des BMI gehörte damit auch das gezielte Schüren von Ängsten, gerade auch bei Kindern.

Unklar ist, welche Rolle dabei eine Risikoanalyse zum epidemischen Bevölkerungsschutz aus dem Jahr 2012 spielte, in der eine fiktive Pandemie durch ein SARS-Virus angenommen wurde. Das Szenario einer »Pandemie durch Virus Modi-SARS« wurde unter fachlicher Federführung des Robert-Koch-Instituts (RKI) und Mitwirkung weiterer Bundesbehörden entwickelt. Es wurde dabei hervorgehoben, daß im Rahmen von notwendigen Schutzmaßnahmen Grundrechte (Freizügigkeit, Versammlungsfreiheit) eingeschränkt werden könnten. Dabei veranschlagte man die Sterblichkeitsrate bei den Erkrankten mit zehn Prozent und sah eine entsprechende Kommunikation in Printmedien, Fernsehen, Social Media vor. »Nur wenn die Bevölkerung von der Sinnhaftigkeit von Maßnahmen (etwa Quarantäne) überzeugt ist, werden sich diese umsetzen lassen«.

**Grundrechte und Krankenhauskapazitäten**

Während die deutsche Regierung zu Beginn des Jahres 2020 die gesundheitliche Gefahr für die Bevölkerung als gering einschätzte und dies auf einer Pressekonferenz am 28. Januar durch Gesundheitsminister Spahn und RKI-Chef Wieler, der noch am 14. Februar von einer schweren Grippewelle sprach, auch öffentlich kommunizierte, wendete sich das Blatt Ende Februar mit der Einsetzung eines Krisenstabs. Seit dem 3. März 2020 einigt sich die Bund-Länder-Konferenz regelmäßig auf (verfassungsrechtlich umstrittene) Anordnungen, Verlängerungen, Lockerungen und Verschärfungen der bekannten Eindämmungsmaßnahmen nach chinesischem Vorbild (Lockdown), bestehend aus Zwangsmaßnahmen: von Kontaktbeschränkungen, Ausgangssperren und Quarantäne über die Schließung von fast allen Einrichtungen bis zur Maskenpflicht im öffentlichen Raum und

dem sogenannten Verweilverbot an öffentlichen Plätzen. Dringend gebotene Operationen wurden verschoben, um Krankenhauskapazitäten für COVID-19-Patienten freizuhalten.

Begründet wurden die harten Einschnitte in das private und öffentliche Leben zunächst mit einer drohenden Überlastung des Gesundheitssystems. »Flatten the Curve«, die Infektionskurve flach halten, hieß die Parole, mit der man die Bevölkerung auf die Eindämmungsmaßnahmen einschwor. Als epidemiologische Parameter für eine flache Kurve galt zunächst eine Verdoppelung der festgestellten Neuinfektionen während eines Zeitraums von nicht weniger als zwei Wochen, später von nur noch zehn Tagen. Außerdem durfte der R-Wert (wie viele andere Personen steckt ein Mensch durchschnittlich an?) nicht größer als eins sein – ein Parameter der auch bei niedrigen Inzidenzen schnell erreicht ist. Schließlich wurde die Anzahl der Neuinfektionen pro 100000 Einwohner pro Woche zum epidemiologischen Parameter für die Rechtfertigung von Lockdown-Maßnahmen. Für diese Inzidenzen wurden Mitte November mit dem »Dritten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite« absolute Schwellenwerte ins Infektionsschutzgesetz eingebracht; deren Überschreitung verband man mit gesetzlich verpflichtenden Schutzmaßnahmen, die je nach Schwellenwert eine Abschwächung, eine Kontrolle oder eine Eindämmung des Infektionsgeschehens zum Ziel haben. Diese Schwellenwerte sind insofern willkürlich, als daß die Inzidenzen von der Anzahl der Testungen abhängen.

**Studien zur Sterberate**

0,47 % – Michael Pritsch et al.: »Prevalence and Risk Factors of Infection in the Representative COVID-19 Cohort Munich«, in: *SSRN Electronic Journal*, 2021;

0,36 % – Hendrik Streeck et al.: »Infection fatality rate of SARS-CoV2 in a super-spreading event in Germany«, in: *Nature Communications,* 2020;

0,23 % – John Ioannidis: »Global perspective of COVID-19 epidemiology for a full-cycle pandemic«, in: *European Journal of Clinical Investigations,* 2020.

Die Daten des zu Beginn der Corona-Krise eingerichteten deutschen Intensivbettenregisters (DIVI-Intensivregister) zeigen jedoch, daß das deutsche Gesundheitssystem sich seit Beginn der Krise zu keinem Zeitpunkt auch nur annähernd an der Grenze zur Überlastung befand. Auch die mutierten Varianten von SARS-CoV-2 mit einer um 50 Prozent erhöhten Übertragbarkeit konnten daran nichts ändern. Angesichts der relativ unauffälligen epidemiologischen Daten stehen die Einschränkungen der Grundrechte aus Sicht vieler Bürger in keinem Verhältnis mehr zum Nutzen der Maßnahmen.

**Letalität und Todeszahlen**

Die anfänglich von der WHO kommunizierte Sterberate (Letalität) von über drei Prozent der Fälle (»reported cases«) ist wissenschaftlich irreführend: Während das RKI heute mit Hilfe von Modellierungen eine Letalität von ca. 1,1 Prozent angibt, ermittelte das Studienteam KoCo19 in einer Münchner Stichprobe auf Grundlage empirischer Daten 0,47 Prozent, die Forschergruppe um Professor Hendrik Streeck, ebenfalls durch empirische Untersuchungen, eine Infektionssterblichkeitsrate von 0,36 Prozent. Und der Professor für Epidemiologie und Bevölkerungsgesundheit an der Stanford-Universität, John Ioannidis, ermittelte empirisch 0,23 Prozent. Dieser Wert liegt knapp über der Spanne, die in der wissenschaftlichen Literatur mit 0,1 bis 0,2 Prozent für die saisonale Grippe angegeben wird. Unter Berücksichtigung der weltweit unterschiedlichen Altersstruktur der Bevölkerung errechnete Ioannidis eine Letalität (Infektionssterblichkeitsrate) von 0,15 bis 0,2 Prozent.

Der aktuelle Altersmedian der Verstorbenen mit positivem SARS-CoV-2-Testergebnis liegt bei 84 Jahren (»Täglicher Lagebericht« des RKI vom 9. März 2021). Das sind zwei Jahre über der allgemeinen Lebenserwartung (Altersmedian Verstorbener) in Deutschland im Jahr 2019. In der Grippesaison 2018/19 lag der Altersmedian der an Influenza Verstorbenen, den Meldedaten zufolge, bei nur 78 Jahren (RKI: »Bericht zur Epidemiologie der Influenza in Deutschland Saison 2018/19«). Demnach wirkte sich die Influenza bei jüngeren Bevölkerungsgruppen öfter tödlich aus als COVID-19. Entsprechend sind jüngere Menschen deutlich weniger von SARS-CoV-2 betroffen als von Influenza. Die Fallzahlen bei Kindern und Jugendlichen sind im Vergleich zur Influenza in der Grippesaison 2018/19 gering. Die Altersgruppen null bis vier und fünf bis 14 Jahre machen nur 1,8 und 4,3 Prozent der gemeldeten Fälle aus. Bei Influenza der Grippesaison 2018/19 waren es in diesen Altersgruppen dagegen 13 und elf Prozent.

Auch eine ungewöhnliche Übersterblichkeit war im Corona-Jahr bisher nicht feststellbar. Eine abschließende statistische Analyse zur Beurteilung einer sogenannten Übersterblichkeit liegt zwar noch nicht vor (Statistisches Bundesamt: »Sterbefälle 2016–2021«, Sonderauswertung zu den



© Transformer18 / flickr.com (CC BY 2.0)

Sterbefällen 2016 bis 2021, Stand 8. März 2021), bisher wurden jedoch lediglich temporäre Erhöhungen gegenüber den Vorjahren festgestellt, etwa im Dezember um 29 Prozent, ähnlich der Hongkong-Grippe 1969. Aber auch in den Jahren 2017 und 2018 gab es durch die saisonale Grippe im Frühjahr ebenfalls temporäre Häufungen von Todesfällen (Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 044 vom 29. Januar 2021). Schon der Altersmedian der Verstorbenen legt nahe, daß eine Infektion mit SARS-CoV-2 vor allem bei ausgeprägt vorerkrankten Menschen zum Tode führt. Daraus entbrannte eine öffentliche Diskussion darum, ob die Todesopfer nun an oder nur mit Corona verstorben seien. Normalerweise wird jemand, der fünf Jahre lang mit einer Lungenkrebserkrankung rang und zuletzt eine Lungenentzündung nicht überlebte, den an Krebs Verstorbenen zugerechnet. SARS-CoV-2-Infizierte zählte das RKI hingegen auch ohne Kausalzusammenhang in die Sterbestatistik dieser Epidemie. Die Auswirkungen von COVID-19 auf die Mortalität in Deutschland blieben offensichtlich überschaubar. Der Anteil von COVID-19 an den Atemwegserkrankungen und die durch COVID-19-Patienten belegten Intensivbetten machten nur jeweils einen Bruchteil der Gesamtheit aus, und auch eine temporär aufgetretene Übersterblichkeit war vergleichbar mit vorigen Jahren.

Klaus Püschel, Jan P. Sperhake: »Corona deaths in Hamburg, Germany«, in: *International Journal of Legal Medicine,* 2020.

Joachim Schappert: »Wer zählt als Corona-Toter?«, in: *Telepolis* vom 27. Januar 2021.

**Maskenpflicht und Hygiene**

Gegen die PCR-Tests zur Feststellung von Infektionen mit SARS-CoV-2 wurden schwere Bedenken geäußert. Der Test kann zwar spezifisches Virusmaterial feststellen, nicht jedoch im Einzelfall sicherstellen, ob das nachgewiesene Virusmaterial intakt und der Getestete erkrankt oder gar infektiös ist. Für das Schreckgespenst der »asymptotischen Infektionen« konnten bis heute kaum belastbare empirische Belege erbracht werden. Dadurch erscheint eine allgemeine Maskenpflicht fragwürdig, vor allem im öffentlichen Raum außerhalb von Gesundheitseinrichtungen.

»Your Coronavirus Test Is Positive. Maybe It Shouldn't Be«,in: *New York Times* vom 30. August 2020; Deutscher Bundestag, Drucksache 19/25164).

Allyson M. Pollock, James Lancaster: »Asymptomatic transmission of COVID-19 – What we know, and what we don't«, in: *British Medical Journal,* 2020.

Auch die geringe Anzahl gemeldeter Fälle von Influenza in der COVID-19-Saison 2020/21 sind nichts Ungewöhnliches und sprechen nicht zwingend für das Tragen von Masken: In den Saisonjahren 2011/12 und 2013/14 gab es auch ohne Maskenpflicht ähnlich geringe Meldezahlen für Influenza. Und gerade für diese Infektionskrankheit hatte die amerikanischen Seuchenschutzbehörde CDC eine Metaanalyse empirischer Daten aus randomisierten und kontrollierten Studien mit dem Ergebnis publiziert, daß diese keinen Nachweis für die Wirksamkeit von Masken im öffentlichen Raum erbringen konnten. Der Einbruch an gemeldeten akuten respiratorischen Erkrankungen (ARE) und Influenza-ähnlichen Erkrankungen erfolgte etwa ab der 36. Kalenderwoche 2020, also mitten im August, lange nach der Einführung des ersten Lockdowns im März oder der Maskenpflicht Ende April und lange vor Beginn der erneuten Verschärfung der Eindämmungsmaßnahmen im Februar 2021. Die Ursachen für den Rückgang der akuten respiratorischen Erkrankungen seit dem Sommer bleiben unklar. Möglich ist auch, daß die Besinnung auf ein seit

Min Whui Fong et al.: »Nonpharmaceutical Measures for Pandemic Influenza in Nonhealthcare Settings – Personal Protective and Environmental Measures«, in: *Emerging Infectious Diseases,* 2020.





Jahrzehnten bewährtes konventionelles Hygieneverhalten – wie etwa, Gesellschaft zu meiden, wenn man Krankheitssymptome aufweist – zu dem Rückgang beigetragen haben könnte.

Belege für die Wirksamkeit sogenannter nicht-pharmazeutischer Maßnahmen (Lockdown) stützen sich vor allem auf theoretische Modellrechnungen. Dies auch mit empirischen Analysen nachzuweisen erwies sich offenbar als schwierig. So wie die Auswertung der Meldedaten nach dem Infektionsschutzgesetz durch das RKI sich nur schwierig oder gar nicht direkt mit den Kontaktbeschränkungen in Zusammenhang bringen läßt, kommen internationale Analysen zu ähnlichen Ergebnissen. Demnach entwikkelt sich das Infektionsgeschehen weitgehend unabhängig davon, ob und welche Maßnahmen ergriffen wurden.

Eran Bendavid et al.: »Assessing Mandatory Stay-at-Home and Business Closure Effects on the Spread of COVID-19«, in: *European Journal of Clinical Investigation,* 2021.

Christof Kuhbandner, Stefan Homburg: »Commentary: Estimating the effects of non-pharmaceutical interventions on COVID-19 in Europe«, in: *Frontiers in Medicine,* 2020.

**Kollateralschäden und Ethik**

Die Warnungen von Experten vor unverhältnismäßigen Kollateralschäden wurden weitgehend ignoriert, obwohl der Bundesregierung bereits im Mai 2020 die interne Evaluation des Corona-Krisenmanagements eines Regierungsrats aus dem für den Schutz kritischer Infrastrukturen zuständigen Referat KM4 im Innenministerium vorgelegen hatte. Die unter Beteiligung externer Expertise angefertigte Analyse diagnostizierte gravierende Fehlleistungen des Krisenmanagements und kam zu dem Ergebnis schwerwiegender gesundheitlicher Schäden durch die Maßnahmen zum Infektionsschutz: »Der Kollateralschaden ist inzwischen höher als der erkennbare Nutzen«, heißt es in dem Dokument. Damit wurden die Ergebnisse zahlreicher wissenschaftlicher Studien und Analysen vorweggenommen, die später zu ähnlichen Schlußfolgerungen kommen sollten. Dabei wurde auch die Warnung vor den Folgen der ökonomischen Auswirkungen wie Arbeitslosigkeit und Armut von prominenter Seite wissenschaftlich gestützt. Die Ausarbeitung wurde vom Ministerium jedoch als Privatmeinung verworfen (Deutscher Bundestag: Drucksache 19/19928, 19/20309). Während man im März 2020 der Regierung noch eine allgemeine Verunsicherung und die möglicherweise empfundene Pflicht zugute halten konnte, im Zweifel die Gefahr einer unbekannten Seuche schwerer zu gewichten als mögliche Kollateralschäden, so fällt auf, daß nach dem Frühling 2020 eine fundierte Nutzen-Schaden-Abwägung und die Prüfung von Alternativen zur bisherigen Pandemie-Politik unterblieben. Unter anderem hätte der Ausbau der Intensivbettenkapazitäten, die personelle und materielle Ausstattung der Gesundheitsämter sowie ein Schutzprogramm für vulnerable Bevölkerungsgruppen nahegelegen. Statt dessen hatte die Führung Deutschlands immer noch kaum Kenntnis darüber, welche medizinischen Risiken ihre Politik für die Bürger des Landes barg: »Dezidierte Erkenntnisse zu den gesundheitlichen Folgen für die Bevölkerung in Deutschland, die in Zusammenhang mit den Pandemie-bedingten Veränderungen im Versorgungsgeschehen stehen könnten«, lagen der Bundesregierung Ende Juni nicht vor (Deutscher Bundestag: Drucksache 19/21298).

**Kollateralschäden**

Bernd Raffelhüschen: »Verhältnismäßigkeit in der Pandemie: Geht das?«, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium,* 2020;

Anselm K. Gitt et al.: »Collateral damage of COVID-19-lockdown in Germany: decline of NSTE-ACS admissions«, in: *Clinical Research in Cardiology,* 2020;

Janusz Kaczorowski, Claudio Del Grande: »Beyond the tip of the iceberg: direct and indirect effects of COVID-19«, in: *The Lancet Digital Health,* 2021.

Matthias Schrappe et al.: »Thesenpapier 1–7 zur Pandemie durch SARS-CoV-2/COVID-19«, in: *Monitor Versorgungsforschung,* 2020/21.

Durch Stellungnahmen aus dem deutschen Gesundheitssystem und Untersuchungen aus dem Ausland waren zu diesem Zeitpunkt allerdings bereits Hinweise und Daten über die medizinischen Kollateralschäden der Maßnahmen bekannt, die eigentlich ergriffen wurden, um die Gesundheit der Bevölkerung vor COVID-19 zu schützen (Deutscher Bundestag: Drucksache 19/21015). Auch der Anstieg der Suizide bzw. Suizidversuche war seit Mai öffentlich dokumentiert (Abgeordnetenhaus Berlin: Drucksache 18/19026). Die Bundesregierung schien an den vorhandenen Informationen über Kollateralschäden nicht sonderlich interessiert. Im Gegenteil, ein ausgesuchter Kreis von Beratern aus der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina riet der Regierung, den bisherigen Kurs fortzusetzen und zu verschärfen (»7. Ad-hoc-Stellungnahme« vom 8. Dezember 2020).

**Impfen und Vertrauen**

Vor über einem Jahrzehnt initiierte Wolfgang Wodarg die Untersuchungen des Europarates zur Schweinegrippe-Pandemie H1N1 2009/10. Damit sollte der Einfluß von Pharmakonzernen auf internationale, europäische und nationale Gesundheitsbehörden aufgeklärt werden. In ihrer daraufhin verabschiedeten Resolution listete die Parlamentarische Versammlung des Europarates auf, wie verantwortungslos die H1N1-Pandemie gehandhabt worden war, und zwar sowohl von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als auch von den internationalen, europäischen und nationalen Gesundheitsbehörden. Kritikpunkte waren die Verzerrung der Prioritäten in der Gesundheitspolitik, die zu einer Verschwendung öffentlicher Gelder und zu ungerechtfertigten Befürchtungen hinsichtlich der Gesundheitsrisiken für die Bevölkerung geführt habe, und gravierende Mängel in bezug auf die Transparenz der Entscheidungsprozesse im Zusammenhang mit der Pandemie, die zu Bedenken hinsichtlich des möglichen Einflusses der Pharmaindustrie auf einige der wichtigsten Entscheidungen im Zusammenhang mit der Pandemie führten. Die Versammlung befürchtete, daß dieser Mangel an Transparenz und Rechenschaftspflicht zu einem Vertrauensverlust in die öffentlichen Gesundheitseinrichtungen führen könnte. Im Laufe des folgenden Jahrzehnts wurden die Risiken verzerrter Prioritäten dieser Politik deutlicher. Bei einem der Impfstoffe gegen die Schweinegrippe, der zumindest für Teile der Fachwelt unerwartet schnell und nach dem Konzept der »Musterimpfstoffe« zugelassen werden konnte (»Pandemrix® vor der Markteinführung«, in: *Deutsche Apotheker-Zeitung* 41/2009), wurde eine seltene, aber schwere Nebenwirkung nachgewiesen. Das Präparat Pandemrix konnte Narkolepsie auslösen.

Parlamentarische Versammlung des Europäischen Rates: »Faked Pandemics – a Threat for Health, Motion for a Recommendation«, Dokument 12110, 2009.

Parlamentarische Versammlung des Europäischen Rates: »The handling of the H1N1 pandemic: more transparency needed«, Dokument 12283, 2010.

In der COVID-19-Pandemie setzte die Regierung erneut auf Impfstoffe als Lösung, womit sie in der Bevölkerung sowohl Hoffnungen weckte als auch Ängste schürte. Vorbehalte gegenüber den eilig entwickelten und bedingt zugelassenen Impfstoffen gegen SARS-CoV-2/COVID-19 sind naheliegend, vor allem, weil es sich bei manchem der Präparate um keinen konventionellen, sondern um einen neuartigen Typ von Impfstoff handelt, der den Mechanismus natürlicher Erreger nachahmt und das Erbmaterial des Virus mit künstlichen Nanopartikeln in die Zelle schleust. Die Zulassungsdaten ließen bei der untersuchten Studienpopulation in dem Untersuchungszeitraum auf keine ungewöhnlichen Impfreaktionen und Nebenwirkungen schließen.

Vera Zylka-Menhorn, Dustin Grunert: »Genbasierte Impfstoffe: Hoffnungsträger auch zum Schutz vor SARS-CoV-2«, in: *Deutsches Ärzteblatt,* 21/2020.

Eva-Cathrin Schulz: »Wie vermehren sich Viren?«, in: dies.: *Mikrobiologie für die mündliche Prüfung,* Berlin, Heidelberg 1998.

Das Paul-Ehrlich-Institut meldete Mitte Januar 2021 »keine Sicherheitsbedenken bei Corona-Impfstoffen bisher« (*Ärztezeitung,* 2021), wobei mögliche Langzeitfolgen bei dieser Bewertung keine Rolle spielen konnten. Für Beunruhigung in der Öffentlichkeit sorgte zuletzt vor allem der Impfstoff von AstraZeneca, bei dem es sich nicht um Lipid-Nanopartikel mit RNS handelt, sondern um einen Vektorimpfstoff mit einem Adenovirus, das DNS enthält. Die gemeldeten und mit Besorgnis diskutierten Fälle schwerer Impfreaktionen heben die Notwendigkeit sorgfältiger Überwachung gesundheitlicher Folgewirkungen hervor. Viele europäische Länder, darunter am 15. März 2021 auch Deutschland, setzten die Anwendung daher zunächst aus. Auch durch diese Vorgänge wird die allgemeine Verunsicherung mit einhergehendem Vertrauensverlust in die Gesundheitsbehörden deutlich. Angesichts dieser Irritationen und der moderaten epidemiologischen Lage stellt sich auch hier die Frage der Verhältnismäßigkeit, ein ganzes Volk »durchimpfen« zu wollen. ■



# Vor einem Jahr

von Benedikt Kaiser

Vor über einem Jahr, Ende Januar 2020, wurde aus Deutschland der erste Fall von SARS-CoV-2 gemeldet. Ein Mitarbeiter eines Autobauzulieferers hatte sich in Bayern im Rahmen einer Schulung bei einer chinesischen Kollegin angesteckt. Diese Infektion, hundertfach potenziert einige Tage später in Heinsberg, dem ersten deutschen »Hotspot«, war auch hierzulande der Auftakt zu einer Epoche der globalen Transformation von Lebensverhältnissen, politischen Strukturen und ökonomischen Prozessen. Einer Transformation, die bisweilen »Great Reset«, »Großer Umbruch« oder »Große Unterbrechung« genannt wird – und an dessen Anfang wir erst stehen.

**Vor einem Jahr …**
wußte im Grunde noch niemand, was SARS-CoV-2 bedeuten könnte. Das »schwere akute Atemwegssyndrom-Coronavirus-Typ 2« kann die Infektionskrankheit COVID-19 (Coronavirus-Krankheit 2019) auslösen. Auch zur Jahreswende 2002/2003 kam es zu einer Viruskrankheit, die von einem Coronavirus verursacht wurde. Ihr wurden damals rund 800 Todesfälle zugerechnet. Größere Verheerungen konnten ebenso eingedämmt werden wie 2012, als MERS-CoV in Saudi-Arabien auftrat. In beiden Beispielfällen war eine Übertragung durch Fledermäuse ursächlich. Davon geht auch bei SARS-CoV-2 die Mehrzahl der Wissenschaftler aus. Einzelne Forscher, darunter der Nanowissenschaftler Roland Wiesendanger (Universität Hamburg), vertreten dagegen die These eines »Laborunfalls« im chinesischen Corona-Epizentrum Wuhan. Es liegen somit divergierende Analysen zur Entstehung von neuen Coronaviren vor, die zoonotisch – von Tieren auf Menschen – übertragen werden. Doch das Entscheidende ist, daß sich neue Krankheitserreger in hochmobilen Zeiten weltweit rasend schnell verbreiten und daß sich so die Wahrscheinlichkeit einer Pandemie, das heißt einer weltweiten Epidemie, erhöht. Das wußte auch die Bundespolitik. Man war – theoretisch – vorbereitet.

»Die Corona-Pandemie hat sich als klassischer ›grauer Schwan‹ herausgestellt – ein durchaus wahrscheinliches Ereignis, das unsere Welt auf den Kopf stellen kann, uns aber dennoch schockiert, wenn es wirklich eintritt.«

Ivan Krastev: *Ist heute schon morgen?,* S. 11.

**Vor einem Jahr …**
jährte sich die Verabschiedung des deutschen Pandemieplans zum fünfzehntenmal. 2005 wurde er vorgestellt, 2017 aktualisiert. Der Titel einer Risikostudie lautete *Pandemie durch Virus Modi-SARS;* Hauptakteur war das bundeseigene Robert-Koch-Institut (RKI). Die dazugehörige Bundestagsdrucksache (17/12051, 3.1.2013) umfaßt etwa 90 Seiten inklusive Virus-Simulation. Doch der zuständige Ausschuß beschloß, daß man »von einer Berichterstattung zu den nachstehenden Vorlagen absieht«. Die Vorlagen lesen sich – mit heutigem Erkenntnisstand – drängend: Von Wildtieren, die auf Märkten gehandelt wurden, auf Menschen übergegangen, verbreitet sich das Virus von China aus nach Deutschland. Als regelrechte »Spreader« werden Krankenhäuser, Hotels und Flugzeuge angeführt, ein Lockdown wird für nicht notwendig befunden. Hygieneempfehlungen,

◂ *Hospital »San Salvatore« in Pesaro, Italien, März 2020.*

Schulschließungen und die Absage von Großveranstaltungen werden angeführt, um die drei Wellen der Infektionskrankheit über drei Jahre hinweg abzufedern. Die Autoren, darunter RKI-Verantwortungsträger, zeichnen ein drastisches Bild möglicher Infektionszahlen und Folgewirkungen. Doch der damalige Gesundheitsminister Daniel Bahr ließ sie nicht zur Debatte stellen: Das Thema verschwand bis Ende 2019 aus der Wahrnehmung.

**Vor einem Jahr …**
wußte man nicht exakt Bescheid über den Zustand des weltweit hochgeachteten deutschen Gesundheitssystems. Gewiß: In den letzten zehn Jahren wurden 120 Kliniken geschlossen und mehr als 10 000 Krankenhausbetten abgeschafft. Dennoch konnte die *Financial Times* im April 2020 vermelden, daß es in Deutschland ein »Überangebot« gebe, denn die BRD lag im Vergleich von zehn Ländern bei der Zahl der Betten je 1000 Einwohner auf Platz drei. Die Bertelsmann-Stiftung war nun nicht der einzige, wohl aber der prominenteste Akteur, der aus Gründen der Profitabilität zu einer Art verstärkten »Krankenhaus-Wettbewerbswirtschaft« drängte: Man empfahl – unmittelbar vor der Coronawelle – Schließungen weiterer Kliniken, deren Betrieb sich nicht »lohne«. Die linke Publizistin Verena Kreilinger verweist zudem auf einen Aspekt, der unabhängig der Zahlenangabe von Betten zu bedenken ist: Pro ausgebildeter Pflegekraft kommen in Deutschland je Tagesschicht 13 Patienten. In den Niederlanden liegt der Wert bei sieben, in Norwegen knapp über fünf. Dieser Umstand, korrelierend mit dem Mangel an circa 150 000 Pflegekräften in deutschen Krankenhäusern und der anhaltenden Lohndebatte, war vor einem Jahr schon eine Herausforderung. Doch erst »Corona« lenkte den Fokus auf diese Gemengelage, was im Frühjahr 2020 zum Dauerklatschen vor Kliniken führte. Man kann sich die Parallelentwicklung so vorstellen: Während Pharmakonzerne den Fokus auf die (zu?) rasante Entwicklung diverser Corona-Vakzine richteten, den sich öffnenden Krisenmarkt als Mittel zur Bereicherung auffaßten und jenes große Geschäft witterten, das sie gegenwärtig weltweit einfahren, beantwortete man die Mängel des Gesundheitswesens mit Jubelarien auf seine Beschäftigten. Es war eine bundesweit zu beobachtende Farce, die in den unangenehmen Lockdown-Zeiten zahlreichen YouTube-Videos gefällige Inhalte verschaffte, aber als wohlfeil und wertlos erscheinen muß.

»Individuelle Freiheiten sind niemals ein absoluter Wert und sollten immer in Beziehung zum Gemeinwohl abgewogen werden.«

Ivan Krastev: *Ist heute schon morgen?,* S. 68.

**Vor einem Jahr …**
war der Begriff des »Lockdown«, der Ausgangssperre oder der Massenquarantäne, im Alltag ungebräuchlich. Das änderte sich mit den ersten Nachrichten über den real existierenden Lockdown in der Elfmillionenstadt Wuhan, und ab Mitte März 2020 war das Herunterfahren öffentlichen und zunehmend auch privaten Lebens in Deutschland notorisch. Die Einschränkung grundgesetzlich verbriefter Rechte der Deutschen müßte dabei stets neu abgewogen werden zwischen den Interessen der Allgemeinheit (dem Schutz vor einem schwerbeherrschbaren, aber einfach zu übertragenden Virus) und den Grundrechten eines jeden. Doch mit zunehmender Dauer der Lockdown-Maßnahmen – mit zum Teil absurden Sonderregelungen und ostentativen Logiksprüngen – nahm das Vorschußvertrauen gegenüber der politisch verantwortlichen Klasse ab. Vor einem Jahr bezeichnete Angela Merkel den Vorrang restriktiver Verordnungen vermeintlich selbstkritisch als »demokratische Zumutung«, und in der Tat ist die Krise eine Bewährungsprobe für den Verfassungsstaat. Daß Bund und Länder auf Grundlage unterschiedlichster Auslegungen des Infektionsschutzgesetzes regeln, wer sich mit wem treffen darf und wer nicht, welche Kinder betreut werden und welche nicht, wer sich versammeln darf und wer nicht, sorgt für Unmut, denn gleichzeitig geht die wirtschaftliche Produktion und Verwertung weiter, als gälten dort andere Übertragungswege. Was für die einen die Wiederkehr einer staatlich erzeugten »Entwürdigung in Samthandschuhen« (Helmuth Plessner) ist, glich anderen schon vor einem Jahr als ein Merkelscher »Pragmatismus mit Plan« (Gertrude Lübbe-Wolff). Wieder andere, vor allem am politisch linken Rand, verwerfen beides und fordern die Steigerung des Lockdowns: den totalen *Shutdown*.

**Vor einem Jahr …**
war dieser Wandel des Staatsbildes nicht vorhersehbar. Autoritäre Maßnahmenkataloge finden in Pandemiezeiten Befürworter an ungeahnter





*Italienische Flagge mit dem Spruch »Andrà tutto bene« (»Alles wird gut«) während der ersten Pandemiewelle, Bologna, März 2020.*

Stelle, während die genuinen Vertreter des handlungsstarken, autoritären Staates zu Skeptikern *dieser* Staatsmaschinerie werden. Man kann an dieser Stelle »Zero Covid«-Extreme ebenso vernachlässigen wie Feuilletonradikale (»Mehr Diktatur wagen!« forderte Thomas Brussig in der *Süddeutschen Zeitung* vom 9. Februar). Interessanter wird es bei jenen Köpfen, deren Denken sich nicht in Rabulistik erschöpft, sondern die aus der Lage Überdauerndes ableiten wollen. Der SPD-Politiker Mathias Brodkorb beispielsweise schneidet in einem vielbeachteten *Cicero*-Leitartikel diverse heilige Zöpfe der vereinigten Liberalen und Linken ab. Krisenbewältigung, so definiert Brodkorb, »ist die staatspolitische Königsklasse«, und es liege »in der Natur der Sache, daß es in keiner Situation so sehr auf den Staat ankommt wie im ›Ernstfall‹ (Carl Schmitt)«. Doch ebenjener Staat hat einen schlechten Leumund in der BRD des Jahres 2021. Das führe dazu, daß sowohl »Autorität« als auch »Handlungsfähigkeit« des Staates sukzessive verlorengehen. Der Staat sei degradiert zur »Versorgungsanstalt für jedermann«. Brodkorb, der es wohlweislich unterläßt, die Schuldfrage zu erörtern, benennt drei Forderungen: Erstens das Zurückstutzen einer teils »metastasierenden Bürokratie«; zweitens eine Neuordnung der föderalen Mechanismen; drittens mehr Führung und weniger »bloße Moderation«. »Der Staat«, entfaltet Brodkorb, »ist keine ›Milchkuh‹ (Arnold Gehlen), an deren Zitzen sich allerlei Partikularinteressen laben können, sondern hat in unser aller Interesse dem Gemeinwohl zu dienen.«

Autorität, Staat, Schmitt, Ernstfall, Gehlen, Gemeinwohl – Brodkorb wildert selbstbewußt in rechtem Terrain. Auch das war vor einem Jahr unvorstellbar. Die Gretchenfrage wird sein, ob es Brodkorb tatsächlich um einen Staat als *Staat* geht, was eine Absage an die mehr denn je drohende »Herrschaft der Betreuer« implizierte. Es werden nämlich Politpädagogen schwarzer, grüner *und* roter Provenienz sein, »die ein politisches Eigeninteresse daran haben, die Betreuten materiell und vor allem in ihrem Selbstverständnis hilflos und hilfsbedürftig zu halten« (Helmut Schelsky) – und demzufolge würde man alle drei Parteifarben gleichermaßen des Feldes verweisen müssen. Kann Brodkorb auch diesen schlußfolgernden Sprung des Denkens wagen?

**Vor einem Jahr …**
begann sich eine neue Corona-Bevölkerungsgemeinschaft zu bilden. Ihr machtpolitisches Zentrum integriert unterschiedliche Spektren: Die Bandbreite reicht im parlamentspolitischen Betrieb von Law-and-Order-Neocons der CSU über Multiplikatoren wie Karl Lauterbach (SPD) bis zu Bodo Ramelow (Die Linke), vervollkommnet durch die massenmediale Omnipräsenz der Merkel-Regierung subordinierter Virologen und ihnen Gehorsam leistenden Bürgerscharen. Diese im falschen Sinne autoritär gepolte Allianz läßt immer strengere Maßnahmen gelten und warnt im gleichen Atemzuge vor »Covidioten« oder dem »Öffnungsrausch« (Markus Söder) moderater wie radikaler Maßnahmenkritiker. Gegen diese »Dreieinigkeit zwischen Politik, Wissenschaft und Volk« (und der Journalist Cordt Schnibben sieht diese ins Negative gespiegelte Verfallsform einer Volksgemeinschaft durchaus positiv) erweist sich bis dato kein Kraut gewachsen, sofern man von juristischen Teilerfolgen wider die Coronaschutzmaßnahmen – etwa seitens der AfD in Thüringen – absieht. Obschon das Sanktionsregime der Coronapolitik *grosso modo* funktioniert, kann auch Positives bilanziert werden: Denn das staatliche Treiben der (falschen) Elite zeigt, daß die Handlungsmacht des Staates weiterhin gegeben ist und mehr denn je von der

»Politik war nicht nur Problemlösung, sondern auch Wahrnehmungsmanagement – eine Krise immer auch eine ›gefühlte‹ Krise.«

Paul Schreyer: *Chronik einer angekündigten Krise,* S. 136.

Bereitschaft der Verantwortungsträger zur Dezision abhängt. Unverhofft eindeutig sind Dinge, von denen uns gesagt wurde, sie seien aufgrund objektiver Gegebenheiten nicht möglich und machbar, objektiv möglich und machbar. Die ideologischen Parameter der verantwortlichen Akteure sind zu verwerfen, aber auf einer wertneutralen Ebene wird deutlich: Die Räume von Staat und Politik bleiben auch im frühen 21. Jahrhundert gestaltbar. »Im Laufe einer einzigen Woche«, liest man bei Ivan Krastev, »wurden wegen Covid-19 mehr europäische Grenzen geschlossen als in der Flüchtlingskrise 2015.« Die Krise, die vor einem Jahr begann, zeigt uns, was ein planungsfähiger Staat vollbringen kann, wenn der politische Wille vorhanden und die öffentliche (respektive veröffentlichte) Stimmung günstig ist.

»Während die großen Unternehmen, Banken und Versicherungen direkten Zugang zur Bundesregierung haben und die Willensbildung in ihrem Interesse beeinflussen können, haben einfache Beschäftigte, kleine Gewerbetreibende oder Soloselbstständige diese Möglichkeit nicht.«

Verena Kreilinger u.a. (Hrsg.): *Corona, Krise, Kapital,* S. 155.

Wie so oft werden auch hier *en passant* ein Alleinstellungsmerkmal der Kritik von rechts und der blinde Fleck der Linken evident: Denn ein dezidiert linker Publizist wie D.F. Bertz tut zwar gut daran, dieses Virus als Globalisierungsfolge zu beschreiben und darauf hinzuweisen, daß temporäre »Grenzschließungen, diagnostische Tests und Quarantänemaßnahmen« vor einem Jahr »die ungehinderte Ausbreitung des Virus« hätten bremsen können, und er behält recht, wenn er bemängelt, daß just diese staatlichen Maßnahmen vermieden wurden, weil sie »als Unterbrechungen der Schlagadern des Welthandels tabu« erschienen. Doch fällt das Schema auf ihn zurück: Auch die Migrationskrise 2015ff. hätte nämlich durch »Grenzschließungen« präventiv eingehegt werden können. Pull-Faktoren wären schwächer geworden, der damit verbundene Drang von Millionen Menschen, die Heimat zu verlassen, wäre nicht durch generöse Einladungspolitik genährt worden. Freilich waren auch *diese* autoritären Setzungen nicht zuletzt deshalb »tabu«, weil sie eben »als Unterbrechungen der Schlagadern des Welthandels« gewirkt hätten: Das Kapital bedarf nicht nur des freien Finanz- und Warenverkehrs, sondern auch der freien Migrationsströme.

**Vor einem Jahr …**
schon waren die Parteien der verknüpften Globalisierungs- und Migrationskritik die AfD in Deutschland und der Rassemblement National (RN) in Frankreich. Beide haben sich im Zuge der Krise ungleich entwickelt. Während die AfD trotz endlich wachsenden Unmuts in Teilen des Wahlvolks in keinen Umfragen mehr an das Bundestagswahlergebnis von 2017 herankommt und sich immer wieder coronapolitische Kehrtwendungen leistet, kann sich die seit Anbeginn einigermaßen auf eine Generallinie kaprizierende RN-Chefin Marine Le Pen »im Glanz guter Umfragewerte sonnen«. Doch zunächst zur AfD: Ein Vier-Punkte-Thesenpapier, das Ende Februar 2021 beschlossen wurde, fordert, daß in allen Einrichtungen, in denen Hygieneregeln umgesetzt werden können, »sofort eine Eröffnung erfolgen« müsse. Vor einem Jahr klang das anders: Man forderte als erste Bundestagspartei den Lockdown, um dem aufkommenden Virus Herr zu werden, bevor man zum markigsten Gegner ebenjener (zu spät?) erfolgten Maßnahmen wurde. Interne Turbulenzen rund um »Querdenker« und schrille Töne einzelner Verantwortungsträger zeigten: Es gab keine einheitliche Position, sondern ein Sammelsurium sich zum Teil gegenseitig ausschließender Positionen. Das wird auch am Thema Impfstoff deutlich. Obschon man damals wie heute eine »Impfpflicht« (direkt oder indirekt) ablehnt, änderte sich der Ton: Hatten Bundestagsabgeordnete im Laufe des Jahres 2020 noch vor dem »Experiment« Coronaimpfung gewarnt, das »in die Gene« eingreife, fordert das AfD-Papier nun, »zeitnah eine ausreichende Menge an Impfdosen und Medikamenten zur Verfügung zu haben«. Darüber hinaus Zugangsmißbrauch: Der Fraktionsvorsitzende im Landtag zu Düsseldorf ließ nicht nur sich selbst impfen, sondern gleich noch Ehefrau und Sohnemann. Derartige Widersprüche werden vom politischen Gegner lustvoll verwertet. Der RN in Frankreich hingegen hat seine Position seit März 2020 kaum verändert: Er fordert als Schutzpatron der *classes populaires* eine Befreiung vom Lockdown für kleine Geschäfte (während die Großen betroffen sein sollen), hebt zentral das gesundheitliche Schutzbedürfnis hervor, positioniert sich nicht wertend zum Impfen (obgleich sich Marine Le Pen impfen lassen möchte) und stellt die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der derzeitigen Notlage ins Zentrum der Agitation, weniger die Benotung aktueller Maßnahmenpolitiken. Diese strategische Weitsicht könnte sich auszahlen. Auch RN-kritische Intellektuelle wie Ivan Krastev räumen langfristig ausgerichteten Hegemonieprojekten wie demjenigen Le

»Post-truth höhlt den Rechtstaat aus und beschwört ein Mythenregime herauf.«

Timothy Snyder: »Nach dem Putsch ist vor dem Putsch«, in: *Blätter,* S. 61.

Pens reelle Wirkungsoptionen ein. Ist die »heißeste Phase der gegenwärtigen Krise« erst einmal vorbei und fürchten »die Menschen nicht mehr um ihr Leben«, dann »wird die Wut zurückkehren« und »Politiker wie Marine Le Pen« dürften »Oberwasser bekommen«. Die häufig abstrakte Angst vor dem Virus, könnte man schlußfolgern, weicht dann der konkreten Angst vor sozialen Verwerfungen.

**Vor einem Jahr …**
schon besaßen Entwicklungen »Oberwasser«, die in Richtung einer stärker digitalisierten Lebenswelt in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft drängten. Das Coronavirus und die globalen Maßnahmen zu seiner Eindämmung wirkten hierbei lediglich als Vehikel für Prozesse, die ohnehin heranreiften. Man kann, negativer gewendet, von einer Art Brandbeschleuniger sprechen, der Tendenzen verstärkt und zusammengeführt hat. Das Zeitalter des neoliberalen Kapitalismus – seit Reagan und Thatcher eingeführt, seit Schröder und Blair durch Gesetzespakete in Europa verstetigt – geht seinem Ende entgegen; wir erleben ein »Interregnum« (Antoni Gramsci), in dem das Alte abgelöst wird, das Neue aber noch nicht vollendet ist. Was sich in diesen letzten dreißig Jahren verändert hat, ist die Rolle des Staates. Vor der neoliberalen Wende war er ein Hindernis; nach ihr wurde er als Instrument verstanden. Der Staat wurde zurechtgeschnitten eingesetzt zur Absicherung der Herrschaft der Märkte, wurde zu einer Beute, die sich selbst als hungrig erwies. Derart gestärkt, transformiert sich der zeitgenössische Kapitalismus unter den Bedingungen anhaltender Krisengelegenheiten in neue Mischformen. Bleiben die Grundparameter der Produktions- und Profitweise auch erhalten: Die neue Entwicklungsphase wartet mit stärker finanzialisierten und digitalisierten Formen auf. Zu konstatieren ist die monopolartige Verfügungsgewalt von Big Tech ebenso wie die Rolle von zu Mikrostaaten werdenden Hyperkonzernen. Sie fördern Entwicklungen, die den kontinentaleuropäischen Mittelstand liquidieren, während der politisch-ideologische Staatsapparat nichts zu dessen Verteidigung beizutragen hat. Das heißt auch: Über die neue Mixtur aus Elementen von staatsmonopolistischem Kapitalismus, Big-Tech-Märkten und neofeudaler Reichtumskonzentration verfestigen sich Zustände, die mit klassischer Marktwirtschaft nichts gemein haben, von einer sozial ausstaffierten ganz zu schweigen. Die herrschende Klasse – eine kapitalistische, die einen linksliberalen, »woken« Überbau kooptiert – nutzt die anhaltende Corona-Krisensituation für den weiteren globalen Umbau. Die Produktions- und Lebensweise unter Bedingungen der digitalen Netzgesellschaft soll exklusiver denn je »Reichen und Einflußreichen« (Paul Schreyer) bzw. »Wohlhabenden und Wohlmeinenden« (Bernd Stegemann) zugute kommen; sie wird autoritär abgesichert, durch massenwirksame Angstpropaganda sekundiert und stößt in Richtung »Post-truth«-Gefilde vor, in einen »Zustand jenseits der Wahrheit« (Timothy Snyder).

Das heißt im Umkehrschluß nicht, daß dieser Neubeginn *Scripted Reality* wäre. Der Great Reset *ist* real, doch trotz der Verlautbarungen von Klaus Schwab und Co. folgt er eher gesetzmäßigen Abläufen und politischen Richtungsentscheidungen als einem festgezurrten Plot. Wirtschaftlich und politisch Herrschende nutzen jede Krise – so auch im Falle Coronas die hegemonialen Globalisten. Die spezifischen Inhalte dieser Krisenjustierung und die Frage, wer ihnen wie begegnet, ziehen eine Neuvermessung des Geländes auch für die *Outsider* des Betriebes nach sich. Das heißt konkret, daß wir spätestens jetzt über die Gewißheit verfügen, daß sich alte politische Frontlinien neu ordnen. »Die COVID-19-Pandemie verheißt uns ein Ende der Globalisierung, wie wir sie kennen«, mutmaßt Ivan Krastev. Wenn der Prognosedenker recht behält, gilt es lediglich zu ergänzen: Die Pandemie verheißt uns auch ein Ende der Frontverläufe, wie wir sie kennen. Der Hauptwiderspruch wird fortan zwischen Globalisten und Antiglobalisten (jeweils: aller Couleur) verlaufen.

**Vor einem Jahr …**
begann somit die Neuordnung des Politischen. Man täte gut daran, nicht abseits zu stehen, sondern, notwendige Standpunkte vertiefend und verdichtend, selbst darob tätig zu werden. Great Reset, der große Neustart, hieße dann, zugeschnitten auf unseren Kontext: Die Karten werden neu gemischt und ausgeteilt. Vielleicht ziehen wir schon bald ein As. ■


Literaturhinweise:

D.F. Bertz: »Risikokapitalismus im Weltausnahmezustand«, in: ders. (Hrsg.): *Die Welt nach Corona,* Berlin 2021, S. 11–82;

Mathias Brodkorb: »Die gefesselte Republik«, in: *Cicero* 2/2021, S. 14–25;

Klaus-Dieter Frankenberger: »Sehnsucht nach Le Pen«, in: *FAZ* v. 23. Februar 2021;

Jens Kersten, Stephan Rixen: *Der Verfassungsstaat in der Corona-Krise,* München 2020;

Verena Kreilinger, Winfried Wolf, Christian Zeller (Hrsg.): *Corona, Krise, Kapital,* Köln 2020;

Ivan Krastev: *Ist heute schon morgen? Wie die Pandemie Europa verändert,* Berlin [2]2020;

Gertrude Lübbe-Wolff: »Geschlossene Gesellschaft«, in: *FAZ* v. 24. März 2020;

Plenarprotokoll Deutscher Bundestag 17/247 v. 14. Juni 2013;

Helmut Schelsky: *Der selbständige und der betreute Mensch,* Frankfurt a.M. u.a. 1978;

Cordt Schnibben, David Schraven (Hrsg.): *Corona. Geschichte eines angekündigten Sterbens,* München 2020;

Paul Schreyer: *Chronik einer angekündigten Krise. Wie ein Virus die Welt verändern konnte,* Frankfurt a.M. [6]2020;

Timothy Snyder: »Nach dem Putsch ist vor dem Putsch«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/2021, S. 59–69.

# Doppelstaat

von Erik Lehnert

Für Rechte und Konservative, die im Staat eine erhaltenswerte Errungenschaft sehen, war das vergangene Jahr eine besondere Herausforderung. Das Problem ist dabei nicht, daß der Staat Dinge tat (und tut), die aus rechter Sicht kontraproduktiv oder unverhältnismäßig sind, denn daran hat man sich in den letzten hundert Jahren gewöhnt und es sich damit erklärt, daß der Staat Interessengruppen in die Hände gefallen sei. Neu ist vielmehr die plötzliche Omnipräsenz, mit der sich der Staat in der Corona-Krise zeigt und die darauf hinzudeuten scheint, daß eine andere konservative Überzeugung, die vom Rückzug und der Schwäche des Staates, zumindest erklärungs- oder anpassungsbedürftig ist. Die jetzt von verschiedenen Seiten herangezogene Deutung der Bundesrepublik als »Doppelstaat« weist in diese Richtung, auch wenn sie mit der Differenzierung zwischen Normen- und Maßnahmenstaat den subjektiven Eindruck der Zeitgenossen nicht trifft. Denn wenn wir Peter Sloterdijk glauben dürfen, zieht der Staat in der Corona-Krise seine »Samthandschuhe« aus, mit anderen Worten: Mit seinen Maßnahmen packt er direkt zu und zeigt sich bei den Normen anpassungsfähig. Eine Lücke tut sich kaum auf einmal auf.

Tatsächlich hat der Staat lange nicht so direkt in das Leben jedes einzelnen eingegriffen, auch in das Leben desjenigen, der möglichst alle Berührungspunkte mit dem Staat zu vermeiden sucht. Der heilige Föderalismus wurde weitgehend ausgehebelt, die Selbständigkeit der Länder ist nur noch eine Fassade. Gemacht wird, was in Berlin festgelegt wird. Seit März 2020 schreibt der Staat seinen Bürgern Dinge vor, die als Zumutung begriffen und abgelehnt werden müßten, da ihre Notwendigkeit nicht plausibel ist. Der Staat zwingt uns zum Tragen einer Maske, zum Offenlegen unserer privaten Kontakte. Er bestimmt, wie groß und in welchem Rahmen unsere Familienfeiern stattfinden und wohin wir in den Urlaub fahren dürfen. Er hebelte sogar die Schulpflicht aus, die er sonst mit Zähnen und Klauen gegen diejenigen verteidigt, die ihre Kinder zu Hause unterrichten wollen. Er degradiert seine Bürger zu Laufburschen der Gesundheitsämter, er macht Selbständige, Gastronomen, Unterhalter und Veranstalter zu Abhängigen seiner Almosen. Er verbietet Kontakte zwischen Enkeln und Großeltern. Gegen all dies gibt es kaum Kritik, kaum Widerstand. Ein Grund dafür ist der Gleichheitswahn (siehe *Sezession* 100: »Gleichheit und Gleichschritt«), der den Menschen als hilflosen einzelnen, der keinen Halt außer dem Staat hat, zurückläßt.

»Den Eindruck des Staates erhält man, wenn man von einem in bewegter Form dahinströmenden Dasein die Form für sich ins Auge faßt, als etwas in zeitlosem Beharren Ausgedehntes, und von der Richtung, dem Schicksal ganz absieht. Der Staat ist die Geschichte als stillstehend, Geschichte der Staat als fließend gedacht.«

Oswald Spengler: *Untergang II,* S. 446.

Diese Anpassung wäre dann vorbildlich, wenn es sich bei der Corona-Pandemie um einen wirklichen Ernstfall handeln würde. Denn immerhin kann es auch ein Ausdruck von Vertrauen sein, wenn die Bürger dem Staat so bereitwillig folgen und sogar bereit sind, ihre eigene Existenzgrundlage hintanzustellen. Mittels Umfragen, über deren Qualität man streiten kann, wird zumindest der Eindruck erweckt, daß die Masse der Bürger das alles (wenn auch zähneknirschend) mitträgt und sich den Notwendigkeiten des Ernstfalls unterwirft. Es muß hier die Frage gestellt werden, ob wir

es aktuell überhaupt mit einem Ernstfall zu tun haben. Die Frage stellt sich selbst dann, wenn man all das glaubt, was als Horrorszenario an die Wand gemalt wird. Auch die Spanische Grippe war 1918/19 ein Ernstfall, und auch damals wurden Maßnahmen zur Eindämmung ergriffen. Allerdings traf die Grippe ein Land, das im vierten Kriegsjahr stand und einer Hungerblockade ausgesetzt war. Heute gibt es keinen Moment, der auf einen Ernstfall hinweist. Wir haben vielmehr eine völlig neue Definition von Ernstfall vorliegen. Klassischerweise geht es beim Ernstfall um Sein oder Nichtsein, um das Überleben, allerdings nicht um das des einzelnen, sondern um das des Staates als Ganzes. Winfried Martini hat die Bundesrepublik bereits 1960 als »Staat ohne Ernstfall« bezeichnet, und auch wenn sie dafür schon erstaunlich lange besteht, widerspricht ihm die aktuelle Lage nicht. Die klassische Definition des Ernstfalls gilt nicht mehr, wenn der Staat einfach seine Herrschaftsziele ändert und die Gesundheit seiner Bürger (und die der EU-Bürger) als ein solches definiert.

Daß dieser Wechsel so problemlos funktioniert, ist eine Konsequenz des demokratischen Zeitalters, in dem sich Staat und Gesellschaft eng miteinander verbunden haben. Die Folgen dieser Verbindung sind konservatives Allgemeingut, das Arnold Gehlen Ende der 1960er Jahre noch einmal in Erinnerung gerufen hat. Er spricht von dem Moment, an dem der Staat unweigerlich mit der Gesellschaft kollidiert und er zur »Neutralisierungsebene gesellschaftlicher Konflikte« wird, was seit dem 19. Jahrhundert vor allem den Ausgleich von Arm und Reich, die Sozialpolitik betraf. Dieser erste Wechsel des Herrschaftsziels bleibt langfristig nicht folgenlos. Denn auch wenn dieser Ausgleich zunächst noch mit Mitteln einer aktiven Außenpolitik gestützt werden konnte, steht das klassische Herrschaftsziel in Frage: »Mit der ungemeinen Steigerung der Produktion seit der Mitte des 20. Jahrhunderts und der Gewöhnung an einen dauernd steigenden Lebensstandard wird allerdings der Staat zu einem Vollstreckungsorgan dieser rein gesellschaftlichen Tendenzen, er hat in der Bundesrepublik, kurz gesagt, für die Konjunktur zu sorgen, und dies um so ausschließlicher, als eigentlich politische Zielsetzungen plausibler Art nicht möglich sind.« Diese Entwicklung, und das ist die gegenläufige Tendenz, weicht die Autorität des Staates auf, und die Frage, worauf sich der Staat berufen kann, um Gefolgschaft einzufordern, wird nur noch mit seiner Eigenschaft als »Milchkuh« beantwortet. Die gesellschaftlichen Partikularinteressen dominieren das Ganze und zwingen dem Staat ihren Willen auf. Dies wiederum führt unweigerlich zum Verfall der öffentlichen Moral.

»Man findet sich ab mit den Lagen und Gewalten, die vorhanden sind. Ströme von Blut hatten zur Zeit der kämpfenden Staaten das Pflaster aller Weltstädte gerötet, um die großen Wahrheiten der Demokratie in Wirklichkeit zu verwandeln und Rechte zu erkämpfen, ohne die das Leben nicht wert schien, gelebt zu werden. Jetzt sind diese Rechte erobert, aber die Enkel sind selbst durch Strafen nicht mehr zu bewegen, von ihnen Gebrauch zu machen. Hundert Jahre später, und sogar die Historiker verstehen die alten Streitfragen nicht mehr.«

Oswald Spengler: *Untergang II,* S. 542.

Diese Moral ist der Schatz, auf den ein Staat in Krisenzeiten zurückgreifen muß, wenn er überleben will. Und er muß auch darauf zurückgreifen können, wenn ihm die Mittel fehlen, um die Menschen für ihre Opfer zu entschädigen. Schon Tocqueville hat gezeigt, daß in egalitären Gesellschaften weniger Resilienz vorhanden ist. Ein Nachfolger von ihm, der Philosoph Kenneth Minogue, sieht den Grund dafür ebenfalls im demokratisch verfaßten Staat, in dem die Regierungen, legitimiert durch das Volk, immer mehr Kontrolle über die Gesellschaft und das öffentliche Leben der einzelnen Menschen erlangen. Hinzu kommt, daß auf diese Weise das Moralische und das Politische miteinander kombiniert werden, so daß moralische Autonomie für den einzelnen unmöglich wird und alles den moralischen Geboten unterworfen ist, die politisch determiniert sind. Der unabhängige, der eigenen Urteilskraft, den eigenen Gründen vertrauende Bürger wird zum Sklaven, dessen serviles Denken von Autoritäten abhängt, die es nicht gut mit ihm meinen. Das hat Folgen für die politische Partizipation: »Früher hätten die Wähler mit Spott auf Politiker reagiert, die nach der Macht streben, um unsere Probleme zu lösen. Heute werden sie vom Demos gewählt.« Sie werden gewählt, weil sie zukünftige Sicherheit versprechen, oder einfach aus Bequemlichkeit, die sie in eine Abhängigkeit bringt, die schließlich zu Denkverboten führt: »Wer sind wir denn überhaupt, daß wir glauben, uns gegen die Demokratie stellen zu müssen?« Demokratie untergräbt laut Minogue die moralische Lebensweise, indem sie die Untertanen der eigenen Anstrengung des Urteils enthebt. Auf diese Weise führe »das demokratische Telos« zur »Untergrabung jeder wahren Demokratie«, die nur noch den Staat übriglasse.

Wenn das alles nach klassisch liberaler Kritik am Staat klingt, so hat das seinen guten Grund darin, daß das Arsenal der liberalen Kulturkritik in der aktuellen Situation nicht ganz unpassend zu sein scheint. Von einem

Vertreter, José Ortega y Gasset, dem Autor des Klassikers *Der Aufstand der Massen,* stammt der Satz: »Der Staat wird durch die Herrschaft der Massen zur höchsten Gefahr.« Die Masse ist gegen ihr eigenes Schicksal aufgestanden und erhebt Anspruch auf eigenes Handeln. Das ist etwas, das ihr Ortega per Definition abspricht, wenn er sagt, daß die Masse nicht in der Lage sei, aus eigenen Gründen zu handeln. Damit wird aus dem Staat, der »Ruhmestat der europäischen Kultur«, die größte Gefahr, die ihren Grund in sich selbst hat, denn erst der bürgerliche Staat ermöglicht es den Massen zu handeln.





*29. August 2020, Berlin-Mitte.*

Der Staat des Absolutismus war, entgegen landläufiger Auffassung, ein schwacher Staat, jedenfalls wenn man seine Möglichkeiten mit denen des aufstrebenden Bürgertums vergleicht. Dessen wachsende Stärke entlädt sich in den bürgerlichen Revolutionen des 19. Jahrhunderts, in denen es sich die öffentliche Gewalt aneignet und diese mit Aufkommen des Industriezeitalters der Masse ausliefert. Der Staat wird zu einer alternativlosen Größe, der sich der Massenmensch unterwirft: »Man stelle sich vor, daß im öffentlichen Leben eins Landes irgendeine Schwierigkeit, ein Konflikt, ein Problem auftaucht; der Massenmensch wird zu der Forderung neigen, daß der Staat sich sofort damit befasse und sie mit seinen riesenhaften und sicher wirkenden Mitteln direkt zu lösen vermag.« Aus dieser direkten Beziehung leitet Ortega die Gefahr ab, daß der Staat jeden »spontanen sozialen Antrieb« absorbiert. Hinzu komme die demokratische Illusion, daß der Staat mit der Masse, dem Volk identisch sei, woraus Ortega die Vermutung ableitet, daß der Massenmensch immer stärker dazu neigen werde, »ihn unter beliebigen Vorwänden in Tätigkeit zu setzen, um so jede schöpferische Minorität zu unterdrücken, die ihn stört«.

Das ist ein Phänomen, das weit über den dualistischen Staat, in dem Monarch und Parlament um die Hoheit ringen, hinausgeht. Hier ist keinerlei Dualismus mehr vorhanden, weil die Instanz, die der Masse etwas entgegenhalten konnte, sei es Bürgertum, Adel oder der König, als Machtfaktor ausgeschaltet wurde. Die Rede vom »Doppelstaat« ist daher etwas irreführend, da er nur dann vorliegt, wenn »die Staatsgewalt strukturell einheitlich organisiert ist, ihre Handhabe jedoch funktionell nach verschiedenartigen Methoden in Erscheinung tritt« (Fraenkel). Im Grunde haben wir es mit einem Phänomen der Massengesellschaft zu tun, die sich in der Formierungsphase befindet. Der Begriff des Doppelstaates, in dem Normen- und Maßnahmenstaat existieren, stammt von Ernst Fraenkel, der damit in den 1940er Jahren den NS-Staat charakterisierte. Das Muster aus einem

»Was ist Wahrheit? Für die Menge das, was man ständig liest und hört. Mag ein armer Tropf irgendwo sitzen und Gründe sammeln, um ›die Wahrheit‹ festzustellen – es bleibt seine Wahrheit. Die andere, die öffentliche des Augenblicks, auf die es in der Tatsachenwelt der Wirkungen und Erfolge allein ankommt, ist heute ein Produkt der Presse.«

Oswald Spengler: *Untergang II,* S. 579.

Nebeneinander tradierter Normen, die insbesondere den Freiheitsraum des Individuums schützen, und situativ erlassener Maßnahmen, die der Durchsetzung übergeordneter Ziele dienen, wurde später auch auf den Stalinismus angewandt, was es zu einem Merkmal totalitärer Staaten machte. Gemeint ist damit ganz offensichtlich nicht, daß die Regierung das Parlament nicht angemessen in die Gesetzgebung einbindet, sondern eher die Tatsache, daß der zivilgesellschaftliche Druck dafür sorgt, daß den Maßnahmen auch dort gefolgt wird, wo es nicht notwendig wäre. Die gegenwärtige Rezeption des Begriffs formuliert damit vor allem ein Unbehagen an der gegenwärtigen Potenz des Staates. Die Sorge geht um, daß dieser Maßnahmenstaat zum Normalfall werden könnte.

»Durch das Geld vernichtet die Demokratie sich selbst, nachdem das Geld den Geist vernichtet hat.«

Oswald Spengler: *Untergang II,* S. 582.

In universalhistorischer Perspektive trifft sich dieses Unbehagen mit der erstmals von Oswald Spengler aufgezeigten Möglichkeit, daß Europa auf ein Zeitalter des Cäsarismus zusteuern könnte. Der Staat wird omnipräsent, er wird unduldsamer, als das im Absolutismus jemals der Fall gewesen war. Das ist einer Eigenschaft geschuldet, die der Franzose Bertrand de Jouvenel am Ende des Zweiten Weltkriegs herausgearbeitet hat. Jouvenel, den die Frage umtrieb, wie es den liberalen Demokratien des Westens möglich gewesen war, das Dritte Reich zu besiegen, obwohl ihre Verfassungen doch alles andere als totalitär waren, legt Wert auf den gemeinsamen Zug der Staatsgewalt. Über alle verschiedenen Herrschaftsformen hinweg sei die Expansion, die Ausweitung ihres Bereiches, das hervorstechende Merkmal der Staatsgewalt. Die Verwaltung werde ausgeweitet, die Steuererhebung verfeinert und das allgemeine Wahlrecht etabliert. Die Gefahr des Despotismus steige in der Demokratie, so Jouvenel, da man einer Staatsgewalt, die sich auf das gesamte Volk stützt, kaum begründet und erfolgversprechend entgegentreten könne. Der Cäsarismus mache sich diese Tatsache zunutze.

Mit der Ausweitung des Wahlrechts gehe eine Stärkung der Staatsgewalt einher, die durch die moralische Diskreditierung des Adels kein Gegengewicht mehr habe. Die Zwischeninstanzen zwischen Volk und Staat, in der Regel eine aus Unabhängigen bestehende, aber dem Gemeinwohl verpflichtete Gesellschaftsschicht, sind ausgeschaltet. Als zweite Voraussetzung für die Etablierung des Cäsarismus nennt Jouvenel die Entstehung einer »Klasse von Kapitalisten, die keinerlei moralische Autorität besitzt und durch ihren exzessiven Reichtum vom Rest der Bürger getrennt ist«. Schließlich komme es zur Vereinigung von politischer Kraft und sozialer Schwäche in der ständig wachsenden Masse der Abhängigen, die in ihrer Schwäche immer an die staatliche Omnipotenz appellieren werden. »Auf diese Weise wird das einzige Hindernis beseitigt, das sich cäsaristischer Politik in den Weg stellen könnte: die freiheitlich gesinnte Widerstandsbewegung eines Volkes, das subjektive Rechte zu verteidigen hat, unter der Führung von Notabeln, deren moralischer Kredit sie für diese Rolle prädestiniert, ohne daß schmutziger Reichtum sie unglaubwürdig machte.« Es dürfte klar sein, daß die sich als »Quasi-Aristokratie« (Arnold Gehlen) verstehenden Intellektuellen diesen Anspruch nicht erfüllen.

Es hieße nun, das Kind mit dem Bade auszuschütten, wenn man dieser Argumentation die Ablehnung des Staates folgen ließe. Es gibt zum Staat keine Alternative, die in der Lage wäre, den Menschen im 21. Jahrhundert den Rahmen zu geben, dessen er bedarf, um unter den gegebenen Umständen nicht unter die totale Kontrolle außerstaatlicher Mächte zu kommen. Was es allerdings gibt, sind Alternativen zur gegenwärtigen Verfaßtheit des Staates, die ja nur eine Entsprechung zur gesellschaftlichen Verfaßtheit der Bundesrepublik darstellt. Ein anderer Staat braucht andere Bürger. Bürger, die in der Lage sind, zwischen der Freiheit wovon und der Freiheit wozu zu unterscheiden. Während erstere nur die »Freiheit des Sklaven am Feiertag« (Gerhard Nebel) darstellt, bedeutet die Freiheit wozu den Anspruch auf Mitgestaltung. Wenn wir den Hinweis von Minogue ernst nehmen, »daß nämlich die über längere Zeiträume stattfindenden moralischen Veränderungen erst im Lichte einer unerwarteten Krise sichtbar werden«, dann ist in der Corona-Krise die demokratische Sklavenmentalität offenbarer geworden als jemals zuvor. Die Verquickung von Staat und Gesellschaft, die zu dieser Moral geführt hat, die nicht nur kein eigenes Urteil mehr fällen will, sondern auch die eigene Existenz nicht mehr wertschätzt, enthält zumindest die theoretische Chance, daß aus ihr Kräfte erwachsen, die diese Einheit in Frage stellen. ■

Literaturhinweise:

Ernst Fraenkel: *Der Doppelstaat,* Frankfurt a.M., Köln 1974;

José Ortega y Gasset: *Der Aufstand der Massen,* Stuttgart 1931;

Arnold Gehlen: *Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik,* Frankfurt a.M. 1969;

Bertrand de Jouvenel: *Über die Staatsgewalt. Die Naturgeschichte ihres Wachstums,* Freiburg i.Br. 1972;

Winfried Martini: *Freiheit auf Abruf. Die Lebenserwartung der Bundesrepublik,* Köln 1960;

Kenneth Minogue: *Die demokratische Sklavenmentalität. Wie der Überstaat die Alltagsmoral zerstört,* Waltrop 2013;

Oswald Spengler: *Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte,* Zweiter Band: *Welthistorische Perspektiven,* München 1922.



# Glätte, Zähne, Macht

von Simon Kießling

Um die Wirklichkeit dessen in Begriffe zu fassen, was derzeit in Deutschland an Wohnquartieren und Bürokomplexen, Fabrikgebäuden und Logistikzentren, Stadtrandsiedlungen und Baulückenbebauung entsteht, hat die (skeptische) Architekturkritik eine Vielzahl von Zuschreibungen verwendet und bemüht. Von sterilen, stereotypen, rasterförmigen, traditionslos entorteten Behausungen ist die Rede, aber auch von den funktionalistischen, industriell genormten, kargen Hervorbringungen einer vereinheitlichend formlosen Investorenarchitektur, die nicht mehr organisch aus der Landschaft wächst und an keine architektonischen Traditionsbestände mehr anschließt. Moniert wird eine Antiästhetik würfel- und quaderförmiger, eintönig uniformer Gebäude mit endlosen Glasfronten und Beton- oder Leichtmetall-Verbundfassaden, deren ingenieursmäßige Beschaffenheit es ermöglicht, sie seriell umzusetzen und hochzuziehen.

Keine andere Zuschreibung aber wird so häufig verwendet und birgt gleichzeitig so erhellendes Potential wie das unspektakuläre Eigenschaftswort *glatt*. Schon ausgangs der Nullerjahre konstatierte der Schweizer Architekturkritiker Walter Zschokke: »Ein Großteil des heutigen architektonischen Schaffens zeichnet sich durch glatte, harte Oberflächen aus, die sich gegen sinnliche Annäherungen spreizen. […] Die Oberflächen sind glatter, härter und spiegelnder geworden. Glas, Metall und polierter Stein bestimmen außen und innen die neuen Gebäude.« Festzustellen seien die »Verbreitung überglatter Materialien und das Überhandnehmen von Bildern glatter, wesenloser Oberflächen, wie sie nicht zuletzt von der Werbung geliebt werden«. Im *Deutschen Architektenblatt* weist Christoph Gunßer auf den Umstand hin, daß gerade das ökologische Bauen zum Impulsgeber der (Ver-)Glättung und zur »Spielwiese der High-Techniker« geworden sei: »Ästhetisch hielt eine kühle Glätte Einzug in die Baugebiete. Rebelliert wurde nun mit billigem Low-Tech-Material wie etwa Polycarbonat-Platten, die eigentlich im Gemüsebau zu Hause sind.« Auch der Naturschutzbund Österreich meldet sich zu Wort und bemängelt (am Beispiel der Bundeshauptstadt Wien) die übermäßige Glätte der neueren Hausfassaden, welche nicht mehr die von nistenden Vögeln geschätzten Luken, Vorsprünge und Erker aufzuweisen hätten: »In Wien brüten etwa 5000 Mauerseglerpaare. Dabei bevorzugen sie ältere Häuser mit stark gegliederter Fassade. Moderne glatte Häuser werden dagegen weitgehend gemieden.«

Christoph Gunßer: »Modische dritte Haut«, dabonline.de vom 1. März 2017.

Über die tieferen Zusammenhänge von Glätte, Macht und Architektur hat Elias Canetti in seiner psychohistorisch-sozialanthropologischen Untersuchung über *Masse und Macht* ebenso scharfsinnige wie anregende Betrachtungen angestellt. Die gattungsgeschichtliche Urfigur sowohl der Glätte wie der Macht sind Canetti zufolge die tierischen und menschlichen Zähne: »Das auffälligste Instrument der Macht, das der Mensch und auch sehr viele Tiere an sich tragen, sind die Zähne. Die Reihe, in der sie angeordnet sind, ihre leuchtende Glätte, sind mit nichts anderem, was sonst zu

◂ *Wehrkreisdienstgebäude in Kassel, eingeweiht 1938, dient seit 1954 als Bundessozialgericht.*

einem Körper gehört und an ihm in Aktion gesehen wird, zu vergleichen.« Nichts und niemand sei der kreatürlichen Macht eines Lebewesens vollständiger und unmittelbarer ausgeliefert als ein Mensch, der zwischen die Zähne eines gefährlichen Tieres gerät. »Die Zähne sind die bewaffneten Hüter des Mundes. In diesem Raum ist es wirklich eng […]. Hier ist der letzte aller Schrecken […] und was da hineingerät, ist verloren.« Dem Feind die eigenen Zähne oder dem Freund die erbeuteten Zähne eines tierischen oder menschlichen Feindes (etwa als Kopf- oder Halsschmuck) vorzuzeigen, ist insofern eine unmittelbare Zurschaustellung von Macht. Dementsprechend sind auch die Verbände und Formationen der Macht bis hin zu den militärischen Truppenteilen den glatten, geordneten Reihen der Zähne nachempfunden, und schon die Soldaten des Kadmos, die einst aus dem Boden sprangen, waren als Drachenzähne gesät. »Glätte und Ordnung, als manifeste Eigenschaften der Zähne, sind in das Wesen der Macht überhaupt eingegangen. Sie sind unzertrennlich von ihr und an jeder Form der Macht das erste, das sich feststellen läßt.« Auch seine Waffen und Werkzeuge modelliert der Mensch nach dem ursprünglichen Vorbild der Zähne, und es dauerte lange (vom Stein über die Bronze bis zum Eisen), »bis er sie so schön zu polieren verstand, daß sie die Glätte von Zähnen hatten«. Im modernen Leben schließlich, so Canetti, habe »der Hang zur Glätte auf allen Gebieten überhandgenommen, in denen man sie früher zu vermeiden suchte. Häuser und Einrichtungen waren meist geschmückt wie der Körper und die Glieder des Menschen. […] Heute hat die Glätte auch die Häuser erobert, ihre Mauern, ihre Wände, die Gegenstände, die man in sie stellt; Zierat und Schmuck sind verachtet und gelten als Zeichen schlechten Geschmacks. Man spricht von Funktion, von Klarheit und Nützlichkeit, aber was in Wirklichkeit triumphiert hat, ist die Glätte und das geheime Prestige der Macht, die ihr innewohnt.« Indes vollzieht sich der von Canetti beschriebene Progreß der (Ver-)Glättung nicht als bruchlose, universalgeschichtlich gerade Linie, sondern innerhalb des schicksalhaften Zyklus der einzelnen hohen Kulturen, wie Oswald Spengler sie beschreibt. Er setzt ein und kommt in Gang, wenn die großen Kulturen von der territorial und national begrenzten, bürgerschaftlich verfaßten Staatenwelt in das Zeitalter einer Groß- und Weltzivilisation übergehen, deren Band den gesamten jeweils betreffenden Kulturraum umspannt und alle darin lebenden Völker umschlingt. Es sind diese Spätzeiten der großen Kulturen, in denen jene endlosen, gleichförmigen, quadratischen, glattwandigen Häusermeere entstehen, die Herodot in Babylon und die Spanier in Tenochtitlan angestaunt haben. Am genauesten kennen wir das Phänomen aus der antiken römischen Geschichte: Als die bürgerschaftlich verwaltete, auf den stadtstaatlichen Rahmen begrenzte Republik seit dem 1. Jahrhundert vor Christus beginnt, sich zu einem von Cäsaren regierten Weltreich und zur Weltzivilisation zu wandeln, wenden sich auch die Baumeister von der schmuckvollen, detailverliebten Architektur der frühen und mittleren Epoche ab und einer neuen, als progressiv verstandenen Sachlichkeit und Glätte zu. Der Kulturhistoriker Eckart Knaul notiert dazu: »All diese feinen Handwerksarbeiten und die vielen geschmackvollen Verschönerungen an den Häusern innen und außen wurden mit dem Rückgang der Kultur immer spärlicher und verschwanden schließlich ganz. Die so bunten, abwechslungsreichen Häuserfassaden mit ihren Erkern, Schnörkeln und Verzierungen wurden einförmig, der Hausbau zweckmäßig, die Häuserfronten glatt, nüchtern, uniform. Der Ideenreichtum der Baumeister und Handwerker war versiegt.« Auch der Beton stellt, wie etwa Volker Mohr hervorhebt, durchaus keine Erfindung des modernen europäischen Industriezeitalters dar; vielmehr war eine einfache Form des Betons (das fugenlose Gußmauerwerk) bereits in der Spätzeit des römischen Geschichte, im Zeitalter der Massen und der Cäsaren, der weithin bevorzugte, kostengünstige Baustoff jener »letzten technischen Periode«. In den zwei Jahrtausenden zwischen dem späten Römertum und uns, in allen dazwischenliegenden Baustilen und Epochen der Architektur, haben es die Baumeister instinktiv vermieden, in Beton zu bauen, weil er ihrem künstlerischen Ausdrucksverlangen und schöpferischen Gestaltungsbedürfnis eklatant widersprach. Erst jetzt, in der Spätzeit der abendländischen Zivilisation, lebt der Beton wieder auf und wird zum ubiquitär verwendeten, prävalenten Universalbaustoff der Zeit.

»Man möchte sie als die erste Ordnung überhaupt bezeichnen, eine, die nach allgemeiner Anerkennung förmlich schreit; eine Ordnung, die als Drohung nach außen wirkt, nicht immer sichtbar, aber immer sichtbar, wenn der Mund sich öffnet, und das ist sehr oft. Das Material der Zähne ist verschieden von den übrigen augenfälligen Bestandteilen des Körpers; es wäre eindrucksvoll, wenn man auch nur zwei Zähne trüge.«

Elias Canetti: *Masse und Macht.*

»Diese nüchternen Zweckbauten empfanden die Römer aber nicht als bittere Notwendigkeit infolge der veränderten Verhältnisse, vielmehr bewunderten sie die immer dürftiger werdende Bauweise als höchsten Fortschritt der Architektur. Erst diese ganz allgemein vorhandene Einstellung der Bürger verdeutlicht den geistigen Verfall.«

Eckart Knaul: *Rom: Weltmacht biologisch gesteuert.*

Warum also präferieren die reifen, entwickelten Groß- und Weltzivilisationen eine Architektur der Gleichförmigkeit, Schmucklosigkeit und

Glätte? Die Großzivilisationen lösen sich von den einzelnen Landschaften, ihren geschichtlich überlieferten Traditionen ab, um sich vereinheitlichend über einen ganzen Kultur- und Zivilisationsraum zu legen. Der Mensch der Großzivilisation legt Wert darauf, nicht mehr Angehöriger eines bestimmten Volkes zu sein und in dessen enger geschichtlicher Überlieferung zu stehen. Er ist nicht mehr Bürger eines bestimmten, territorial begrenzten Landes, sondern Mensch an sich *(homo abstractus),* der sich von der geschichtlichen Überlieferung entkoppelt und sich einzelnen Orten oder Landschaften nicht mehr auf besondere Weise verbunden fühlt; indem er jede lebensweltliche Besonderheit abstreift, zieht er sich auf ein anthropologisches Minimum, auf die basalen Grundlagen des Menschseins, zurück. Dieser Typus Mensch bevorzugt instinktiv eine uniforme, normierte, minimalistisch reduzierte Architektur, die auf einfachste Formgebungen regrediert und an jedem beliebigen Ort reproduzierbar ist. So sind die späten Zivilisationen Zeiten eines kastenförmigen architektonischen Reduktionismus, der alle Verbindungen zur gewachsenen baulichen Überlieferung kappt und sich auf einheitliche Schemata (den einfachsten gemeinsamen Nenner) herabnivelliert. Eine solche Architektur darf keine regionalen Bezüge herstellen oder historische Anleihen vornehmen, da diese den Verdacht erregen, daß hier jemand historisch tradierten Identitäten oder Landschaften verhaftet geblieben ist, statt ausschließlich als Gattungswesen zu empfinden und allein der Menschheit verpflichtet zu sein. Jeder bauliche Eigensinn legt nun die Vermutung nahe, daß hier jemand an lebensweltlichen Besonderheiten festhalten will und der universellen Idee der Menschheit nicht vollständig loyal und ergeben ist. Auch muß die Architektur der Großzivilisationen zwangsläufig schmucklos sein und auf das Ornament verzichten, denn jede Verzierung, jede ästhetische Raffinesse nährt den Verdacht, daß der hinter diesen Mauern lebende oder tätige Mensch insgeheim höhere Ansprüche hat, die über die primitivsten Bedürfnisse, die basalen Funktionen einer (staatlich bereitgestellten) Unterbringung, Ernährung und Unterhaltung hinausgehen; wer auf baulicher Eleganz besteht, ästhetischen Ideenreichtum an den Tag legt und ein architektonisches Minimum überschreitet, hat das neue Ideal des *Menschen an sich* (des auf die basalsten Grundbedürfnisse reduzierten *homo abstractus*) offenbar nicht hinreichend verinnerlicht; er demonstriert auf diese Weise einen Mangel an *Menschlichkeit* und hegt womöglich jene *menschfeindlichen* Gesinnungen, die den Zorn der Masse erregen und den Argwohn der Mächtigen wecken.

»Der Beton wurde zu dem Baumaterial unserer Zeit. Mit ihm läßt sich Leonardos Forderung nach Erhöhung der Produktivität entscheidend umsetzen. Dieses gegossene und somit fugenlose Material kann grenzenlos eingesetzt werden.«

Volker Mohr: *Der Verlust des Ortes.*

Doch zurück zu Canetti, der den immanenten Zusammenhang von Glätte und Macht auf ebenso originelle wie luzide Weise erfaßt. In der Tat ist die Glätte das äußere Signum der Macht, und »die Sprache drückt den Sachverhalt am einfachsten aus; man sagt, daß etwas glatt geht oder glatt funktioniert. Man meint damit, daß man einen Vorgang, welcher Art immer, völlig und ungestört in der Gewalt hat.« Die Glätte der Architektur, die sich in den Spätzeiten der großen Kulturen manifestiert, versinnbildlicht zugleich die diesen Epochen eigentümliche Konzentration der Macht und die umfassende Reglementierung menschlichen Lebens durch eine omnipotente staatliche Macht. Die späten Zivilisationen sind nicht mehr Zeiten eines bürgerschaftlich selbstorganisierten Gemeinwesens, sondern einer universalen politischen Massenbewirtschaftung des Menschen, deren unmittelbarer Widerschein die perfektionierte Glätte seiner Behausungen ist. Fragen der Architektur sind insofern weitaus mehr als nur Fragen des ästhetischen Geschmacks; sie sind stets auch existentielle politische Fragen: Jede Planung, Genehmigung und Errichtung eines gesichtslos glatten Wohn- und Stadtquartiers sind ein weiterer Schritt in eine Welt, in der die Prozeduren der Machtausübung *glatt* verlaufen, *glatt* funktionieren – und die Herrschenden imstande sind, reibungs- und umstandslos über politisch entmächtigte einzelne zu verfügen –, in eine Welt von Untertanen, mit denen ein übermächtiger, vormundschaftlich agierender Staatsapparat nach Belieben schaltet und waltet. Jeder eigensinnige Bau dagegen, der gegen die uniforme Antiästhetik der Glätte und ihre schmucklose Formensprache aufbegehrt, jedes sperrige Element und jede Oberflächentiefe sind zugleich eine Demonstration des bürgerlichen Selbstbewußtseins, ein sichtbares Zeichen des Widerstandes gegen die total verwaltete Welt und ein vergegenständlichtes Bekenntnis zur wesenhaften Freiheit des Menschen im Angesicht der Mächte, die nach ihm greifen. ■

Literaturhinweise:

Elias Canetti: *Masse und Macht,* Düsseldorf 1960;

Eckart Knaul: *Rom: Weltmacht biologisch gesteuert. Ein Sittengemälde aus Sicht des Mediziners,* Freiburg i. Br. 1993;

Volker Mohr: *Der Verlust des Ortes,* Schnellroda [4]2020;

Oswald Spengler: *Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte,* München 1963.

# Antinostalgie: Mark Fishers Werk

von Nils Wegner

Die polnische Spieleentwicklerfirma CD Projekt veröffentlichte am 10. Dezember 2020 das seit knapp acht Jahren heißersehnte »Cyberpunk 2077«. Bereits vor dem offiziellen Erscheinungsdatum hatte es für das Spiel acht Millionen Vorbestellungen gegeben, davon fast 4,75 Millionen für Windows-Betriebssysteme, wodurch es zum schon vor dem Verkaufsstart gefragtesten PC-Spiel jemals wurde. Was bedeutet dieses enorme Interesse eines längst nicht nur Jugendliche umfassenden Publikums an mal mehr, mal weniger verschrobenen Simulationen von vergangenheitsdurchwirkten Zukunftsszenarien? Lassen sich aus solchen Trends politisch relevante Schlüsse über unsere Gesellschaft ziehen?

Der am 13. Januar 2017 von eigener Hand aus dem Leben geschiedene britische Kulturtheoretiker Mark Fisher hat in seiner kurzen, aber einflußreichen Schaffensperiode immens wichtige Denkanstöße zu diesen Fragen geliefert. Sie sind insbesondere bei den Beschwörern einer sich zur Abgrenzung teilweise selbst als »unwoke« bezeichnenden linken »Gegenkultur« – jenseits von identitätspolitischen Multiminderheitenmorbiditäten und strategischer Bettgefährtenschaft mit dem technologischen Großkapital – bis heute einflußreich. Entsprechend muß gleich zu Beginn konstatiert werden, daß wir es hier beileibe nicht mit einem jener markttauglichen Zeitkritiker zu tun haben, die einen leicht reaktionären Hauch auflegen wie ein Duftwasser; nicht ohne Grund hat selbst ein Gegenwartsverächter wie Oswald Spengler diesen Menschenschlag in seine Schranken gewiesen: »Wer das [die Periode relativen Friedens und Wohlstands in der weißen Welt vor 1914; N.W.] erlebt hat oder von anderen davon hört, erliegt immer wieder der Neigung, es für *normal* zu halten, die wüste Gegenwart als Störung dieses natürlichen Zustandes aufzufassen und zu wünschen, daß es ›endlich einmal wieder aufwärts‹ gehe. Nun, das wird nicht der Fall sein. Dergleichen wird nie wiederkommen«, heißt es in *Jahre der Entscheidung*. Die ökonomisch-seelischen Störungen, die Fisher sah, wollte er nicht aussitzen, sondern überwinden. Den Anstoß für diesen Kurs des Mitten-Hindurch setzte bereits seine frühe Studentenzeit.

Den im vorgeblichen Schicksalsjahr 1968 im östlichen Mittelengland geborenen Fisher prägte neben seiner Herkunft aus einer stark industriell geprägten und in der Thatcher-Ära entsprechend zunehmend ins Taumeln geratenen Region ein traumatisches Erlebnis: Als leidenschaftlicher Fußballfan (Nottingham Forest) wurde er Zeuge der Hillsborough-Katastrophe, als am 15. April 1989 zu Beginn eines Halbfinalspiels ein durch polizeiliche Inkompetenz völlig überfüllter Zuschauerblock teilweise einstürzte und 96 Menschen qualvoll zerquetscht wurden – ein Unglück, das durch behördliche Vertuschung erst 17 Jahre später gerichtlich aufgearbeitet werden konnte und so schweres Mißtrauen gegenüber »denen da oben« und etablierten Narrativen anregte.

Im Schlepptau seiner Dissertationsbetreuerin Sadie Plant kam Fisher an die Universität Warwick, wo er die »Cybernetic Culture Research

»Der Gotische Materialismus befaßt sich mit der Art und Weise, wie das scheinbar Ultramoderne – die schimmernden Produkte eines technologisch verfeinerten Kapitalismus – am Ende mit den vordergründig archaischen Begriffen beschrieben wird, die wir aus der Horrorliteratur kennen: Zombies, Dämonen. Er wird jedoch der Versuchung widerstehen, diese ›Dämonisierung des Kybernetischen‹ als Auferstehung von ›etwas dem Seelenleben von alters her Vertraute(m)‹ aufzufassen, und sie vielmehr als Fortsetzung einer nichtorganischen Linie ansehen, die progressiver Temporalität total entgegengesetzt ist.«

Mark Fisher: *Flatline Constructs. Gothic Materialism and Cybernetic Theory-Fiction*, Diss. Coventry 1999.

Unit« (CCRU), das Keimblatt des Akzelerationismus (siehe *Sezession* 98), mitgründete und 1999 über psychologisch-philosophische Verbindungslinien zwischen Schauerliteratur (Gothic fiction) und heutiger Hochtechnologie promoviert wurde. In der Folge unterrichtete er einige Jahre Philosophie an einer Volkshochschule, ehe er sich ab 2003 mit der Schaffung seines mit der Zeit extrem einflußreichen Kulturblogs »k-punk« – nach seinem eigenen Spitznamen aus CCRU-Tagen; das »k« steht dabei für »kybernetic« – der freien theoretischen Publizistik zuwandte und zeitgleich in diversen britischen wie internationalen Musik-, Kultur- und Technikzeitschriften veröffentlichte.

2007 gründete Fisher zusammen mit dem Schriftsteller Tariq Goddard den absichtlich kleinen und radikalen Verlag Zero Books, nur um sich nach einer Restrukturierung des Mutterunternehmens mit diesem zu überwerfen, 2014 mit der gesamten Mannschaft auszusteigen und den Verlag Repeater Books aus der Taufe zu heben. Zuvor jedoch sollte Zero Books mit einem Paukenschlag auf der publizistischen Bühne Großbritanniens und der englischsprachigen Welt erscheinen, um die linke Kulturtheorie der 2010er Jahre entscheidend zu prägen:

Denn quasi aus dem Nichts erschien 2009 Fishers Debütwerk *Capitalist Realism. Is There No Alternative?* und wurde zu einem Überraschungserfolg. Die Streitschrift von gerade einmal 80 Seiten Text erwies sich als subkutaner Sprengstoff in einer lethargischen Linken, die sich mit den Verhältnissen arrangiert hatte. Diese Verhältnisse waren (und sind) jene des Neoliberalismus, der in der westlichen Welt der 1980er seinen untrennbar mit den Namen Ronald Reagans und Margaret Thatchers verbundenen Siegeszug der wirtschaftlichen Deregulierung und sozialen Ent-Sicherung angetreten hatte. Mit seiner Kritik stellte sich Fisher ganz offen in die Tradition neomarxistischer Theorien über das angebrochene postmodernistische (im Sinne von: »postindustrielle«) Zeitalter, wie sie unter dem Eindruck von *Reaganomics* besonders prominent der US-Literaturtheoretiker Fredric Jameson vorgebracht hatte. Dabei sei sein eigenes Konzept kein alter Wein im neuen Schlauch: Kapitalistischer Realismus sei, so Fisher, »sozusagen das, was dabei herauskommt, wenn Postmodernismus sich einbürgert«. Diese Einbürgerung habe spätestens 1989 begonnen und geradewegs in die Weltwirtschaftskrise 2007ff. geführt: Mit dem Wegbrechen der einzigen offensichtlichen Alternative zum Kapitalismus habe dieser global alle Strukturen und Institutionen durchdrungen und sich so allgegenwärtig etabliert, daß ihm sogar das Denken selbst nicht mehr widerstehen könne, kreativer Ausdruck ebenso wie Sozialleben von Grund auf »den von der kapitalistischen Kultur vorgegebenen Begehrlichkeiten, Ansprüchen und Hoffnungen« unterworfen seien. Einem sowohl Jameson wie auch dem slowenischen Kategoriensprenger Slavoj Žižek (siehe *Sezession* 70) zugeschriebenen Bonmot zufolge ist heutzutage das Ende der Welt einfacher vorstellbar als das Ende des Kapitalismus. Fisher, negativ beeindruckt von der deprimierten Ergebenheit seiner Schüler in ihr scheinbares Schicksal, stimmt zu: »Dieser Spruch erfaßt präzise, was ich mit ›Kapitalistischer Realismus‹ meine: das verbreitete Gefühl, wonach nicht nur der Kapitalismus das einzige funktionsfähige politische und ökonomische System sei, sondern es mittlerweile auch unmöglich sei, sich eine schlüssige Alternative zu ihm auch nur *vorzustellen.*« Wo die soziale Realität lediglich aus Arbeit und Konsum besteht, findet eine Zukunftsaussicht keinen Halt mehr – nicht nur eine andere Zukunft, sondern eine Zukunft schlechthin werde der Imagination entrückt. (Auf der anderen Seite stellte er sich sowohl Žižek als auch Jameson mit ihrer Verachtung zeitgenössischer Massenkultur entgegen, denn diese diene nicht allein zur Betäubung der Entfremdeten, sondern berge – richtig gehandhabt – auch erhebliches emanzipatorisches Potential.) Es ist dies ein Pamphlet, das gerade in der COVID-19-Ära gar nicht vehement genug zur Erst- und Wiederlektüre empfohlen werden kann, verklammert doch die heutige maskierte Zeit mit der »westlichen Welt« der Finanzkrisenzeit 2008/09 vor allem eines: das emsige Funktionieren der Mehrheitsgesellschaft, die – dankbar genug, noch einmal davongekommen zu sein – weiterhin und teils zu noch erbärmlicheren Bedingungen als zuvor ihren Beschäftigungen nachgeht. Wer da noch immer auf einen irgendwann von allein erreichten *Tipping point* wartet, der ist in eine weitere Falle des systemerhaltenden Denkens getappt, das Fishers Auslegung zufolge den gesamten Kulturapparat durchseucht und instrumentalisiert hat. Mit der (Selbst-)Erziehung

»Die Kapitulation vor den verschiedenen Formen der Marktideologie – also auf der Linken, von allen anderen ganz zu schweigen – ist unmerklich, aber erschreckend allumfassend vonstatten gegangen.«

Fredric Jameson: »Postmodernism and the Market«, in: Ralph Miliband, Leo Panitch (Hrsg.): *The Retreat of the Intellectuals. Socialist Register 1990,* London 1990.

»Eine trotz allem brüchige Metastabilität, sowohl auf der außen- als auch der innenpolitischen Ebene. Denn sie kommt letztlich aus der Verflüchtigung jeder wirklichen Alternative, aus dem Verschwinden der Widerstände und Antikörper. Darin liegt die wahre Machtkrise Amerikas: in der potentiellen Stabilisierung aus Trägheit, in der Machtübernahme im Leeren.«

Jean Baudrillard: *Amerika,* München 1987.

»Der Trend zur Heimarbeit wirft für viele Unternehmen ein Problem auf: Wie kann man die Überwachung der Mitarbeiter, die im Büro zum Alltag gehört, auch im Homeoffice aufrechterhalten? [...] Bloomberg berichtet vom steigenden Absatz bei Überwachungssoftware, mit der alle Aktivitäten der Arbeiter [...] aufgezeichnet werden können. [...] Einige Arbeiter berichten auch, daß von ihnen verlangt werde, den ganzen Tag in einem Videoanruf eingeloggt zu bleiben, damit man sie bei der Arbeit beobachten könne.«

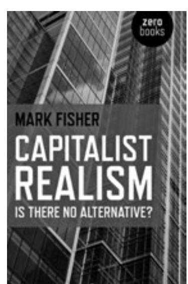
Paul Simon: »Total vernetzt in der Isolation«, in: *Jungle World* 17/2020.

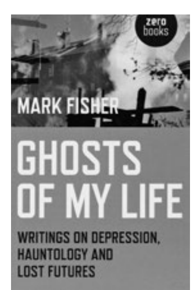
des einzelnen zur »Privatisierung« aller Probleme, auch und insbesondere des enormen Streßlevels einer prekären Beschäftigung, gingen die Affirmation des – desolaten – Bestehenden einher und die Suche nach der eigenen Schuld an allen Problemen, bis hin zu Minderwertigkeitskomplexen und Depressionen. Der Kapitalistische Realismus der Alternativlosigkeit werfe das Individuum somit stets auf seine eigenen Defizite gegenüber unermüdlichen kybernetischen Arbeitsmaschinen zurück und zwinge die fortdauernd Ungenügenden förmlich in die Selbstbetäubung mittels Medien-, Medikamenten- und sonstigen Konsums hinein, was zynischerweise wiederum neue Absatz- und damit Arbeitsfelder eröffne. Wer aber einem festen Einkommen hinterherhecheln müsse, um nicht aus seiner Wohnung geworfen zu werden, der habe nicht die Freiheit für Experimente, sondern müsse immer wieder den gleichen abgestandenen Sud neu aufkochen – die wirtschaftliche Stabilität als Würgeeisen der Kultur.










2014 erschien erstmals die Textsammlung *Ghosts of My Life*. Der Titel, entlehnt einem Lied der einst legendären und heute vergessenen britischen Post-Punk-Band Japan von 1981, kommuniziert in einer einzigen Phrase den Kern des zweiten großen Beitrags Fishers zur Kulturtheorie neben dem Kapitalistischen Realismus: Seine Hauntologie, abgeleitet von einer Begriffsverschmelzung aus *to haunt* (»heimsuchen, spuken«) und »Ontologie« in Jacques Derridas *Marx' Gespenster,* beschreibt eine durch die gegenwärtigen Umstände verunmöglichte und nie geschehene Zukunft, die als trauriger Geist ins Jetzt hineinspukt. Der feinsinnige Fisher vernahm ihr Raunen in den Klängen Joy Divisions, obskuren Untergrund-Elektroprojekten, der Arbeit des Regisseurs Christopher Nolan und filmischen Meditationen über die menschenleere englische Küstenlandschaft.

Im 2017 kurz nach Fishers Suizid erschienenen Langessay *The Weird and the Eerie* wiederum widmet der Autor sich einer scheinbar ganz entlegenen, bei näherem Hinsehen aber um so intimeren Studie eines wesentlichen Aspekts der *Conditio humana:* der Urfaszination des Seltsamen, der »Außenseite« *(the Outside)* jenseits gewöhnlicher Wahrnehmung und Erfahrung. Der Autor geht dabei unter anderem auch von Sigmund Freuds bekanntem Aufsatz *Das Unheimliche* von 1919 aus, in dem »unheimlich« von seinen Gegensätzen »heimlich/heimelig« her als eine Verdrängung oder Entstellung des Bekannten definiert wird – Vertrautes kann seltsam wirken, Seltsames vertraut. Die Möglichkeit eines gänzlich Unvertrauten wird dabei jedoch gar nicht erst angeschnitten, was Kritiker zu der spitzen Bemerkung veranlaßt hat, daß demnach die Psychoanalyse selbst »unheimliche« Literatur hervorbringe, weil sie sich um die Beschreibung äußerer Phänomene bemühe, diese Außenseite aber gleichzeitig nicht anerkennen könne, ohne ihre Definitionsmacht einzubüßen. In die gleiche Richtung zielt die Kritik, wonach Freuds Essay, dessen Aufhänger die Erzählung *Der Sandmann* von E.T.A. Hoffmann ist, selbst wie eine (Meta-)Erzählung konstruiert sei, mit Freud als unzuverlässigem Erzähler. Fisher seinerseits geht es mit seiner Erörterung des »Seltsamen« und des »Gespenstischen« statt dessen um eine neuerliche Einbeziehung der durch die Säkularisierung als Betrachtungsgegenstand unpopulär gewordenen »Außenseite«, weshalb er auch Freuds letztlichen Lösungsvorschlag verwirft, wonach sich ein »unheimliches« Empfinden auf Kastrationsangst reduzieren ließe.

»Heute wissen wir natürlich, daß die Revolution nicht stattgefunden hat. Aber die materiellen Bedingungen für eine solche Revolution stehen im 21. Jahrhundert eher bereit, als es 1977 der Fall war. Was sich seither bis zur Unkenntlichkeit gewandelt hat, ist die existentielle und emotionale Atmosphäre.«

Mark Fisher: »Acid Communism (Unfinished Introduction)«, in: ders.: *k-punk. The Collected and Unpublished Writings of Mark Fisher (2004–2016),* London 2018.

*Weird* und *eerie* funktionierten in Gegenrichtung zu *unheimlich* (da Fisher das englische Wort *uncanny* als Fehlübersetzung ansah, verwendete er im Werk durchgängig das deutsche Adjektiv) und erlaubten es so, einen Blick auf die Innenseite – also unsere alltägliche Realität – durch die Augen der Außenseite zu werfen. Das Seltsame *(the Weird)* ist demnach »das, was nicht dazugehört«, das ganz Fremde, das unvermittelt in

einer Umgebung erscheint, in die es nicht einmal als deren Gegenteil einpaßbar ist. Während das Seltsame also den Zusammenhang in Frage stellt, scheint das Gespenstische *(the Eerie)* Handlungsfähigkeit und Absicht zu unterminieren: Es steckt Fisher zufolge in den Fragen »Warum ist hier etwas, obwohl hier nichts sein sollte?« und »Warum ist hier nichts, obwohl hier etwas sein sollte?«, Fragen, die sich nicht nur auf die Psychoanalyse erstrecken – wenn wir nicht sind, wer wir zu sein glauben, wer sind wir dann in Wahrheit? –, sondern auch auf die kapitalistische Gesellschaft. Denn Kapital akkumuliert sich selbst, die Verwertung des Werts vollzieht sich auch ohne dezidiertes praktisches Zutun, und hat doch so viel mehr Einfluß auf alle Lebensbereiche als jede materielle Größe. Den spezifischen Reiz, den beide Ungewöhnlichkeiten haben können, führt Fisher auf die immerhin möglichen positiven Konsequenzen des Einbruchs der *Outside* in die gewohnten Sinnzusammenhänge zurück: Das fremdartige Seltsame könne auch das genuin Neue sein, dessen Auftreten den Beginn der Ablösung einer überholten und lebensunfähig gewordenen Ära mit ihren Narrativen markiere. Und die Spuren des Gespenstischen deuteten stets auf etwas hin, das uns beeinflußt, wenngleich wir es (noch) nicht erkennen oder benennen können – eine Aussicht, die durchaus Trost zu spenden vermag, wenn die profane Realität als bedrückend empfunden wird, was Fisher selbst ja nur allzu vertraut war. Unter Rückgriff auf diverse Schriftsteller und visuelle Künstler mit »unheimlichen« Tendenzen, von Lovecraft und Wells über Fassbinder und Lynch bis hin zu Nolan, Kubrick und Tarkowski, geht Fisher den verbindenden Linien des in die oder aus der Welt Gefallenen nach und schließt – im Zusammenhang mit Joan Lindsays *Picknick am Valentinstag* – mit der hintersinnigen Feststellung, daß eine »gespenstische Ruhe« *(eerie calm)* als Anzeichen des eindringenden Äußeren sich dort einstelle, »wo immer vertraute Leidenschaften überwunden werden können«. Beispielsweise die der allgegenwärtigen Konsummentalität im Spätkapitalismus?

»Change your name to ›New‹
Forget the fucking ›Labour‹«,
Manic Street Preachers – »Socialist Serenade«
(Anklage der Neuausrichtung der britischen Arbeiterpartei, »New Labour«, in den 1990ern – Randgruppenpolitik für den linken Parteiflügel bei gleichzeitigem Einschwenken auf neoliberalen Wirtschaftskurs).

Erst unlängst, im Januar 2021, erschienen die letzten Vorlesungen, gehalten am zur Londoner Universität gehörenden Goldsmiths College, von Ende 2016, also kurz vor Fishers Suizid. Zusammengestellt, herausgegeben und kommentiert von Fishers rührigstem Schüler, Matt Colquhoun (der seine eigene publizistische Arbeit als Versuch der Traumabewältigung nach dem Suizid des Kulturtheoretikers aufnahm), versammelt viele intime und überraschend witzige Betrachtungen Fishers zur Zeit und ihren Absonderlichkeiten – einschließlich bemerkenswerter Eingeständnisse (»Herrje, eigentlich habe ich überhaupt keine Ahnung von Wirtschaft … (lacht)«) des Protokollierten und eines sehr lehrreichen Vorworts des Herausgebers.

Was also bleibt vier Jahre nach seinem Suizid von Fishers Denken? Seine wesentlichen Schriften sind schon übersetzt, allerdings in mäßiger Qualität, weshalb hier ausschließlich die englischsprachigen Originale konsultiert wurden (eine besondere Frechheit ist die freimütig zusammengekürzte deutsche »Lizenzausgabe« der Artikelsammlung *k-punk,* in der einige der wichtigsten Texte fehlen). Das Konzept der Hauntologie, unterm Strich der Grundstein seines Denkgebäudes, findet sich jedenfalls heute mehr denn je in der Welt des Kommerzes: Virtuelle Weltflucht-Szenarien wie jenes im Computerspiel »Cyberpunk 2077« kleiden die triste Gegenwart oder eine idealisierte Vergangenheit in ein futuristisches Gewand, bleiben unterm Strich jedoch in den scheinbar alternativlosen Denk- und Handlungsmustern ihrer eigenen Entstehungsumgebung gefangen. Ob Mode, Film oder Musik, man fleddert mit »Remixes«, »Revivals« und »Remakes« ganz offen stilistische Leichen, die oft quasi noch warm sind. Die Popülärkultur ist eine des Autokannibalismus. Fishers *Outside* war und ist der Gegenentwurf zu einem als unerträglich empfundenen Status quo, die Perspektive des bewußt ganz Anderen, das sich nicht um jeden Preis in eine nebulöse Mitte zu drängen versucht. Das mag im besten Sinne radikal heißen, als Radikalismus der Hoffnung, nicht einer kleinmütig-zwanghaften Dauerbetrachtung der Wunden des »beschädigten Lebens«, welcher Fisher Adorno geziehen hat. So läßt sich die anschlußfähige Quintessenz der intensiven Arbeit Fishers vielleicht in der bewußt antinostalgischen Absage an eine Reliquie der alten BRD wie Helmut Schmidt formulieren: Wer Visionen hat, muß nicht zwangsläufig zum Arzt gehen, sondern könnte sich auch gerade durch sie einen chronischen Verlauf ersparen. Der längst zu einem Internetmem gewordene »SadBoiMark« hätte darüber gewiß sachte geschmunzelt. ■


Deutschsprachige Bibliographie:

Mark Fisher: *kapitalistischer realismus ohne alternative? Eine Flugschrift,* Hamburg 2013;

ders.: *Gespenster meines Lebens. Depression, Hauntology und die verlorene Zukunft,* Berlin 2015;

ders.: *Das Seltsame und das Gespenstische,* Berlin 2017;

ders.: *K-punk. Ausgewählte Schriften 2004–2016,* Berlin 2020.

Weiterführende Literatur:

Matt Colquhoun: *Egress. On Mourning, Melancholy and Mark Fisher,* London 2020;

ders. (Hrsg.): *Postcapitalist Desire. Mark Fisher: The Final Lectures,* London 2020;

Jacques Derrida: *Marx' Gespenster. Der verschuldete Staat, die Trauerarbeit und die neue Internationale,* Frankfurt a. M. 2004;

Fredric Jameson: *Postmodernism, or, The Cultural Logic of Late Capitalism,* London, New York 1991;

Philip Mirowski: *Untote leben länger,* Berlin 2019.



# Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit

von Marcel Kehlberg

Der Name war Programm und klang doch wie eine mißglückte Schlagzeile. Die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) war die offensivste Bewegung gegen den stalinistischen Terror in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der anhebenden DDR zu Beginn der fünfziger Jahre. In ihrem Namen waren sowohl ihr Anspruch als auch ihr Dilemma vereint. Kam darin nicht Unvereinbares zusammen?

Bei vielen Deutschen waren die Erinnerungen an diverse Kampfgruppen von Wehrmacht und Waffen-SS noch sehr lebendig. Doch diejenigen, die sich ab 1948 im Westteil Berlins im Namen der Menschlichkeit den Kampf gegen den neuen Totalitarismus auf die Fahnen geschrieben hatten, waren weder kampferprobte Soldaten noch erfahrene Untergrundkämpfer. Diese in der Mehrheit jungen Idealisten sahen sich wie selbstverständlich in der Tradition der Widerstandsgruppen aus der gerade zurückliegenden NS-Diktatur. Sie setzten eine ähnliche Geisteshaltung in der sie umgebenden Gesellschaft voraus, was sich im Nachgang als zu optimistisch herausstellen sollte. Die KgU verzichtete in ihrem Befreiungskampf auf ein metapolitisches Programm ebenso wie auf eine langfristige Strategie und überließ das gutgläubig jenen Kräften, mit denen sie sich verbündet wähnte. Im entstehenden MfS, dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR, erwuchs ihr ein Gegner, der durch die Schule des Untergrunds gegangen war und dessen listigem wie paranoidem Vernichtungswillen sie nichts entgegenzusetzen hatte.

»Sie leisteten gegen die SED hinhaltenden Widerstand und mußten in der Bundesrepublik Deutschland aufklären, informieren, um schließlich als Kalte Krieger bemitleidet oder gar verlacht zu werden«

Gerhard Finn: *Nichtstun ist Mord.*

**Etwas tun: das Entstehen einer NGO**

Berlin war die Frontstadt des Kalten Krieges. Vom Beginn der Besatzungszeit an prallten hier die Systemgegensätze auf engstem Raum aufeinander. Im Schatten der Besatzungsarmeen hatten sich Ohnmacht und Wut angesichts östlicher Ein- und Absperrpolitik bereits Ventile gesucht. Es waren vor allem Westberliner Jugendliche, die immer wieder Grenzsperren und Schilder der SBZ umstürzten oder beschädigten. Dieser Widerstand glich gefährlichen Bubenstreichen – dennoch wurde die jugendliche Triebkraft dahinter bald von der KgU gebündelt.

Der entscheidende Gründungsimpuls kam allerdings von einer anderen Seite. Im Sommer des Jahres 1948 trafen die ersten Entlassenen der sowjetischen Speziallager im Westteil der Stadt ein und wurden von der Parteijugend der demokratischen Parteien und von Studenten betreut. Auf etlichen Veranstaltungen berichteten die ehemaligen Häftlinge von den Zuständen und Mißhandlungen in den Lagern und Zuchthäusern der sowjetischen Militäradministration und ihrer deutschen Helfershelfer. Aus Empörung über das verschwiegene Leid deutscher Landsleute und aus Frust über die Pattsituation der Mächte an der Zonengrenze wurde am 17. Oktober 1948 im überfüllten Titania-Palast im amerikanischen Sektor Steglitz, in der einzigen erhaltenen Versammlungshalle West-Berlins, die

◂ *Rainer Hildebrandt, Gründer und Leiter der »Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit«, hält während einer Kundgebung zum Gedenken an die Opfer des 20. Juli am 22. Juli 1949 in Berlin eine Rede. Im Hintergrund ein überdimensionales F als Symbol für die angestrebte Freiheit in der Sowjetzone.*

Gründung einer »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« ausgerufen. Ihr Motto klang wie ein drohender Appell: Nichtstun ist Mord! (Eine Ironie der Geschichte will es, daß 20 Jahre später wieder Westberliner Studenten eine Konferenz abhalten sollten, dieses Mal den Internationalen Vietnamkongreß, bei welchem das gleiche Motto nun gegen die Westmächte, allen voran die in Ostasien kriegführenden USA, gewendet wurde.)

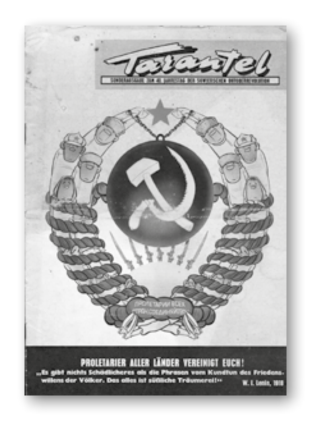
In Rainer Hildebrandt und Ernst Tillich gab sich die Kampfgruppe eine Doppelspitze, die sich in operativen Fragen bald uneins war. Der Hauptinitiator Rainer Hildebrandt (in den ersten Dokumenten des MfS ist von der »Hildebrandt-Gruppe« die Rede) entstammte dem Bildungsbürgertum, war charismatisch, eloquent und feinsinnig. Er sah Gandhis Kampagnen für ein unabhängiges Indien als Vorbild für den deutschen Weg an und wollte die KgU entsprechend aufstellen. Ernst Tillich war Theologe (wie sein berühmter Onkel Paul Tillich) und verstand sich als religiöser Sozialist. Er hatte der Bekennenden Kirche nahegestanden und lehnte Hildebrandts Strategie für Deutschland als irreführend ab. Tillich war in vielem aktivistischer und militanter als sein Mit-Vorsitzender, geradezu exaltiert, aber wie dieser den Anforderungen nicht gewachsen, die die Leitung einer solchen Gruppierung in dieser Situation mit sich brachte. Beide waren sie in der NS-Zeit Verfolgung ausgesetzt gewesen, was dem MfS den propagandistischen Angriff auf ihre Person später erschweren, wenn auch nicht verunmöglichen sollte.

Der Kontakt zu den freigelassenen Insassen der Straflager hatte das erste Tätigkeitsfeld eröffnet, auf dem die Gruppe in der Folgezeit Großes leisten sollte. Die KgU nahm sich mit besonderem Engagement der Opfer an, befragte Flüchtlinge, Deserteure und versuchte praktische Unterstützung, etwa bei der Suche nach Verwandten, nach einer Unterkunft oder in der Bereitstellung von medizinischer Behandlung, anzubieten. Sie sammelte die Namen von Verschleppten und Freigelassenen, legte eine umfangreiche Kartei an, die bei ihrer Auflösung etwa eine Million Verzeichnisse enthielt und dem Roten Kreuz übergeben wurde.

»Sieg im Kleinkrieg bedeutet nicht – oder nicht in jedem Fall – daß der Gegner militärisch geschlagen, immer aber, daß er erschöpft und ausgeblutet, daß er psychisch erledigt ist.«

Friedrich A. Frhr. von der Heydte: *Der moderne Kleinkrieg.*

Parallel zu dieser sozial-karitativen Arbeit wollten die Mitarbeiter der KgU die westdeutsche Öffentlichkeit über die Lage jenseits der Zonengrenze aufklären. So fanden beispielsweise Unterredungen zwischen Tillich und Berlins Oberbürgermeister Ernst Reuter statt, in denen letzterer vehement vor unüberlegtem Aktivismus warnte. Zu ihrem vierjährigen Bestehen entsandte Konrad Adenauer der KgU sogar ein Grußtelegramm. Gleichwohl versuchte die erste westdeutsche Regierung die Gruppe immer wieder unter ihre Kontrolle zu bekommen. Es wurde ihr jede Einmischung in die Innenpolitik untersagt.




Tarantel. Sonderausgabe zum 40. Jahrestag der sowjetischen Oktoberrevolution, *Berlin 1957*.

Mit den ersten Flugblättern, Zeitschriftenausgaben *(Tarantel)* und Vortragsveranstaltungen wuchs auch die Aufmerksamkeit der östlichen Dienststellen. Sie nahm zu, als provokative Aktionen das Repertoire der KgU erweiterten, wie etwa ein Kranz aus Stacheldraht zu Stalins Geburtstag an die Adresse der SED. Ein besonderes Echo löste ihr offener Brief an Thomas Mann aus, in dem Mann aufgefordert wurde, auf seiner Deutschlandreise 1949 nicht den kommunistischen Ostteil durch einen Besuch aufzuwerten.

Auch westliche Geheimdienste waren auf die seltsame Truppe aufmerksam geworden und suchten Kontakt. Daß die KgU eine öffentlich zugängliche Anlaufadresse in Berlin-Nikolassee besaß (das erste Büro hatte sich in Hildebrandts Privatwohnung befunden), zeugte nicht nur von der ihr immer wieder vorgeworfenen Naivität, sondern vor allem davon, daß sich die KgU zwar als Widerstandsbewegung verstand, jedoch nie als Untergrundorganisation. Einer der letzten namhaften Zeitzeugen und Mitkämpfer Gerhard Finn, der 2013 einen ehrenden Nachruf im *Tagesspiegel* erhielt und ein ausgewogenes Werk zur KgU verfaßt hatte, sprach von »demonstrativem Widerstand«.

Die Verstrickung in die nebulöse Geheimdienst-Welt gehört zu den bis heute unaufgeklärten Kapiteln in der Geschichte der Kampfgruppe. In der tendenziösen Historiographie, der die meisten der wenigen Publikationen zur KgU entspringen, wird sie nicht selten zu einem dubiosen Netzwerk von »braun-gebrannten« Spionen und »wilden« Nachrichtenhändlern der frühen Nachkriegszeit degradiert. Der immer wiederkehrende Name des Baltendeutschen Heinrich von zur Mühlen etwa, der im Krieg vor allem als Verbindungsmann des Auswärtigen Amtes bei diversen Stäben, darunter dem OKW, tätig gewesen war (die Wehrmacht kannte er de facto nur

aus Wehrübungen), erweist sich jedoch als wenig ergiebig. Mühlen hatte die KgU bereits 1951 verlassen. Ein angeblicher Insider-Brief aus seiner Feder an das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen wird von Jochen Staadt, der in seiner Sichtung der KgU-Sekundärliteratur viel Spreu vom Weizen trennt, als plumpe Fälschung entlarvt.

Die Spur der westlichen Dienste führt viel eher zum amerikanischen Riesen, der sich besonders ab dem Zeitpunkt der KgU zuwandte, als er von ihr erste Informationen über die Entstehung einer kasernierten Volkspolizei als Tarnung für eine zukünftige Armee erhielt. Geflüchtete hatten dies in den Sprechzimmern der Kampfgruppe berichtet – und da kein »Beichtgeheimnis« vorlag, sah die Gruppe es als ihre Pflicht an, deutsche wie alliierte offizielle Stellen davon in Kenntnis zu setzen. Der deutschstämmige Henry Hecksher, stellvertretender Leiter der Berliner Operationsbasis der CIA, wollte die KgU für sich nutzen. Bald schon galt er als der dritte Leiter der KgU – wenn nicht als ihr erster. Es stellt sich die Frage, inwieweit die KgU unter amerikanischem Einfluß ihre Selbständigkeit einbüßte, vor allem, als ihre Aktionen erste Erfolge in der DDR erzielten, den Gegner empfindlich trafen und riskanter wurden. Ob die immer wieder kolportierte Geschichte von der Einschleusung ehemaliger oder aktiver Beamter der Kriminalpolizei in die KgU auf US-Betreiben zurückging, ist nicht mehr sicher auszumachen.

Geheimdienstkriege sind mit Absicht unübersichtlich. Klarheit soll nur der eigene Dienst erlangen, niemals der Gegner oder der Adressat von Operationen, auch nicht der Freund, geschweige denn Dritte. Diese Welt, in der Zynismus, allseitiges Mißtrauen und Skrupellosigkeit zur zweiten Natur werden, konnte dem anfänglichen Idealismus der Kampfgruppen-Mitglieder nicht zuträglich sein. Daß die KgU unter Angabe der Klarnamen, wenn auch unter dem Cover »Büro Dr. Hoffmann«, bei Ämtern und Versicherungen firmierte, quittierten die CIA-Profis zwar mit Kopfschütteln (unter dem alliierten Hoheitsrecht war eine andere Form der Gründung nicht möglich), beließen es jedoch dabei. Es trat ein, wovor Ernst Reuter gewarnt hatte: Namen und Kontakte der KgU wurden von den Amerikanern genutzt, um im Osten Kundschafter zu gewinnen, welche bei Verhaftung durch die Sicherheitsorgane der DDR immer nur als »KgU-Agenten« in Erscheinung treten würden. Viele wurden so unwissentlich zu Mitarbeitern des US-Geheimdienstes und damit zu »Kanonenfutter« im geheimen Krieg der 1950er Jahre.

Auf der anderen Seite wurden die Aktionen der KgU immer erfolgreicher, so daß das MfS von einer gigantischen Untergrundorganisation ausging. Berühmt wurden die sogenannten F-Aktionen, an denen sich die ostdeutsche Bevölkerung überraschend rege beteiligte. Es sollte an allen möglichen Orten ein großes F aufgemalt werden, als Zeichen für Freiheit und/oder Feindschaft dem System gegenüber, so Ernst Tillich. Tatsächlich hatte die Volkspolizei alle Hände voll zu tun, den Buchstaben vielerorts abzuwaschen oder durch die Buchstaben D und J zu FDJ zu ergänzen. Daneben schickte die KgU gefälschte Briefmarken in Umlauf, die den Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, mit einer Schlinge um den Hals zeigten. In diese Kategorie gehören auch die selbsterstellten Steckbriefe, die besonders üble Schergen öffentlich anprangerten. Gefährlicher für das Regime waren die paßgenauen Fälschungen amtlicher Schreiben der DDR, die von der KgU lanciert wurden und einiges an Chaos in Partei und Wirtschaft anrichteten. Hier wurde eine besonders empfindliche Stelle getroffen.

»Er muß die Lüge nicht akzeptieren. Es reicht, daß er das Leben mit ihr und in ihr akzeptiert. Schon damit nämlich bestätigt er das System, erfüllt es, macht es – er ist das System.«

Václav Havel: *Versuch, in der Wahrheit zu leben.*

Gerhard Finn spricht in seinen Erinnerungen auch das heikle Kapitel der Bewaffnung an, das der KgU nicht nur in der DDR-Propaganda, sondern auch in der heutigen, auf links gedrehten Geschichtsforschung wie ein Stigma anhaftet. Tatsächlich wurden sogenannte Reifentöter, das waren gebogene Stahlhaken, gegen sowjetische Militärfahrzeuge eingesetzt und »zumindest Experimente mit kleinen Brandsätzen« (Finn) gemacht. Nicht in jede Planung war die KgU-Führung involviert, nicht alles fand ihre Billigung. Nicht ein einziger ernstzunehmender Anschlag wurde von der KgU zeit ihres Bestehens verübt. Und längst nicht alle, die sich bei der KgU vorstellten oder in ihrem Namen losschlugen, standen unter ihrer Kontrolle. Sie war eben keine Untergrundorganisation mit straffer Hierarchie und Befehlskette. Ihre Mitglieder waren keine litauischen Waldbrüder, keine ukrainischen oder rumänischen Partisanen. Diese Tradition gab es in Deutschland nicht.

Gleichwohl waren die Behörden der DDR alarmiert. Der erste Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser (ein Gegner Ulbrichts), gab den Befehl zum Gegenschlag. Daraufhin wurde unter dem Decknamen »Karo« alles über die KgU erfaßt, ausgewertet und bei Eignung ins Feld geführt. Die operative Aufsicht hatte der kommende Mann im Sicherheitsapparat der DDR, der damalige Staatssekretär Erich Mielke. Eine erste Verhaftungswelle Ende 1951 (Affäre Walter) führte zu 200 Festnahmen und in der Folge zu 40 Hinrichtungen. Aus der anfänglichen »MfS-Psychose« (Finn) wurde mit der Zeit ein kühler Wille zur Vernichtung, der dem MfS überdies einen gehörigen Professionalisierungsschub einbrachte. Erst durch die Kampagnen gegen die KgU wurde das MfS zu jener unerbittlichen Überwachungs- und Zersetzungskrake, die ihren Ruf für die kommenden Jahrzehnte begründete.

Den Unruheherd, der sich schließlich zum Volksaufstand des 17. Juni 1953 entwickeln sollte, hatte sie bei all dem glatt übersehen.

**Goliath schlägt um sich**

Der Volksaufstand des 17. Juni, der das Regime in seiner Wucht an den Rand des Zusammenbruchs brachte, ging nicht unmittelbar auf KgU-Einwirkung zurück. Es war die Elite des Sozialismus, die Bauarbeiter der Stalinallee und weiterer Baustellen, die in Streikkomitees gegen die völlig jenseitigen Normerhöhungen protestierten sowie bald gegen das Zwangssystem als Ganzes auf die Straße gingen. Es war dieser spontane Aufstand, der nur von sowjetischen Panzern erstickt werden konnte, der das MfS endgültig aufrüttelte.

Der neue Chef der Staatssicherheit, Ernst Wollweber, der den glücklosen Zaisser ablöste, besann sich auf seine Untergrund-Ausbildung an der Lenin-Schule in Moskau und schwor den Apparat gemäß eines Politbüro-Beschlusses vom September 1953 auf eine Offensive gegen Westdeutschland ein. Zugleich sorgte er mit der »Gnadenlosigkeit des Parteisoldaten« (Karl Wilhelm Fricke) für eine straffe Disziplinierung nach innen und brachte Aufklärung und Abwehr organisatorisch unter einen Hut. In den folgenden Kampagnen des MfS ging Repression mit ausgeklügelter Propaganda einher. Es begann eine Ära der Schauprozesse, an deren Ende stets lange Haftstrafen und nicht wenige Todesurteile standen. Letztere waren in den »Drehbüchern« für solche Prozesse bereits vor Beginn festgeschrieben. Je spektakulärer die Anklagen, etwa im Fall des Kraftfahrers Burianek oder des Lehrers Benkowitz, die eher am Rande mit der KgU zu tun hatten, die jedoch beide zu Top-Terroristen hochgeschrieben wurden, desto größer die Propaganda-Wirkung.

Nun rächte sich die relative Sichtbarkeit der KgU, da sich immer mehr V-Leute der Staatssicherheit unter die Ratsuchenden mischten, die in ihrem Westberliner Büro erschienen. Das Umfeld der Hauptakteure wurde aufgeklärt, das Intimleben durchleuchtet, Adressen ausfindig gemacht und Infiltration in die Gruppe versucht. Gleichzeitig wandte sich das MfS verdeckt an die westdeutsche Presse mit der Absicht, die KgU in der bundesdeutschen Öffentlichkeit zu verleumden. Der »Sensationscharakter« (Staadt) von Exklusivzugängen zu vermeintlichen Aussteigern aus der »Terrorgruppe« KgU, die in Wahrheit vom MfS präpariert wurden, lockte West-Journalisten des *Spiegel,* des *Stern* u.a. in die Fallen der Desinformation. Auch auf arrangierten Pressekonferenzen wurden angeblich reuige Ex-Mitglieder der »verbrecherischen« KgU der Öffentlichkeit vorgestellt.

Ein in der einschlägigen Literatur immer wieder hervorgehobener Fall ist der des angeblich aus der KgU ausgeschiedenen Hanfried Hiecke. Er ist der »Held« der MfS-Broschüre *Deckname Walter* von 1953, in der die Bürger der DDR wort- und bildreich vor der gemeingefährlichen, US-geführten »Terrorgruppe« KgU gewarnt werden. Hiecke, der eigentlich Johannes-Siegfried Hiecke hieß und unbehelligt in Berlin lebte, soll aktiv zu der ersten großen Verhaftungswelle beigetragen haben, die 40 Menschenleben kostete. In der westdeutschen Öffentlichkeit verfing die Medienstrategie des MfS. Hier hatte die KgU bald mehr Gegner als im Osten, wo ihr Ruf trotz Dauer-Propaganda nicht sehr gelitten hatte. Bereits lange zuvor äußerten manche Prominente, wie etwa der bekannte Pastor Martin Niemöller, vernichtende Kritik gegenüber der KgU. Ihre Art, Widerstand zu leisten, wurde von Niemöller als verbrecherisch hingestellt, da durch ihre dilettantischen Aktionen viele unschuldige Menschen ums Leben gekommen

seien. Im Gegenzug warf die KgU der einstigen Galionsfigur der Bekennenden Kirche heimliche Sympathien für den Kommunismus oder zumindest naive Unterschätzung seiner Gefährlichkeit vor. Klaus Röhls und Ulrike Meinhoffs Zeitschrift *konkret* widmete der KgU noch 1969 eine Ohrfeige.

Intern zerstritten, von außen verleumdet und schließlich von allen Seiten fallengelassen, wurde die KgU 1959 aufgelöst und verschwand aus dem Gedächtnis.

**Lang lebt der Feind! Feindbilder und Feindberührung**

Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit gehört zu den Legenden des Kalten Krieges. Doch anders als die geheimnisumwitterten Stay-behind-Netzwerke ist die KgU besser dokumentiert. Mit ihr verbinden sich Gesichter, Namen und Schicksale. In der bundesdeutschen Gesellschaft kaum bekannt, erwacht die KgU in Fachkreisen immer wieder zu einem unruhigen Nachleben, vor allem, was ihre ideologische Einordnung betrifft.

Jüngster Stein des Anstoßes war das in der Konsens-Presse als neues Standardwerk (Rezension in der *Süddeutschen Zeitung* 2015) gepriesene Buch von Enrico Heitzer, der eine kaum verhohlene Nähe zur Amadeu-Antonio-Stiftung erkennen läßt und die KgU als mächtige, halbstaatlichen Gruppe von ehemaligen NS-Sympathisanten bewertet. Sein Antipode auf diesem Gebiet, der Politikwissenschaftler Jochen Staadt, weist in einer mehrteiligen Erwiderung auf Heitzer dessen handwerkliche Fehler nach und sieht Heitzers Forschungsbeiträge rund um die KgU als Versuch an, sie »in die Nazi-Tonne zu treten« (Staadt). Der Wahrheit näher gelangt man wohl eher mit Staadts Feststellung: »Die braunen Wurzeln lagen wohl kaum tiefer als in der übrigen Gesellschaft«.

Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit griff die DDR direkt an. Sie setzte auf Aktionsformen, die nach ihr die 68er in entgegengesetzter Richtung vervollkommnen sollten. Dabei geriet sie zwischen große und kleine Mahlsteine und mußte ihren Mut zur Dreistigkeit teuer bezahlen. In ihrem Selbstverständnis als Kampfgruppe brachte die KgU unmißverständlich zum Ausdruck, daß sie sich als im Krieg befindlich betrachtete. Trotz ihrer metapolitischen und operativen Fahrlässigkeit wußte sie, wie sehr der Marxismus auf Bewußtseinsbildung setzte und daß er dort angegriffen werden mußte. Ihr Widerstand sollte wachrütteln. Gleichzeitig erwies sich das sozialistische System als totalitärer Bürokratismus, der seine Gesellschaft lükkenlos zu erfassen begann und der kaum noch »weiße Flecken« als Basis für Gegenaktionen übrigließ. In den Schlichen des Untergrunds versiert, machte dieses System die Schwachstellen seiner Gegner aus und drehte den Spieß kurzerhand um. Die KgU verlor ihr Hinterland. Mit dem Bau der Mauer verschwand der Westen vollends als Rückzugs- und »Aufmarschgebiet«.

Konnte ein Widerstand nach Art der KgU überhaupt noch glücken, könnte er es heute, unter veränderten Bedingungen und gegen einen »smarten Feind«? Abgesehen davon, daß echter, beherzter Widerstand sich nie nur nach Erfolgsaussichten richtet, gilt: Jedes Zeitalter hat seine Art des Krieges, seine Feinde und findet seine Soldaten. Die Lückenlosigkeit staatlicher Einkesselung hat dank der digitalen Weltrevolution Ausmaße erreicht, die jeden Ansatz zu frustrieren scheinen. Ähnlich niederschmetternde Ausmaße hat der Grad an westeuropäischer Überalterung erreicht, die jeden vorgetragenen Angriff zu einem sozial isolierten Hasardeurstück werden läßt. So wenig planbar Geschichte ist, so planvoll muß aber das Unerwartete einberechnet werden. Die KgU hatte den Aufstand des 17. Juni nicht vorhergesehen und dennoch auf ihn hingearbeitet, ohne sich dessen bewußt zu sein. Sie band Kräfte und Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden und gab eine Lücke frei. Es rächte sich, daß der im Untergrund groß gewordene Sozialismus sich nie der Paranoia entledigen konnte, die ein fortwährendes Leben im Untergrund der Psyche antut. Der Tunnelblick war der Horizont des Systems.

In unserer Lebenswelt scheint sich eine postmoderne Elite unter Einbeziehung von Versatzstücken der 68er mit Repressionsformen anzufreunden, die dem Stalinismus nahekommen. Diese Lebenswelt ist aber eine Welt der Enklaven geworden, die sich allesamt feindlich gegenüberstehen. Auch der Staat selbst ist zur Enklave geworden, der trotz digitaler Herrschaftskontrolle mehr weiße Flecken übrigläßt, als allgemein angenommen wird. In unserer Enklave müßte gelten, sich gleichsam generalstabsmäßig auf das vorzubereiten, auf das man sich nicht vorbereiten kann. ■


Literaturhinweise:

*Deckname Walter. Enthüllungen des ehemaligen Mitarbeiters der sogenannten »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit«, Hanfried Hiecke,* Berlin 1953;

Gerhard Finn: *Nichtstun ist Mord. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit KgU,* Bad Münstereifel 2000;

Karl Wilhelm Fricke, Roger Engelmann: *Konzentrierte Schläge. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956,* Berlin 1998;

Enrico Heitzer: *Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959,* Köln, Weimar, Wien 2015;

Ilko-Sascha Kowalczuk: *Stasi konkret. Überwachung und Repression in der DDR,* München 2013;

Jochen Staadt: »Ein Historikerreinfall. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit – Desinformation macht Geschichte«, in: ZdF 33/2013.

# Ungarns politisches Minimum

von Márton Békés

Übersetzung von Zsuzsanna Hárshegyi und Jörg Seidel.

Der tausendjährige Staat Ungarn hat nach jahrhundertelangem Ringen 1989/90 seine Unabhängigkeit wiedererlangt – seine Souveränität hat er jedoch erst im vorigen Jahrzehnt zurückgewonnen. Denn vom Jahre 2010 an hat Ungarn nicht nur den – von postkommunistisch-liberalen Kräften unterbrochenen (2002–2010) und rückgängig gemachten – Regimewechsel abgeschlossen, es hat auch die politischen Grundlagen eines neuen nationalen politischen Ordnungsrahmens gelegt. Das könnte der Ausgangspunkt einer konservativen Kulturepoche sein, die nach der Bündelung der heimischen nationalen, rechten Kräfte – nach dem Muster eines in den See geworfenen Steins – genügend Attraktivität besäße, um weitere Kreise von Allianzen zu bilden. Am Ende dieses Prozesses wäre die Entstehung eines mitteleuropäischen Nationalblocks denkbar, der die Staaten und Regionen des Karpatenbeckens, Mitteleuropas und des sich dorthin gravitierenden Westbalkans sowie Ostdeutschland und Norditalien umfassen würde. Mit anderen Worten: eine moderne, auf dem »Recht der jungen Völker« (Arthur Moeller van den Bruck) basierende Allianz.

Die begrenzte Souveränität des Königreichs Ungarn – seine fast vollständige Zerstörung, seine Aufteilung in drei Territorien, seine Eingliederung ins osmanische bzw. österreichische Reich, schließlich die indirekt ausgeübte Kontrolle durch Wien – währte insgesamt dreihundert Jahre lang (1541–1848), worauf das fünfzigjährige System der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie (1867–1918) mit ihrer eigenen, auf Kompromissen basierenden Praxis der Souveränitätsübertragung folgte. Ungarn besaß insgesamt nur während eines Drittels des 20. Jahrhunderts seine volle Souveränität: Von 1920 bis 1944 existierte die Unabhängigkeit des Staates, dessen Territorium aber durch den Raubfrieden von Trianon verstümmelt worden war. Am Ende des Zweiten Weltkrieges erlitt Ungarn eine nationalsozialistische und sowjetische Doppelbesetzung; das Land blieb bis 1991 (!) von sowjetischen Truppen besetzt.

»Es gab hier (in Ungarn) alle möglichen Versuche: konstitutionelle Monarchie, Volksrepublik und auch kommunistische Räterepublik. Vor hundert Jahren hätte der Ministerpräsident seiner Zuhörerschaft nur verkünden können, daß sich keine Variante bewährt hat. Ja wir waren sogar derart tief gesunken, daß unsere Feinde ihre Pferde auf den Straßen Budapests nach Belieben tänzeln ließen.«

Viktor Orbán: »Rede zur Lage der Nation«, Budapest 2020.

Mit dem Machtwechsel von 1989/90 kam Ungarn endlich in den Genuß der vollen staatlichen Unabhängigkeit, allerdings wurde dieser erst 2010 ein Programm zur Entfaltung der nationalen Unabhängigkeit zur Seite gestellt. Im letzten Jahrzehnt konnte Ungarn trotz der Souveränitätsdelegierung an die Europäische Union auf mehreren Gebieten Erfolge erzielen. In der Orbán-Dekade (20–2020) wurde im Vergleich zur vorherigen linksliberalen Regierung folgendes erreicht: Reduzierung der Staatsverschuldung (von 77 auf 65 Prozent), Steigerung der Beschäftigungsquote (von knapp der Hälfte auf nahezu zwei Drittel der Erwerbsfähigen), Anstieg der Eheschließungen (um mehr als das Anderthalbfache), Steigerung der Geburtenrate (von 1,3 auf fast 1,5), Verdoppelung des Mindestlohns, Zuwachs des Pro-Kopf-BIP um 130 Prozent. Darüber hinaus unternahm die Orbán-Regierung wichtige Schritte zur Stärkung der Selbstbestimmung, wie den Rauswurf des Internationalen Währungsfonds (IWF), die Besteuerung von Banken, Medienkonzernen sowie von multinationalen

und Telekommunikations-Unternehmen, die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft für außerhalb der Landesgrenze lebende Ungarn, den Rückkauf zuvor privatisierter Infrastruktur und schließlich die aktive Entwicklung der Streitkräfte.

Die Orbán-Regierung hat 2010, 2014 und 2018 die Parlamentswahl in Ungarn jeweils mit einer Zweidrittelmehrheit gewonnen, was die ausreichende Legitimation für eine stabile und pragmatische, gleichwohl weltanschaulich orientierte Regierung sicherte. Dazu gehören 2011 das Inkrafttreten einer neuen Verfassung (bis dahin war das immer wieder geflickte Grundgesetz des sowjetischen Typs von 1949 in Kraft), der Ausbau der Grenzsicherung 2015, um illegale Migranten aufzuhalten, die Revitalisierung der Visegrád-Gruppe und die Konfrontation mit den politischen Angriffen aus Brüssel. Außerdem wurden die NGO-Netzwerke und die Universität von George Soros (Central European University) gezwungen, die einheimischen Gesetze einzuhalten.

Die Verfassung von Ungarn legt nunmehr fest: »Wir erkennen die Rolle des Christentums bei der Erhaltung der Nation an«, und verkündet, »daß der wichtigste Rahmen unseres Zusammenlebens Familie und Nation sind«, ferner, »daß die Arbeit die Grundlage der gemeinschaftlichen Kraft und der Ehre des Menschen ist« und »daß die Ehe ein Bündnis zwischen Mann und Frau ist; der Vater ist ein Mann, die Mutter eine Frau«.

Die seit 2010 verantwortliche Nationalregierung fügt sich in drei langfristige internationale Entwicklungstendenzen ein, welche die jetzige Epoche zu einem Ende führen:

1. Der Zerfallsprozeß der neoliberalen Globalisierung, der, von der Weltwirtschaftskrise 2008 ausgehend, bis zur Corona-Pandemie 2020 stetig offenbarer wurde.
2. Die Wandlung der (post-bipolaren) Weltordnung nach dem Kalten Krieg, die eine Neuverteilung der internationalen Kräfteverhältnisse mit sich brachte (Brexit, Präsidentschaft Trumps, populistische Strömungen, Chinas Aufstieg).
3. Der Untergang des sogenannten amerikanischen Jahrhunderts, des *American Century* (1917 bis 2017), welches als Folge des Ersten Weltkrieges entstanden war.

»Der Schlüssel für den Aufstieg ist also die Wiederherstellung der nationalen Selbstachtung. Deshalb haben wir 2010 das Ziel gesetzt, uns selbst und natürlich auch der Welt zu beweisen, daß wir noch immer jemand sind. Wir sind nicht jenes, mit seinem Hut nervös in der Hand spielende, um Kredite des IWF und EU-Gelder bettelnde, Hilfe von anderen erwartende Volk, als das wir gerade erschienen. Das Programm war einfach: Zeigen wir, wer wir wirklich sind. Zeigen wir, daß wir die Ungarn sind.«

Viktor Orbán: »Rede zur Lage der Nation«, Budapest 2020.

Viele der europäischen politischen Prozesse der 2010er Jahre lassen sich auf diesen Wandel im Weltsystem zurückführen. Dieser politische »Epochenwechsel« (Rolf Peter Sieferle) nimmt zunehmend die Dimensionen eines Krieges zwischen zwei gegnerischen Kräften an: Auf der einen Seite stehen die Vertreter der globalen alten Ordnung, auf der anderen die Repräsentanten der neuen nationalen Kräfte.

In den dreißig Jahren zwischen 1990 und 2020 kamen in der ungarischen Innenpolitik drei große Bruchlinien zur Geltung. Die Hauptbruchlinie entstand in der Periode ab 1990, nach den ersten freien Wahlen, bis zum Regierungswechsel 1994. Sie verlief zwischen den Profiteuren des kommunistischen Regimes und den heterogenen antikommunistischen Kräften (Zentristen, Kleinbauernpartei, Christdemokraten, Liberale, Konservative, Völkisch-Nationale). Nachdem die Sozialistische Partei und die Freien Demokraten 1994 eine Koalition gebildet hatten, wurde diese Spaltung zunehmend durch einen Konflikt zwischen der Linken und der Rechten ersetzt. In Wirklichkeit bedeutete die sozialistische-freidemokratische Koalition eine Linksallianz zwischen der postkommunistischen politisch-wirtschaftlichen Elite und den liberal-kosmopolitischen Intellektuellen.

Auf der anderen Seite erstarkte sukzessive die von Viktor Orbán geführte Fidesz-Partei (Bund Junger Demokraten), die sich aus einer anfänglich jungradikalen Partei zur nationalliberalen (1993) und später (1996) zur bürgerlichen Rechtspartei entwickelte. Von 1998 bis 2002 regierte Fidesz gemeinsam mit der Kleinbauernpartei und den Christdemokraten. 2002 kehrten die postkommunistischen Sozialliberalen zurück und wurden schließlich 2010 von der Allianz aus Fidesz und der KDNP (Christlich-Demokratische Volkspartei) abgelöst. Ab 2006 wurde die ursprünglich nationalradikale Partei Jobbik zunehmend stärker (Jobbik bedeutet auf ungarisch nicht nur »rechts«, sondern auch »der Richtigere« oder »der Bessere«).

Im Jahr 2010 kam die Parteiallianz aus Fidesz und KDNP an die Macht, die fast ein Jahrzehnt die dreiteilige parlamentarische politische

Ebene dominierte. Im Zentrum stand die rechtsnationale-nationalkonservative Regierungspartei, links von ihr die kleineren linksliberalen und grünen Fraktionen, und am Rechtsaußenrand blieb Jobbik. Diese komfortable Situation hielt bis 2019 an. Doch bereits während der Parlamentswahlen 2018 näherte sich Jobbik dem linksliberal-grünen Pol an, und bei den Kommunalwahlen 2019 unterstützten diese Kräfte gegenseitig ihre jeweiligen Kandidaten. Zum Jahreswechsel 2020/2021 formierte die Opposition eine neue Koalition, die aus sechs Parteien besteht. Der Preis dafür war, daß Jobbik im Verlauf des letzten halben Jahrzehnts allmählich das natio-



nale Programm vollständig aufgab und zur Kleinpartei mutierte – letztlich entpuppt sich Jobbik als Hilfswilliger der vereinigten Linken.

Seit 2019 herrscht in Ungarn also eine neue politische Situation: Die Bruchlinie verläuft nun zwischen den nationalen und den internationalen Kräften. Auf der nationalen Seite findet man als Nachfolger des antikommunistischen, rechten Pols die regierende Orbán-Partei; auf der internationalen Seite sieht man ein Sammelsurium von ideologisch heterogenen Parteien, die, obschon sie verschiedene Namen tragen, tatsächlich eine Art internationale Quasi-Einheitspartei bilden. Ihre Mitglieder unterscheiden sich insofern, als sie verschiedenen Kapitalfraktionen zugehören. In dieser Regenbogenkoalition vertreten Altlinke den Internationalismus, Neulinke den Kosmopolitismus, die (Neo)Liberalen sind Globalisten, die Grünen und selbst Jobbik interessieren sich nicht für die nationale Interessenvertretung.

»Ich, der ich seit mehr als dreißig Jahren das Gewerbe in der Politik betreibe, habe mit eigenen Augen gesehen, wie George Soros dreimal versucht hat, Ungarn zu plündern. Zunächst zu Beginn der neunziger Jahre, als er die gesamten Staatsschulden aufkaufen wollte. Die gesamte ungarische Staatsverschuldung in einer Hand, das Schicksal jedes Ungarn in der Hand von George Soros.«

Viktor Orbán: »Rede zur Lage der Nation«, Budapest 2020.

Die gesellschaftliche breite Unterstützung der nationalen Kräfte gleicht einem nationalen »historischen Block« (Antonio Gramsci). Unter ihnen finden sich Vertreter verschiedener sozialer Schichten, Menschen, die von realen Löhnen und Gehältern leben, Rentner und diejenigen, die auf dem Land, in den Kleinstädten und in den Wohnsiedlungen leben. Wie in Europa ist es auch in Ungarn typisch, daß die Großstadtmenschen in den Metropolen, die urban-liberale Oberschicht, sich multikulturell orientieren.

Von 1945 bis 2010 herrschte in Ungarn eine »progressive« Epoche, deren ersten 45 Jahre (1945–1989) aus einer direkten, sich auf Gewalt stützenden kommunistischen Diktatur bestanden. Die letzten zwanzig Jahre (1990–2010) waren hingegen ein postkommunistisches System, in dem die Rechten zwar die *Macht* zweimal ergreifen konnten, die *Herrschaft* jedoch stets im Besitz der linksdominierten Kräfte blieb.

In diesen zwei Jahrzehnten ging es nicht nur darum, daß die wirtschaftliche und politische Elite ihre Schlüsselpositionen, die sie in der Diktatur gesichert hatte, erfolgreich hinüberrettete, sondern auch, daß die liberale Intelligenz und die Medienelite im weitgefassten kulturellen Bereich dank ihrer indirekten Macht das Monopol auf Deutung, Erklärung und Geschichtserzählung in ihren Händen behielten. Eben aus diesem Grund erleben wir gegenwärtig auch in Ungarn einen harten Kulturkampf zwischen den »individualistisch-universalistischen« und den »kollektivistisch-partikularistischen« Grundorientierungen (Lothar Fritze).

Eine der wichtigsten Komponenten der kulturellen Hegemonie ist die »Herrschaft durch Sprache« (Helmut Schelsky), die in Ungarn bis vor kurzem ausschließlich im Besitz der neomarxistischen Kreise war, die sich wiederum Ende der 1960er Jahre gebildet hatten. Die zentrale Figur war der aktiv mit der Diktatur zusammenarbeitende Georg Lukács (1885–1971), dessen Jünger mehr als ein halbes Jahrhundert lang über die Zusammensetzung der ungarischen neuen Linken und der kritischen Intelligenz entschieden. Sie sind die ungarischen 68er, die in ihrem Denken enge Verwandte der Frankfurter Schule darstellen.

Trotz der »Wende« hat also die postkommunistisch-liberale Allianz nach 1989/90 jegliche Art von Kapital unter Kontrolle gehalten: Während das politische und wirtschaftliche Kapital von den ehemaligen (?) Kommunisten kontrolliert wurde, machte sich die liberale Intelligenz das »kulturelle Kapital« (Pierre Bourdieu) zu eigen. Darüber hinaus arbeiteten sie eng mit jenen externen Mächten zusammen (EU, IWF, USA), die Ungarn nicht nur mit Hilfe der Privatisierung und einer neoliberalen Schocktherapie, sondern auch durch die machtvolle Zusammenarbeit mit der linksliberal orientierten »Kompradorenbourgeoisie« (Nicos Poulantzas) gleichsam in einer Art neokolonialer Abhängigkeit hielten.

Die *politische* Wende von 2010 erfordert daher weiterhin die Durchsetzung einer *kulturellen* Wende, die neben der gesellschaftlichen Mehrheit auch »die ideologische Mehrheit« (Alain de Benoist) erringen kann. Aus diesem Grund ist die metapolitische Mobilmachung die dringlichste Aufgabe der ungarischen Rechten, die im indirekten Kampf der politischen Auseinandersetzungen ein breites Waffenarsenal einsetzen muß, damit neben der politischen auch die kulturelle Macht in ihren Händen bleibe.

Wir leben nun in einer »Welt ohne Weltordnung« (Mária Schmidt), in der die postmoderne Kriegführung charakteristisch geworden ist und in der es keine klare Unterscheidung zwischen Krieg und Frieden, Soldaten und Zivilisten, Medienberichterstattungen und echten bewaffneten Interventionen gibt. Eine Methode ist die hybride Kriegführung, zu der die mittels Geheimdiensten operativ zustande gekommenen bunten Revolutionen, das Erlangen der Informationshoheit (Big Tech) und die Praxis des Exports weicher Demokratien durch den amerikanischen Staat gehören.

Die rechtsgerichtete Regierung, die seit zehn Jahren im Amt ist, ihre kraftvolle Selbstbehauptung in Europa, der hiesige Mangel an politischer Korrektheit, die Migrationsabwehr, die ethnisch-religiöse Homogenität und der kulturelle Konservatismus sind sämtlich Gründe dafür, daß Ungarn unter den europäischen Konservativen oft als Vorbild angesehen wird. Ungarn ist in der Tat zu einem Modell geworden, das sich durch folgendes auszeichnet: einen souveränen Staat, nationale Selbstbestimmung, innenpolitische Stabilität, expandierende Wirtschaft und wachsenden Handlungsspielraum in der Außenpolitik.

Ungarn braucht jedoch Partner, denn seine Probleme sind europäische Probleme, die Herausforderungen, denen es gegenübersteht, sind die aller europäischen Völker. Die größten europäischen Herausforderungen unserer Zeit sind das Erzwingen »offener Gesellschaften«, die staatlichen und nichtstaatlichen amerikanischen – und sonstigen nichteuropäischen – Hegemoniebestrebungen, die Masseneinwanderung Fremder nach Europa, die Durchsetzung globaler Kapitalinteressen und die zu starke Wucherung der EU-Bürokratie – sie alle bedrohen die Werte und die Interessen der Einheimischen des Kontinents.

Vor uns stehen »Jahre der Entscheidung« (Oswald Spengler). In Ungarn gibt es ein Sprichwort: Jeder Ungar ist für jeden Ungarn verantwortlich. Lassen Sie uns dies erweitern und sagen: Jede Nation ist für Europa verantwortlich. ■

»Wir lassen uns nicht mehr durch alle möglichen liberalen Volksmärchen täuschen, in denen es um den sich selbst regulierenden Markt, den guten Kapitalismus, die Europäische Union und die schöne globale Weltordnung geht. Wir leben auf unsere Weise, nach unseren Regeln und auf Grund unserer Entscheidungen. Unsere Nation weiß: Ungarn steht an erster Stelle. Wer das in Frage stellt, der müßte auch sagen, was denn sonst, wenn nicht Ungarn, an erster Stelle steht? Hierauf gibt es keine sinnvolle Antwort, verbleiben wir also darin: Ungarn vor allen Dingen.«

Viktor Orbán: »Rede zur Lage der Nation«, Budapest 2020.

Literaturhinweise:

Alain de Benoist: *Kulturrevolution von rechts,* Dresden 2017;

Lothar Fritze: *Kulturkampf. Moralischer Universalismus statt Selbstbehauptung?* Dresden 2021;

Benedikt Kaiser: »Postpolitik. Liberaler Konsens, politischer Tod«, in: *Sezession* 92 (Oktober 2019);

András Lánczi: »What is Postcommunism?«, in: *Society and Economy* 29 (2007);

Helmut Schelsky: *Systemüberwindung, Demokratisierung und Gewalteinteilung,* München 1973;

Mária Schmidt: *Geburt einer neuen Welt, 1918–1923,* Budapest 2019;

Antonio Gramsci: *Selections from the Prison Notebooks of Antonio Gramsci,* übers. und hrsg. v. Quintin Hoare und Geoffrey Nowell Smith, New York 1971;

Rolf Peter Sieferle: *Epochenwechsel. Die Deutschen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert,* Berlin 2017.

# Pál Telekis historische Tat

von Jörg Seidel

Vielleicht kann man Geschichte mit einem beweglichen Knoten vergleichen, der sich anhand des Zeitstrahls fortbewegt, in sich verschiedene Stränge vereint und immer neue aufnimmt, aber auch jederzeit geöffnet werden kann. Jeder historische Augenblick vereint dialektisch alle drei Elemente – Verstrickung, Bewegung, Lösung – in sich, aber es gibt Zeitpunkte, in denen ein Element für das Auge des historischen Betrachters dominant und sichtbar wird. Dort kann man viel über Geschichte lernen, über den Kairos und die Folgen, wenn er verpaßt wird, aber selbstverständlich auch über die Unmöglichkeit, Geschichte im je eigenen Sinne erfolgreich schreiben zu können.

Als Graf Pál Teleki sich am frühen Morgen des 3. April 1941 eine Kugel in den Kopf schoß, da war so ein Moment, an dem vorherige Ereignisse katastrophisch zusammenliefen und sich im selben Augenblick neue Wege bahnten, an dem Historie in eine andere Bahn gezwängt wurde.

Wie alle Ministerpräsidenten Ungarns unter Miklós Horthys Reichsverweserschaft, die von 1921 bis 1944 dauerte, war Teleki ein komplexer und widersprüchlicher Charakter, aber auch ein Staatsmann von Rang. Er repräsentierte – ebenso wie Horthy selbst – in einer politisch hochvolatilen Zeit eine Form des dogmatischen Konservatismus, der von einem scheinbar antiquierten Ehrbegriff getragen wurde und exakt deswegen ein Stabilitätselement in die verwirrte und unübersichtliche politische Landschaft einführte.

Schon Anfang der 1920er Jahre hatte er, ein Mitunterzeichner des Trianon-Vertrages, »ein verantwortungsvoller Vollblutpolitiker«, das Amt inne, und seine Regierungszeit stand einerseits für die Beendigung des »weißen Terrors«, der als eine Reaktion auf den »roten Terror«, auf die Besetzung großer Teile Ungarns durch Rumänien und vor allem auf die tief empfundene Kränkung aller Ungarn nach den eminenten territorialen und Bevölkerungsverlusten durch den sogenannten Friedensvertrag von Trianon zu verstehen ist. Andererseits stand sie aber auch für das erste von drei »Judengesetzen« (wesentlich ein Numerus-clausus-Gesetz), die letztlich – auch gegen den Willen Horthys – zur Deportation Hunderttausender ungarischer Juden nach Auschwitz führten. Davon freilich konnte Teleki noch nichts ahnen.

»At the Conference table we shall place a chair for Count Paul Teleki. That empty chair will remind all who are there that the Hungarian nation had a Prime Minister who sacrificed himself for that very truth for which we too are fighting.«

Winston Churchill

Er war ein Staatsmann alter Schule mit hohem Ethos und einer ausgefeilten staatsphilosophischen Vorstellung, ein Wissenschaftler von Rang und ein Mitbegründer der Pfadfinder-Bewegung. Sein strategisches Hauptziel war – wie übrigens bei allen seinen Nachfolgern und Vorgängern, nur mit unterschiedlichen Mitteln – die Revision des Trianon-Vertrages, also die Rückerlangung des ungarischen Territoriums, das nun zu den Anrainerstaaten gehörte. Ungarn hatte durch den Vertrag über 70 Prozent seines Territoriums und fast 60 Prozent seiner Bevölkerung verloren, worunter fünf Millionen ethnische Ungarn waren. Ungarn wurde zudem von den

Siegermächten während der Pariser Verhandlungen gedemütigt, da man ihm jegliches Mitspracherecht verwehrte und das Land vor vollendete Tatsachen stellte.

Teleki machte sich allerdings für eine friedliche, diplomatische und organische Revision stark, und das unterschied ihn von vielen anderen.

Seine zweite Amtszeit stand unter deutlich schwierigeren Vorzeichen. Als er sein Amt erneut antrat, hatte Deutschland gerade Polen überrannt, die Besetzung der Tschechei war bereits Geschichte und brachte Ungarn durch den ersten Wiener Schiedsspruch die Rückeroberung verlorener slowakischer Gebiete sowie der Karpatenukraine. Seine drei Vorgänger im Amt – Gömbös, Darányi und Imrédy – waren radikalere Rechte, die die Annäherung an Deutschland und den Nationalsozialismus gesucht hatten und damit in einem gewissen Widerspruch zum Reichsverweser standen, der sie freilich gewähren ließ.

Teleki sollte nun ein Gegengewicht schaffen – ihm stand außenpolitisch der schwierige Balanceakt bevor, sich von Deutschland und von den Alliierten fernzuhalten, ohne sich distanzieren zu müssen, dabei selbst eine militärische Macht aufzubauen, aber dennoch neutral zu bleiben. Innenpolitisch galt es, die immer mehr erstarkende radikale Rechte im Zaum zu halten.

Ungarn profitierte nicht unbedeutend von Hitlerdeutschland. Nach schweren Jahren der Rezession, der Arbeitslosigkeit, des Elends und der Armut boomte die Wirtschaft nun, und dafür war ganz wesentlich der deutsche Hunger nach Agrarprodukten und Rohstoffen verantwortlich. Weite Teile der Gesellschaft, vor allem das Militär, waren äußerst deutschlandfreundlich, und die Ungarndeutschen entdeckten plötzlich ihren eigenen Nationalismus und stellten Forderungen.

Dennoch waren Teleki und Horthy sich darin einig, daß Deutschland einen großen Krieg gegen die Alliierten langfristig nicht gewinnen könne, also dürfe man die Fäden gen Westen nicht abschneiden. Ja, sie sahen sogar bereits die Gefahr, daß die Niederlage Deutschlands Ungarn unter den Machtbereich der Sowjetunion bringen könnte, und das war für beide Antikommunisten die schrecklichste Vorstellung.

Immer wieder versuchte Hitler mit Zuckerbrot und Peitsche, die Ungarn gefügig zu machen, doch lange widerstanden sie. Als er via Ribbentrop den Durchmarsch deutscher Truppen erbat, um Polen von der Südflanke angreifen zu können, da lehnte die ungarische Regierung auch gegen den starken Druck der inneren Opposition, die in einem Anschluß an Deutschland die beste Gelegenheit sah, die »tausendjährigen Grenzen Ungarns wiederherzustellen«, ab – mehr noch, sie öffnete die gemeinsame Grenze für Flüchtlinge und rettete so hunderttausend Polen das Leben.

Doch mit den wachsenden Erfolgen Deutschlands und der überraschenden Leichtigkeit, mit der es seine Gegner besiegte, wurde die innenpolitische Lage immer schwieriger, wurden die deutschlandfreundlichen Rechtsextremen politisch immer stärker. Auch Horthy begann zu wanken. Wie ein Fels in der Brandung beharrte Teleki auf der Notwendigkeit, einen Zickzackkurs zu fahren und den Kontakt zu den Westmächten nicht abreißen zu lassen.

Als die Sowjetunion im Sommer 1940 Gebietsforderungen an Rumänien stellte, spitzte sich die Lage erneut zu. Was sollte mit den Ungarn in Rumänien passieren? Das Militär zeigte starke Gelüste, direkt einzumarschieren und Siebenbürgen zu besetzen. Das wäre der aktive Eintritt in den Krieg gewesen, den man verhindern wollte.

Teleki und Horthy gelang es, die Achsenmächte zu einem Schiedsspruch zu bewegen, um die Lage zu beruhigen. Der »zweite Wiener Schiedsspruch« sprach Ungarn weite Teile – aber nicht alle – des ungarisch besiedelten Siebenbürgens zu, entschärfte momentan die Lage, schuf aber eine verstärkte Abhängigkeit von Deutschland und ließ zudem einen bedeutenden Teil des ehemaligen ungarischen Territoriums zurück. Die Freude darüber war daher zwiespältig.

Teleki empfand es als persönliche Niederlage, vor allem sah er seine Autorität durch das Militär untergraben. Er erbat wenige Tage darauf seinen Rücktritt, wurde von Horthy durch Versprechungen aber zum Durchhalten animiert.

Daß Ungarn sich im November des Jahres dem Dreimächtepakt anschloß, wird man durchaus als Dank für die Realisierung der Gebietsan-



*Der ungarische Ministerpräsident Graf Pál Teleki und seine Frau, Gräfin Johanna Bissingen-Nippenburg, kommen zur Hochzeit von István Horthy und Gräfin Ilona Edelsheim-Gyulai, April 1940.*



sprüche werten können. Gleichzeitig verstärkte Teleki seine diplomatische Arbeit mit England. Er wollte die Westmächte davon überzeugen, daß Ungarn keine Marionette Deutschlands sei, und weil kein Geringerer als Churchill im Unterhaus erklärte: »Ich persönlich war nie damit einverstanden, wie man Ungarn nach dem letzten Krieg behandelt hat«, und daß man territorialen Veränderungen gegenüber, sofern sie im Interesse der Völker stünden, offen sei, da fühlte sich Teleki in seiner Politik bestärkt.

Nun sah er seine Aufgabe darin, das Bild Ungarns im Westen zu verbessern, und fand in der Annäherung an den südlichen Nachbarn Jugoslawien das passende Mittel. Mitte Dezember wurde ein Pakt für »anhaltenden Frieden und ewige Freundschaft« geschlossen. Telekis Position schien gestärkt: Unter seiner Führung waren bedeutende Teile des durch Trianon verlorenen Gebietes wieder Teil des Reiches, er konnte noch immer die faktische Neutralität Ungarns bewahren, und es war ihm gelungen, insbesondere England von der Satisfaktionsfähigkeit Ungarns zu überzeugen, was eine Überlebensgarantie für die Nachkriegszeit war.

Allein, die »ewige Freundschaft« mit Jugoslawien hielt nur drei Monate. Nach der Erklärung der jugoslawischen Regierung, dem Antikominternpakt beitreten zu wollen, wurde sie am 25. März von westlich orientierten Militärs gestürzt. Hitler entschied sich daraufhin, Jugoslawien anzugreifen, erbat von Budapest die Durchmarschgenehmigung und versprach den Ungarn im Gegenzug den letzten großen Happen zur Wiederherstellung des ethnisch geschlossenen Territoriums: die südliche Batschka und das Banat. Er deutete sogar an, den alten Seezugang zur Adria wiederherstellen zu wollen. Horthy, der einstige Admiral, reagierte begeistert. Angesichts der verlockenden Beute schien er alle lebenslangen Maximen vergessen zu haben. Das Militär stand nahezu komplett hinter ihm.

Nur Teleki widersprach. Ihm schien es undenkbar, »Leuten in den Rücken zu fallen, denen wir ewige Freundschaft geschworen haben«. Er sah vor allem die Ehre Ungarns beschmutzt und sah voraus, daß sich dieser direkte Eingriff, das Verlassen der Neutralität, verheerend auf die Nachkriegszeit auswirken würde. Horthy wiederum argumentierte, daß es die Vertragspartner des »ewigen Friedens« nun nicht mehr gebe, und sah sich vor allem am Ziel seiner Wünsche: zumindest der ethnischen Wiedervereinigung mit den verlorenen Landsleuten. Immerhin sollte Ungarn damit wieder auf eine Gesamtfläche von 172 000 Quadratkilometern mit einer Gesamtbevölkerung von 14,7 Millionen Menschen anwachsen und die meisten ethnischen Ungarn unter der Krone vereinen. In harten Verhandlungen konnte Teleki noch ein paar Verzögerungen und die Garantie durchsetzen, daß die Militäraktion nur der Befreiung der ethnischen Ungarn gelte und keine Gebietseroberungen beinhalten dürfe.

»Exzellenz! Wir sind wortbrüchig geworden – aus Feigheit – gegenüber dem auf der Rede von Mohács beruhenden Vertrag über ewigen Frieden. Die Nation spürt es, und wir haben unsere Ehre hingeschleudert. Wir sind auf die Seite der Schurken getreten, denn an den an den Haaren herbeigezogenen Greueltaten ist kein Wort wahr! Weder gegen die Ungarn, noch gegen die Deutschen! Leichenschänder werden wir! Die jämmerlichste Nation. Ich habe dich nicht zurückgehalten. Ich bin schuldig.«

Noch einmal wandte er sich – auch in Geheimverhandlungen – an London und versuchte das ungarische Dilemma zu erklären. Er hinterließ dort sein politisches Testament: »Die wichtigste Aufgabe der ungarischen Regierung in diesem europäischen Krieg ist, die militärische, materielle und Volkskraft bis zum Ende des Krieges zu konservieren. Um jeden Preis muß von der Konfliktbeteiligung ferngeblieben werden. Der Ausgang des Krieges ist zweifelhaft. Aber auf jeden Fall ist es für Ungarn wichtiger, in der Endperiode des europäischen Konflikts unversehrt zu sein. […] Das Land, unsere Jugend, unsere Armee dürfen wir nur für uns selbst aufs Spiel setzen und für niemanden anderen!«

Aber er wurde kalt abgewiesen und darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Aggressionsakt und die direkte Zusammenarbeit mit Hitlerdeutschland zwangsläufig zum Krieg mit England und den USA führen würden. Am Tag darauf setzte sich Teleki die Pistole an die Stirn. Zuvor hatte er noch einen erschütternden Brief an Horthy geschrieben, der seither in keinem Geschichtsbuch fehlen darf. Diese Zeilen zeigen, wie sich der Politikbegriff in den letzten acht Jahrzehnten geändert hat, denn heutzutage ist es kaum noch vorstellbar, daß Politik an das eigene Leben geknüpft wird, daß man aus einem Ehrbegriff heraus denkt und handelt.

Vielleicht hat Teleki damit auch versucht, eine allerletzte Trumpfkarte zu spielen und Horthy zur Umkehr zu veranlassen. Demnach wäre sein Freitod eine letzte wichtige Botschaft gewesen. So hatte ihn wohl auch Sándor Márai empfunden: »Pál Teleki. Er geht auf der Schanze spazieren, ein paar Tage vor seinem Selbstmord. Ein Beamter begleitet ihn [...] Ein paar Tage später erschoß er sich, und plötzlich war er entsetzlich erwachsen. Jede Verlegenheit war aus dem Gesicht gewichen. Er war wie jemand, der etwas begriffen und ausgesprochen hatte.« Diese Hoffnung war freilich umsonst gewesen. Auch Horthy begriff später: »Mit Graf Telekis Tod endete auch die Zeit der ungarischen Nonbelligeranza.«

An anderer Stelle wiederum hatte Teleki seine Ehre durchaus befleckt, ohne daß ihn das anscheinend belastet hatte. Wie Horthy selbst, wie unzählige andere Ungarn, war er ein überzeugter Antisemit, andererseits setzten sie alle diplomatischen Tricks ein, um die Deportation der ungarischen Juden zu verhindern.

Unter seiner Führung wurden die ersten beiden der drei verhängnisvollen »Judengesetze« verabschiedet. Regelte das erste noch den Numerus clausus, der den unverhältnismäßig hohen Anteil an Juden unter der ungarischen Intelligenz korrigieren sollte und – nebenbei – zu einem bedeutenden *Brain drain* führte, so schuf das zweite schon einen Übergang zu aktiven Rassengesetzen. Dort wurde erstmals rassisch argumentiert. Der Numerus clausus wurde noch einmal verschärft. In Wirtschaft und Wissenschaft durfte der Anteil der Juden ihren Anteil in der Gesamtbevölkerung nicht überschreiten (sechs Prozent) – da die meisten jüdischen Bürger aber in Budapest lebten und dort also prozentual viel stärker vertreten waren, wurde das gesellschaftliche Leben der Stadt stark beeinflußt. Zwar wurde dieses Gesetz noch von Telekis Vorgänger Béla Imrédy ausgearbeitet, aber Teleki setzte es ohne Änderung und offenkundig ohne jegliche Skrupel um. Wo blieb hier die Ehre?

Telekis Tod schien sämtliche Anker zu lichten. In rascher Folge waren alle seine und auch Horthys strategischen Ziele Makulatur geworden, wurden alle Befürchtungen Realität. Die Balance-Politik war krachend gescheitert. Schon wenige Tage nach dem Einmarsch in Jugoslawien wurden deutsche Truppen in Ungarn bombardiert. Nun wußten die Ungarn, daß der Krieg sie eingeholt hatte. Die Geschichte kam ins Rollen.

Freilich bleibt die Frage, ob es überhaupt einen Weg gab, die Katastrophe zu verhindern, so hypothetisch wie aktuell. Selbst der damalige amerikanische Botschafter in Ungarn, John Flournoy Montgomery, kam nach dem Krieg zu der Einsicht: »Die Ungarn mögen jetzt denken, ihre Führer hätten Fehler begangen, was sie sicher auch getan haben, aber meines Erachtens wäre das Ergebnis – welche Politik auch immer zu einem früheren Zeitpunkt verfolgt worden wäre – genau gleich gewesen.« Zu stark war der Einfluß des mächtigen Deutschland und zu gering waren die Möglichkeiten der Ungarn, zu groß zeigte sich der Spagat zwischen Realismus (die massive deutsche Überlegenheit) und Strategie (Sieg der Westmächte). Allein in der Frage der Ehre hätte man sich unterscheiden können.

Telekis Nachfolger im Amt suchten noch größere Nähe zu Deutschland. In László Bárdossys kurze Amtszeit fielen die Kriegserklärung an England und die USA, der Kriegseintritt gegen die Sowjetunion und damit die Entsendung der 2. Armee – fast 300000 Mann – an die Ostfront, wo sie fast vollständig aufgerieben wurde. In Novi Sad machten sich ungarische Truppen eines Massakers und Pogroms an Juden und Serben schuldig und befleckten die weiße Weste. Als die Niederlage Deutschlands schon längst gewiß war, übernahmen rechtsradikale Politiker die Macht, gipfelnd in den Pfeilkreuzlern. Telekis und Horthys Alpträume hatten sich alle materialisiert.

Der verzweifelte Schuß am Morgen des 3. April 1941 hatte den schon längst lockeren Geschichtsknoten endgültig gelöst. ■

Literaturhinweise:

Peter Gosztony: *Miklós von Horthy. Admiral und Reichsverweser,* Zürich 1973;

Jörg Hoensch: *Geschichte Ungarns 1867–1983,* Stuttgart 1984;

Miklós Horthy: *A Life for Hungary. Memoirs,* New York 2011 (1953);

Paul Lendvai: *Die Ungarn. Eine tausendjährige Geschichte,* München 2001;

Sándor Márai: *Tagebücher 1,* München 2009;

Thomas Sakmyster: *Miklós Horthy. Ungarn 1918–1944,* Wien 2006.

# Woran arbeitet … Markus Krall?

von Caroline Sommerfeld

Zusammenkunft eines libertären Zirkels, Markus Krall trägt seine Thesen vor. Das Publikum: Querdenkermilieu, erwachsen gewordene Nerds und politisch Heimatlose. Alle eint der Umstand, daß sie dem Staat abhanden gekommen sind. Der »Crash«-Prophet Krall ist für sie die Möglichkeit einer Insel.

Der promovierte Volkswirtschaftler, Katholik und libertäre Populist Krall (geboren 1962) denkt wild und spricht scharf. Er repräsentiert eine *contradictio in adiecto:* er ist ein bürgerlicher Revolutionär. Krall ist Sprecher des Vorstands der Degussa Goldhandel AG, hatte 2007 vor der Finanzkrise von der Bertelsmann-Stiftung den Auftrag, eine europäische Ratingagentur zu gründen, ist Autor des FinanzBuch-Verlags und prophezeit den »Crash«. Was versteht er darunter? Grob gesagt, geht Krall vom baldigen Untergang des gesamten Banken- und Finanzsystems aus, und zwar nicht im Konjunktiv: »Es wird passieren. Ich muß es ja wissen, schließlich habe ich die Risikomodelle für 80 bis 90 Prozent der Banken selbst entwickelt.« Dieser »Crash« hätte schon Ende 2020 eintreten müssen, aber wie alle Apokalyptiker muß Krall zunächst mit dem Vorwurf der »Unheilsverzögerung« (in Analogie zur messianischen Heilsverzögerung) leben. Kommt es aber wirklich auf den Kalendermonat an, oder nicht doch auf das strukturelle Problem dahinter? Der Wirtschaftspublizist Johannes Eisleben sieht dies folgendermaßen: Die Krisen-Ökonomen Hans-Werner Sinn und Markus Krall seien sich einig, »daß die Gelddruckerei im derzeitigen Ausmaß toxisch ist, beide glauben, daß dies zur Zombifizierung der Wirtschaft und zur Inflation führt. Die Frage ist nur: Wann?« Eisleben meint, Krall denke schon viel weiter als der Mainstreamökonom Sinn, da er die Zombifizierung der Wirtschaft für weiter fortgeschritten halte als jener. Krall geht davon aus, daß 2021 ein Fünftel bis ein Drittel aller Unternehmen pleite gehen und andere mitreißen werden: Die Banken hätten bei Massenpleiten so viele Unternehmenskredite abzuschreiben, daß ihr Eigenkapital aufgebraucht werde. Eisleben schätzt die Lage so ein, daß der Staat durch weiteres Gelddrucken und damit finanzierte Sub- und Interventionen noch eine Menge Zeit gewinnen könne. »Wieviel? Das kann niemand vorhersagen, denn die Volkswirtschaft ist ein komplexes System, für das exakte Vorhersagen unmöglich sind. Derzeit ahnen die Bürger noch nicht, was auf sie zukommt. Deswegen ist die Legitimität der Regierung sehr hoch. Das ändert sich schnell, wenn das Geld nicht mehr bis zum Monatsende reicht, um das Nötigste zu kaufen.«

An dieser Stelle tritt der Revolutionär Markus Krall mit der Forderung auf den Plan, die bürgerliche Schicht müsse jetzt aufstehen, »bevor wir in der Diktatur des neuen Globalsozialismus landen«. In *Die bürgerliche Revolution* führt er aus, wie die Krise als Chance für eine »bürgerliche Revolution« genutzt werden kann und dabei die beschädigten »fünf Werte-Säulen einer freien Gesellschaft« – Familie, Eigentum, Individualität, Religion und Kultur – gerettet werden können. Ausgangslage sei, daß im Zuge des »Crashs« einige tausend gewaltbereite Antifa-Fußtruppen zusammen mit einem »Heer von Islamisten« revoltieren würden. Daher stelle sich die Frage der »Konterrevolution« und zwar einer genuin bürgerlichen.

Für die hundert Tage nach dem Zusammenbruch, ein Szenario ähnlich der Gründung der Bundesrepublik, legt er in seinem Buch den Entwurf einer neuen Privatrechtsordnung vor. Man darf sich diesen Impuls ganz ähnlich der »Dreigliederungsidee« Rudolf Steiners als eine radikale Trennung von Wirtschafts-, Rechts- und Geistesleben vorstellen. Kralls Plan ist zugleich total realistisch (anthropologisch) und total unrealistisch (politisch). Er baut auf die Vorstellung, daß Revolutionen von unten kommen – was er als Analyst der globalistischen Ökonomie und ihrer Hintergründe eigentlich besser wissen müßte.

Ich fragte ihn anläßlich jenes Zusammentreffens in der Diskussionsrunde, ob der »Crash« dem reibungslosen Vollzug des »Great Reset« dienlich oder hinderlich wäre. »Fifty-fifty«, antwortete Markus Krall. Die Globalisten zocken: Die Strategie *ordo ab chao* setzt voraus, daß das eingeplante Chaos ihnen nicht entgleitet. Entgleitet es ihnen, ist das die Stunde der bürgerlichen Freiheit. ■

# Wo war … Jack Ma?

von Benedikt Kaiser

Am 10. Oktober 2020 verstummte Jack Ma auf der Plattform Twitter, 14 Tage später verschwand er ganz aus der Öffentlichkeit. Warum ist eine solche vermeintliche Petitesse relevant? Bei Ma Yun, so heißt der chinesische Multimilliardär eigentlich, handelt es sich nicht um irgendeinen Twitter-Nutzer. Er ist Gründer von Alibaba. Diese global als umsatzstärkste Website für E-Commerce geltende Plattform begann 1999 als virtueller Begegnungsort für regionale Unternehmer; heute vermittelt sie Waren und Dienstleistungen aller Art und stellt eine Art »Amazon plus« dar. 72 Milliarden US-Dollar Jahresumsatz und 180000 Mitarbeiter verdeutlichen den Stellenwert des Konzerns, der unter anderem auch im Finanzsektor als ein Schlüsselakteur der Volksrepublik China gilt. Als einer der drei dortigen BAT-Riesen (neben Alibaba sind dies das Google-Äquivalent Baidu und das multiple soziale Netzwerk Tencent) ist Alibaba marktbeherrschend. Was in der westlichen Welt für die GAFA-Konzerne – Google, Apple, Facebook, Amazon – gültig ist, trifft auch auf die BAT-Quasimonopolisten zu: Sie agieren nicht auf Märkten des Landes oder der Welt, sie sind diese Märkte.



Doch der entscheidende Unterschied – mit persönlichen Folgen für Jack Ma – liegt am Wesen der chinesischen politischen Ökonomie. Während GAFA und vergleichbare West-Konzerne ihren Staaten ins Transnationale entfliehen (können), ist dies in China unmöglich. Dort ist das Primat des Politischen sakrosankt, weswegen der moderne Plattformkapitalismus zwar gefördert wird, um eine erkleckliche Leistungsfähigkeit für das große Ganze zu gewährleisten. Doch sind die Akteure des digitalen Komplexes daran gebunden, daß ihre Entwicklung den nationalen Erfordernissen entsprechen muß. Auch Alibaba ist trotz objektiver Marktmacht nur ein Baustein einer Wirtschaft, die der Nation verpflichtet ist und kollektiv koordiniert wird. Eben dies macht die immanente Widersprüchlichkeit des chinesischen »Marktsozialismus« respektive »Staatskapitalismus« aus: In der vielgestaltigen Mischwirtschaft können Akteure wie Jack Ma qua unternehmerischer Innovativität zu Multimilliardären werden (es gibt derer fast 900). Doch der Staat interveniert mittels seiner autoritär herrschenden Kraft, der Kommunistischen Partei (KP), sofern der Vorrang nationaler Interessen unterminiert scheint.

Der italienische Historiker Domenico Losurdo verwies darauf, daß die chinesischen Kapitalisten politisch, nicht aber ökonomisch enteignet werden, wodurch sie nicht in die Lage gelangen, wirtschaftliche Potenz in politische Macht umzuwandeln. Staat und Partei geben Ziele vor, legen Gewinnbeteiligungen für die Belegschaften fest und dekretieren, welche Summen in Forschung und Entwicklung rückgeführt werden: Stellt sich ein Akteur quer, wird er bestraft.

Jack Ma mußte deshalb nach einer Rede im Oktober 2020 den Rückzug einleiten. Führende Kader vis-à-vis als »Altherrenklub« zu verspotten, denen man zeige, daß man die Bankenordnung zu beeinflussen verstehe, zeugt von Chuzpe, aber auch von Fehleinschätzung: Hausarrest und Verschiebung des Börsengangs der Alibaba-Finanzabteilung Ant waren die Folge. Und so ist Jack Ma kein Einzelfall: Von den 3100 führenden Unternehmern und Milliardären Chinas ist ein Prozent einer politpädagogischen Züchtigung unterzogen worden. Die wenigsten hatten danach mit Restriktionen zu rechnen. Diese Chance auf Rehabilitierung hat auch Ma. Chinas KP ermöglicht ihm somit zwar ein Quasimonopol auf Online-Bezahldienste oder B2B-Plattformen. Die Interpretation von (politischen) »Wahrheiten« aber wird nicht dem Markt überlassen. Chinas Führung weiß, daß nicht eingehegte Big-Tech-Giganten selbst Wahrheiten produzieren wollen. Dies verstößt gegen den Hegemonialanspruch der KP.

Jack Ma, der offiziell seit 2018 nicht mehr Chef seines Imperiums ist, wird sich fortan wohl »Charity«-Projekten widmen. Wenn die *Zeit*-Journalistin Ann-Kathrin Nezik Jack Ma in diesem Sinne als »eine Art chinesischer Bill Gates« ankündigt, läßt das für die Zukunft indes Mißliches erwarten. Denn wenn Mas politisches Sendungsbewußtsein mit demjenigen Gates' korreliert, könnte Hausarrest zur Gepflogenheit werden. ■

# Was will eigentlich … Max Otte?

von Benedikt Kaiser

Max Otte ist nicht mehr im Nahbereich der AfD aktiv. Am 7. Januar twitterte er: »Ich trete mit sofortiger Wirkung vom Vorsitz des Kuratoriums der Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) zurück und aus dem Kuratorium aus. Statt sich mit den Zukunftsfragen für unser Land zu beschäftigen, beschäftigt sich die AfD vor allem mit sich selbst.« Nun ist letztere Verhaltensunzulänglichkeit kein Alleinstellungsmerkmal. Auch die Linkspartei ruft eine neuerliche Kampagne gegen ihr TV-Gesicht Sahra Wagenknecht aus, bei den Christdemokraten geht es seit Monaten um die Regelung der Machtkonstellation »nach Merkel«, und die Sozialdemokraten kreisen seit der Post-Schröder-Depression ohnehin nur um sich selbst. Aber die AfD will eine Alternative verkörpern; es gelten strengere Maßstäbe. Otte, ein an die preußischen Sozialkonservativen anknüpfender Denker, setzt seine Twitter-Kolumne mit der Anmerkung fort, daß ihm auch »als Fondsmanager die sozialen Belange sehr wichtig sind«. Die aus seiner Sicht »richtungweisenden Ergebnisse des Sozialparteitages« würden durch Jörg Meuthen hintertrieben. Tatsächlich schert sich die Zweidrittelmehrheit im Bundesvorstand keinen Deut um die Eckpfeiler, die im November 2020 in Kalkar eingezogen wurden. Otte erkennt demgegenüber, daß Erfolge nur gedeihen können, »wenn die AfD soziale Belange und Bürgerbewegungen ernst nimmt«. Das Gegenteil sei der Fall. Und so schlußfolgert Otte, daß sich die AfD mit »dem Projekt FDP 2.0« schlechterdings »in die Bedeutungslosigkeit katapultieren« werde.



Man kann nun darüber streiten, ob es weise war, die DES just dann zu verlassen, wenn es um die Verfügungsgewalt über die Fördertöpfe geht. Aber Otte wird sich bei seinem Absprung etwas gedacht haben. Da er soziale Fragen und Bürgerbewegungen als elementare Felder benennt und der AfD ein wenig zu pauschal (gerade er kennt das Thüringer Gegenbeispiel) unterstellt, beides nicht ernst zu nehmen, wäre es naheliegend, daß er sich bürgerbewegt dezidiert sozialen Politiken verschriebe. Doch Otte vollendet seinen Twitter-Strang mit dem Hinweis, sich fortan stärker bei der WerteUnion (WU) einzubringen, jener (noch) geduldeten Miniaturplattform innerhalb der Regierungsparteien CDU und CSU, die den Blackrock-Neoliberalen Friedrich Merz vergöttert und mit marktradikaler Rhetorik selbst eine Beatrix von Storch als Sozialistin erscheinen läßt.

Parteipolitisch Rolle rückwärts – dafür vorpolitisch die Stärkung des gegenhegemonialen Lagers? Nein, statt dessen: Ratlosigkeit. Denn Ottes Projekt »Neues Hambacher Fest« – seine zweite verkündete Schwerpunktlegung neben der WU – ist kaum bekannt dafür, dem rechtsalternativen Feld Türen zu öffnen. Zu den bisherigen Rednern zählten mit Vera Lengsfeld (CDU) und Thilo Sarrazin (SPD) Akteure, die bei allem Unbehagen am Mainstream recht einträglich von ihrer Teilkritik an ihm leben können, oder solche, etwa Jörg Meuthen himself, die ja explizit zu den Gegnern einer bürgerbewegt-sozialen Alternative zu rechnen wären.

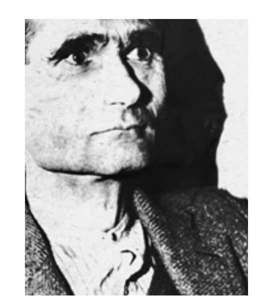
Wenn partei- und metapolitisch keine Impulse aus der Eifel heraneilen, dann publizistisch? Dafür spricht, daß kürzlich ein Büchlein des Bundestagsabgeordneten Harald Weyel *(Die Verdammten Europas)* mit einem Vorwort von Max Otte und einem Nachwort von Erik Lehnert angekündigt war: ein Zusammenrücken von renommierter Expertise, politisch-praktischen Erfahrungswerten und wissenschaftlichem Vorfeld. Dagegen spricht, daß der Name Lehnert verschwinden mußte – diesmal nach Intervention Ottes. Gestrichen wurde Lehnert ja schon 2020 von der DES-Liste. Verantwortlich damals war Ottes nunmehrige Stiftungs- (und Twitter-) Gegnerin Erika Steinbach. Diese Wiederholung der Geschichte als Farce legt nahe, daß »organische Intellektuelle« mit entsprechendem Weltanschauungshorizont, die Projekte eigener Milieus verstehen und verstärken, nicht von außen kommen werden. Sowohl Christdemokraten ohne (Steinbach) als auch mit (Otte) CDU-Parteibuch helfen nicht weiter beim Versuch, das verhängnisvolle »Projekt FDP 2.0« (Max Otte dixit) zu verhindern. Was bleibt ist die Gewißheit, daß die authentische politische Rechte zwar Freunde in der »Mitte« benötigt, sich aber im Zweifelsfall nicht auf sie verlassen sollte. ■

# Was wollte eigentlich … Rudolf Heß?

von Stefan Scheil

»Am Vormittag, mit dem Premierminister aus dem Parlament zurückgekehrt, sah ich einen Bericht über die Unterredung, die Kirkpatrick mit Heß geführt hat. Nur Eden, Attlee und Beaverbrook werden ihn lesen. Aus dem Bericht geht hervor, daß Heß kein Verräter ist, sondern aufrichtig glaubt, er könne uns davon überzeugen, daß der Krieg nicht zu gewinnen und ein Kompromißfrieden zu erreichen ist.«

Mit diesen Worten faßte Winston Churchills Privatsekretär John Colville am 13. Mai 1941 die neuentstandene Lage treffend zusammen. Nur drei Tage vorher war am 10. Mai mit Rudolf Heß keine geringere Person als der offiziell zweite Mann des nationalsozialistischen Deutschlands auf die britischen Inseln geflogen. Er kam freiwillig und konnte aus gutem Grund annehmen, daß es Verhandlungen geben würde. Davon sollte aus Churchills Sicht möglichst niemand erfahren, die britische Öffentlichkeit sowieso nicht, und von den britischen Verantwortlichen auch nur der innerste Kreis.



Für die englische Regierung war die plötzliche Anwesenheit von Heß Geschenk und Problem zugleich. Einerseits konnte sein Flug als Schwäche in der deutschen Führung dargestellt werden und würde damit einen Ausgleich für die aktuell schlechte Lage in England selbst hergeben können. Im bisherigen Kriegsverlauf hatte man jede Auseinandersetzung mit deutschen Truppen zuverlässig verloren. Gerade in diesen Tagen mußte auch noch Griechenland geräumt werden, nachdem nur Wochen zuvor stolz und öffentlich verkündet worden war, man habe die Deutschen in einen Balkankrieg gezwungen, den sie nicht wollten. Das britische Publikum murrte. Hier konnte die Ankunft von Rudolf Heß das dunkle Bild etwas aufhellen. Die Aussicht auf einen Kompromißfrieden jedoch würde vielen Briten attraktiv vorkommen. Das war ein Problem.

Unter diesen Umständen gab Pressemagnat Lord Beaverbrook nach Lektüre des obengenannten Berichts persönlich die Weisung an die britische Presse aus, über den Heß-Flug »so viele Spekulationen, Gerüchte und Gerede zu verbreiten, wie nur möglich«. Dabei sollte auftragsgemäß der Eindruck erweckt werden, Heß wäre wegen eines Streits in der deutschen Führung und aus Angst um sein Leben nach England geflohen. Da an die offizielle deutsche Version einer geistigen Verwirrung sowieso niemand glaubte, bot man hier immerhin einen halbwegs rationalen Grund für das Geschehen an. Politische Hoffnungen sollten sich in diesem Nebel an Desinformation jedenfalls gar nicht erst bilden. Jedoch erwies sich das Volk wieder einmal als schwer zu täuschen. Trotz aller Fehlinformationen meldete das britische Informationsministerium zahlreiche Briefe, in denen völlig richtig Mutmaßungen darüber angestellt wurden, daß Rudolf Heß nicht ohne plausiblen Grund nach England geflogen sei und es in Wahrheit vorher eben doch Kontakte zwischen englischen und deutschen Stellen gegeben habe.

Mittlerweile weiß man einiges über diese Vorgänge vor dem Mai 1941, wenn auch wie üblich nicht alles. Die in Großbritanniens Archiven weiterhin unverdrossen gesperrten Aktenteile zum »Heß-Flug« werden mit einiger Wahrscheinlichkeit keine wesentlich neuen Erkenntnisse bringen. Ihre Sperrung darf man wohl eher als Ablenkungsmanöver vom Offensichtlichen interpretieren: Die deutschen Angebote für irgendeine Form von Kompromißfrieden waren zwischen 1939 und 1941 zahlreich. Sie blieben alle ohne ernsthafte Antwort, da man in London zu Recht der Meinung war, den Krieg gewinnen zu können, wenn man ihn nur lang genug führe. Europa würde dabei in Schutt und Asche gelegt werden, aber dieser Preis war eben zu zahlen.

Eine interessante Stelle deutet darauf hin, daß sich Rudolf Heß als Geisel zur Verfügung stellen wollte, um Verhandlungen möglich werden zu lassen. Als der Krieg zu Ende ging, saß man im April 1945 in London erneut zusammen. Sekretär Colville notierte, wie Premier Churchill über die möglichen letzten Aktionen Adolf Hitlers spekulierte: »Hitler könnte den Trick von Heß wiederholen und etwa folgendes sagen: ›Ich bin verantwortlich. Übt Rache an mir, aber verschont mein Volk‹.« Dann werde man Hitler eben wieder mit dem Fallschirm über Deutschland abwerfen müssen, meinte die Herzogin von Marlborough. ■

# Ökologische Betrachtungen (8): Industrielle Viren

von Jonas Schick

Rund ein Jahr ist vergangen, seit die Ausbreitung des »Schweren akuten Atemwegssyndrom-Coronavirus-Typ 2« (SARS-CoV-2) von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur Pandemie erklärt wurde. Deutschland erlebt gerade seinen zweiten Lockdown, der länger und strenger ausfällt als der erste. Der Streit um die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie ist mittlerweile genauso virulent wie das Virus selbst und treibt die Deutschen entweder in Autokorsos auf die Straße oder in die selbstgewählte Isolation innerhalb der eigenen vier Wände. Hatte der erste Lockdown noch eine breite Unterstützung in der Bevölkerung, so strittig ist der zweite, und mit jedem Tag, den er weiter anhält, werden die zweifelnden Stimmen lauter: Rechtfertigt die Letalität von SARS-CoV-2 wirklich derart strenge Maßnahmen? Ist der Lockdown wirklich das probate Mittel zur Eindämmung des Virusgeschehens? Sitzen wir am Ende nicht derselben Panikmache, wie wir sie bei der Schweinegrippe (H1N1) im Jahr 2009 erlebt haben, auf? Fragen, die zum aktuellen Zeitpunkt nicht eindeutig und wenn überhaupt erst in ein paar Jahren in der Retrospektive beantwortet werden können.

Was jedoch mit ziemlicher Sicherheit gesagt werden kann, ist, daß SARS-CoV-2 keineswegs ein neues Ebola oder die nächste Vogelgrippe (H5N1) darstellt – die Letalität dieser beiden Viren liegt weit höher als die des neuen Coronavirus. Je nach Ausbruch und Erregervariante bewegt sich die Mortalitätsrate bei Ebola zwischen 25 und 90 Prozent: Beim westafrikanischen Ausbruch im Jahr 2014 und 2015 infizierten sich bis Juli 2015 laut WHO über 27000 Menschen, von denen über 11000 starben. Bei den glücklicherweise bisher nur in geringem Maße erfolgten Übersprüngen von H5N1 auf den Menschen lesen sich die von der WHO veröffentlichten Zahlen ähnlich: In Indonesien wurden beispielsweise 200 Erkrankte gezählt, 168 von ihnen starben am Virus (Stand 2020).

Ungeachtet der unterschiedlichen Herkunft, Ausbreitungsweise und Letalität, vereint alle drei Viren ihr zoonotischer Charakter. Ebola, die Vogelgrippe und das Coronavirus sind Zoonosen, also »Infektionskrankheiten, die von Bakterien, Parasiten, Pilzen, Prionen oder Viren verursacht und wechselseitig zwischen Tieren und Menschen übertragen werden können«, wie es das Bundesinstitut für Risikobewertung definiert. Im Falle der drei Viren ist es ziemlich sicher, daß die Übertragung vom Tier auf den Menschen stattfand. In den meisten Fällen bedarf es dafür eines engen Kontaktes zwischen Mensch und Tier, und deshalb ist die Beziehung »Mensch-Nutztier« in diesem Kontext von fundamentaler Bedeutung. Nun ist zu beobachten, daß die Zahl der auftretenden Zoonosen über die letzten Jahrzehnte erheblich zugenommen hat. Wie Katherine F. Smith et al. in einer Studie für das *Journal of the Royal Society Interface* im Jahr 2014 ermittelten, nimmt die Dynamik bei den Infektionen seit den 1980ern zu – Zoonosen sind auf dem Vormarsch. Doch woran liegt das? Einen der Gründe hat der Historiker und Publizist Nils Wegner in der *Sezession* 81 in seinem Artikel »Eine Welt, eine Risikogruppe« herausgearbeitet: »Daß eigentliche Tierkrankheiten (Zoonosen) die Artengrenze überschreiten, erklärt sich insbesondere durch das massive Bevölkerungswachstum in Afrika, die damit verbundene Durchsiedelung des Urwalds und die daraus erfolgende Verschleppung in Ballungsräume. Von dort aus führen Verkehrswege in die ganze Welt, und einer globalen Ausbreitung binnen weniger Wochen ließe sich nur durch die – kaum mögliche – umgehende Abschottung eines ganzen befallenen Lands entgegensteuern.« Er konstatiert weiter: »Die Globalisierung hat nicht zuletzt auch dem Tod die Weltreise einfacher gemacht – doch solange Warenfluß und Tourismus Vorrang haben, sind etwaige Vorsichtsmaßnahmen nur hinderlich.«

Die Vernetzung der Welt trägt ohne Zweifel dazu bei, daß einzelnen Krankheitserregern, die vorher nur kleinräumig auftraten und über ein begrenztes, regionales Infektionsgeschehen nicht hinauskamen, heute das Potential zur nächsten tödlichen Pandemie innewohnt. Allerdings stellt die Globalisierung nur einen Faden unter vielen in einem engmaschigen Netz aus miteinander verwobenen Faktoren dar. Die von Wegner angeschnittene »Durchsiedelung des Urwalds« ist ein weiterer gewichtiger Aspekt: Die Vernetzung der Welt, aber auch das Vordringen dieses Netzes in die entlegensten Ecken der Erde und die daraus resultierenden Störungen





der Ökosysteme, insbesondere ihrer regulativen Funktionen im Hinblick auf die Ausbreitung von Krankheiten, sind ursächlich für den von Smith et al. beobachteten Anstieg der Zoonosen. Daraus folgt, daß für die Konzeption einer wirksamen Erreger-Eindämmungsstrategie Viren nicht nur isoliert medizinisch und virologisch betrachtet werden dürfen, sondern die sozio-ökologischen Rahmenbedingungen, in denen sie entstehen, zwangsläufig Teil der Analyse sein müssen. Denn diese Rahmenbedingungen haben einen signifikanten Einfluß darauf, in welche Richtung sich Erreger entwickeln und auf welche Weise sie sich verbreiten. Rob Wallace, US-amerikanischer Evolutionsbiologe und Epidemiologe, faßt es in seinem Buch *Was COVID-19 mit der ökologischen Krise, dem Raubbau an der Natur und dem Agrobusiness zu tun hat* wie folgt zusammen: »Die Ursache von COVID-19 und ähnlicher Erreger [kann] nicht auf den Auslöser einer Infektion oder ihren klinischen Verlauf beschränkt werden, sondern [liegt] in den ökosystemischen Verhältnissen […], die unter anderem das Kapital seinen Interessen gemäß gestaltet hat.« Er fügt damit den beiden bereits angeführten Faktoren der Globalisierung und der ökologischen Krise – im wesentlichen die Störung natürlicher Lebensräume sowie die Abnahme der Biodiversität – noch eine ökonomische Dimension, bestehend aus Industrialisierung und Kapitalismus, hinzu, wobei alle drei in einem wechselseitigen Bezug zueinander stehen. Wallace hat es dabei speziell auf die weltmarktorientierte, industrialisierte Landwirtschaft abgesehen, die er als »Antrieb und Netzwerk, das Krankheitserreger unterschiedlichster Herkunft über die Erde verteilt, von den abgelegensten Reservoirs zu den zentralsten Metropolen«, beschreibt. Seiner Ansicht nach »bietet die industrialisierte Viehhaltung […] die perfekten Voraussetzungen für virulente Krankheitserreger. Durch die genetische Monokultur der Zuchttiere fallen Immunreaktionen der Tiere weg, die ansonsten die Übertragung abbremsen würden. […] Zudem begünstigen größere Populationen und die größere Dichte höhere Übertragungsraten. Die beengten Verhältnisse schwächen die Immunreaktion der Tiere. Der schnelle Umschlag, der zu jeder industriellen Produktion gehört, liefert permanent neue anfällige Wirtskörper und befeuert so die Evolution von Virulenz.«

Die Vielzahl neuer Influenza-A-Varianten seit dem Jahr 2000 gibt Wallace recht: H1N1, H1N2v, H3N2v, H5N1, H5N2, H5Nx usw. Vor allem bis ins kleinste Detail durchtechnisierte Hühnermasten sind wahre Influenza-Herde und stehen exemplarisch für die kapitalistisch-industrielle Verwertungslogik moderner Fleischproduktion. Das dort im Wortsinn »verarbeitete« Huhn ist mittlerweile durch Zucht genetisch so modifiziert, daß es ein lebendiger Teil der Produktionsmaschine geworden ist. Es ist sogar überhaupt nur in dieser artifiziellen Umwelt überlebensfähig: schnellwachsend, überdimensionierte Brüste, Lebensdauer 28 bis 42 Tage. Unter diesen künstlichen Bedingungen evolvieren dann auch entsprechende Viren.

Am Anfang der Corona-Pandemie, als es noch vermehrt um die Frage nach der Genese des neuen Virus ging, lag das Scheinwerferlicht für kurze Zeit auf den hier skizzierten sozio-ökologischen Rahmenbedingungen, die es hervorgebracht haben könnten, doch dann schwenkte man recht schnell zurück auf die klassisch-molekulare Ebene. Heute dreht es sich im Zusammenhang mit »Corona« wieder vornehmlich um virologische Details: »Krankheit erscheint« in dieser Betrachtungsweise »als das Ergebnis eines Konflikts zwischen Virion und Immunität – ein Kampf zwischen der Evolution des Virus einerseits und den Bemühungen der Menschheit andererseits, wirksame Impfungen und antivirale Mittel zu entwickeln, ein Kampf zwischen Natur (in rotem Glykoprotein) und Kultur (in weißen Laborkitteln)«, so Wallace. In dieser isolierten Betrachtungsweise bleibt der Blick für die tieferliegenden Strukturen, die derartige Pandemien erst hervorbringen, verstellt und somit wird auch keine nachhaltige Beseitigung der Virusquellen erfolgen. Man doktert an den Symptomen eines Problems herum, dessen Wurzeln systemischer Natur sind. Schlimmer noch, mit den technischen und medizinischen Bemühungen, das von den kapitalistischen Industriesystemen hervorgerufene Infektionsgeschehen einzudämmen, treibt man die Evolution der Viren auf die Spitze – sie entwickeln sich entlang dem durch Impfstoffe ausgeübten Druck. Es gleicht einem Wettrüsten mit ungewissem Ausgang. Eines ist zumindest sicher, irgendwo da draußen, auf einer Hühnerfarm oder in einem zerschnittenen Urwald, wartet der nächste Erreger mit pandemischem Potential. ■

# Abschiedlichkeit – Gerd-Klaus Kaltenbrunner zum 10. Todestag

von Caroline Sommerfeld

In ihrem Vorwort zu Gerd-Klaus Kaltenbrunners vor zwei Jahren neu herausgegebenem Doppelband *Vom Geist Europas* fragt Magdalena S. Gmehling, seine langjährige Mitarbeiterin: »Wer war Gerd-Klaus Kaltenbrunner?« und resümiert: »Ein Essayist von internationalem Ruf, Kulturmorphologe und Ideenporträtist, ein elitärer, enzyklopädisch gebildeter Denker, Polyhistor und spiritueller Idealist, konservativer Intellektueller und Bewahrer der Tradition.«

Kaltenbrunner, geboren 1939, starb vor zehn Jahren in Kandern im Schwarzwald. Sein ganzes intellektuelles Leben, nicht erst die Spätphase, in der er sich ausschließlich einigen großen christlichen Mystikern widmete, war in einem bestimmten Sinne »abschiedlich« gestimmt. Er verstand unter »Abschiedlichkeit« – den Ausdruck übernahm er vom Philosophen Wilhelm Weischedel – das Folgende, und zitierte es in mehreren seiner Aufsätze: »Habituell gewordene Zurückhaltung gegenüber dem ›Natürlichen‹, produktive und kulturstiftende wie -bewahrende Hemmung, die nicht mit pathologischer Gehemmtheit verwechselt werden darf. Sie berührt sich hingegen innig mit jener ›Grundhaltung der Abschiedlichkeit‹. […] Abschiedlich gestimmt und gesinnt zu sein ist eine noble Antwort auf die unbestreitbare Tatsache, daß in dieser Welt alles vergänglich, dem schließlichen Untergang verfallen und deshalb problematisch ist. In der Verfassung der Abschiedlichkeit lernen wir zu entsagen, zu verzichten und gelassen zu sein.«

Das Schaffen Kaltenbrunners verlief in zwei Phasen: Zunächst avancierte er zum Vordenker des Konservatismus – und stattete die konservative Position (in einer Zeit, in der die progressistische Linke einen ungeheuren Auswurf marxistischer »Theorie« zum Behufe der »Revolution« und parallellaufend zum schleichenden Umbau des kulturellen »Überbaus« der westlichen Gesellschaften produziert hat) mit genuiner Theoriegrundlage aus. Dies vollbrachte Kaltenbrunner einesteils durch Reflexion des Begriffs des Konservatismus (die zentrale Schrift ist *Der schwierige Konservatismus* von 1975, »Zehn Gebote für Konservative und solche, die es werden möchten« sind darin enthalten). Andernteils durch Ausgrabung, Zusammenstellung, facettenreiche Beurteilung und – dies ist ein wichtiges Mittel seines Herangehens an diese Gegenstände – Huldigung einer wahren Schar von Geistesriesen, auf deren Schultern wir alle stehen können, wenn wir nur in die Lage gebracht werden, uns ihres Beistands zu versichern.

Ab 1974 gab er die Taschenbuchreihe *Herderbücherei Initiativ*e heraus und schrieb zu jedem einzelnen Band ein Vorwort voller eigener Gedanken. Die Reihe wurde zu einer Art »heimlicher Universität« konservativen Denkens und wuchs bis 1988 auf 75 Einzelbände und drei Sonderbände an – sie sind größtenteils antiquarisch noch erhältlich, oft für wenig Geld. Einige davon sind vordergründig sehr zeitgebunden, beispielsweise Nr. 2 zu *Klassenkampf und Bildungsreform* oder Nr. 27 über *Die elternlose Generation,* aber bei genauerem Hinsehen findet sich darin eine vollständig entfaltete Kritikfolie für so gut wie alles, worüber wir uns in zahllosen rechten und konservativen Publikationsorganen gegenwärtig immer noch die Finger wundschreiben – wir befinden uns nämlich an einem End- oder Kulminationspunkt mehrerer Entwicklungen gleichzeitig (von Feminismus bis Ökologie, Erziehungsnotstand, Wissenschaftskapitulation, Kirchenkrise, Gesundheitsfundamentalismus und Technokratie), die in den siebziger und achtziger Jahren in der Bundesrepublik bereits zur Kenntlichkeit hervortraten. Einzelne Bände der *Initiative*-Reihe lohnen sich, neu veröffentlicht zu werden, besonders möchte ich hier Band Nr. 63, *Der asketische Imperativ. Strategien der Selbstbeherrschung,* herausheben.

1984 erschien Kaltenbrunners provokatives Bändchen *Elite. Erziehung für den Ernstfall,* das als *kaplaken* Nr. 10 im Jahre 2008 wieder aufgelegt wurde (und ein als Einstieg perfekt geeignetes Kapitel über Geheimgesellschaften enthält), 1987 der *Initiative*-Sammelband mit dem Titel *Was ist deutsch?,* wohl sein politischstes und »rechtestes« Buch. Ab 1990 nichts mehr davon. Provokation, Politik, Teilnahme am »gesellschaftlichen Diskurs« waren beendet. Er trat als politischer Theoretiker nie wieder in Erscheinung. Keine Rechtfertigung, keine Programmschrift, keine »persönlichen Gründe« sind auffindbar. Abschiedlichkeit?

Statt dessen vergrub sich der Denker in die Höhen des Geistigen – die Metapher in meinem

Satz ist nicht schief, sondern entspricht Kaltenbrunners Habitus: tief schürfen, um hoch hinaus schauen zu können. *Johannes ist sein Name* (1993) widmet sich dem »gleichnamigen Priesterkönig und Gralshüter, dessen Einfluß in der abendländischen Geistesgeschichte kaum überschätzt werden kann« *(Staatspolitisches Handbuch: Vordenker)*. In seinem größten Spätwerk, *Dionysius vom Areopag. Das Unergründliche, die Engel und das Eine* (1996), lese ich immer wieder, immer noch – es ist unfaßbar. Dies meine ich als Lobpreis des Lobpreises jenes schillernden, schwierigen, in seiner historischen Existenz so umstrittenen wie in seiner geistigen Existenz weltbewegenden Areopagiten: kaum auf den Begriff zu bringen, gleichzeitig schwärmerisch *und* hochpräzise.

In seinem kleinen Nachwort zu *Elite* hat Götz Kubitschek geschrieben, das »Konzept der Kulturrevolution, dem auch Kaltenbrunner anhing, ist nicht tot«. Eigentlich gibt es doch kaum etwas Unkonservativeres als ausgerechnet »Kulturrevolution«. In der Tat ist im Vorwort zum *Inititiative*-Band Nr. 6, *Zur Emanzipation verurteilt,* von einem »zweideutigen Anspruch des Emanzipationsbegriffs der westlichen Kulturrevolution« die Rede, der darin bestehe, »jede Art von Zwang beseitigen« zu wollen, worauf Kaltenbrunner ironisch bemerkt, in letzter Konsequenz werde es bald nicht mehr heißen, jemand sei satt, sondern er habe sich emanzipiert vom Hunger. Dementsprechend könne alles, was als Widerstand, Übel oder Hemmung empfunden wird, als Mangel an Emanzipation verstanden werden. Dies aber lasse sich reduzieren auf das »protestlerisch gereizte und mit Ekel gepaarte Mißtrauen gegen alles Bestehende«. »Mit einer sich in Abstraktionen austobenden idealistischen Wut wird, wie dem Licht die Finsternis, einem progressiv-kritisch-demokratisch-emanzipatorischen ein konservativ-positivistisch-autoritär-technokratisches Lager entgegengesetzt. Geschichte und Gegenwart erscheinen dann extrem polarisiert, denn der Feind ist a priori ermittelt und das gute Gewissen der eigenen Partei garantiert.« Die ewige Linke *in nuce*.

Eigentlich wäre sie in einem fairen Boxkampf hiermit ein für allemal erledigt. Aber der Witz der linken »Kulturrevolution« besteht gerade darin, sich von Widerlegungen nicht beirren zu lassen und »alles Bestehende« bis auf den heutigen Tag stur weiter zu unterminieren, bis es fällt.

Gerd-Klaus Kaltenbrunner setzte dieser Wühlarbeit das entgegen, was er – hier ganz im Geist der Konservativen Revolution, die er andernorts namentlich in der Gestalt Moeller van den Brucks scharf kritisierte – »eine Philosophie revolutionärer Bewahrung« nannte. Ein solcher Konservatismus ist jedoch in seinem Kern ganz und gar abschiedlich gestimmt, denn er fußt auf »einer Anthropologie, die sich nicht um die Doppelstrebigkeit, Gegensätzlichkeit und Zwieseligkeit des Menschen, seine schwankende Stellung zwischen Schicksal und Machbarkeit, Gegenwärtigkeit der Vergangenheit und Gegenwärtigkeit der Zukunft betrügt.«

Wenn sie »Kulturrevolution« so verstehen, können Konservative (um mit Alex Kurtagić zu sprechen) allerdings »immer nur verlieren«. Es wäre also wohl ratsam, unseren Helden trotz des paradoxen Wortspiels mit der »revolutionären Bewahrung« aus dem gesamten Denkbild der Revolution herauszunehmen. Er ist in diesem Sinne schlicht und einfach kein politischer Denker und ist es auch nie gewesen. Was er jedoch gewesen ist, und zwar gerade und eigentlich in seiner konservativen Theoriephase: ein Korrektiv zum grassierenden politischen Denken und dessen Machtpraxis. Ein politischer Denker jedweder Couleur will das »gute Gewissen der eigenen Partei« metapolitisch aufmunitionieren, will, daß sein eigenes Lager den Kampf gewinnt. Kaltenbrunner war viel zu skeptisch, viel zu behutsam, viel zu tief davon überzeugt, daß der Kampf in Wirklichkeit auf einer anderen Ebene ausgetragen werden muß und historisch ausgetragen worden ist, nämlich auf der geistigen Ebene. Ich lese ihn als großen Vordenker eines geistigen Widerstands, viel weniger als einen Vordenker des politischen Konservatismus, für den Kaltenbrunners mannigfache Einwürfe, Richtigstellungen und geschichtliche Klärungen ein bitter nötiges Korrektiv sind.



In seinen »Zehn Geboten für Konservative« findet sich unter der Ziffer 4 ein Gedanke, der scheinbar die Einschätzung widerlegt, Kaltenbrunner sei der Vordenker eines geistigen und nicht politischen Widerstands: »Wisse: Konservativ ist heute, wer sich auf die Seite der Demokratie schlägt. Wer gegen die Arroganz selbsternannter Vögte und Vormünder kämpft, die vorgeben, die Demokratie zu erweitern, zu vertiefen und mit emanzipatorischem Inhalt zu erfüllen, in Wirklichkeit aber auf eine gnadenlose totalitäre Bürokratie und Parteidiktatur hinarbeiten.«

So ein Kaltenbrunner könnte heute beinahe zu den »Querdenkern« gezählt werden! Doch auch hier wieder: der schmerzhafte Abschied von der »Demokratie« ist innerlich bereits vollzogen, Kaltenbrunner weiß schon 1975, daß sie unaufhaltsam umgebaut wird in »gnadenlose totalitäre Bürokratie und Parteidiktatur«. Auf Demokratie im Gegensatz zur »Demokratisierung« zu setzen stellt ein retardierendes Moment dar. Es ist ebenjene »produktive und kulturstiftende wie bewahrende Hemmung«, durch die abschiedliches Denken und Wollen geprägt sind. Hemmung ist kein politisches Konzept, sondern ein geistiges Hilfsmittel zur Weltbewahrung. ■

## Die Ordnung der Dinge

**Edvarts Virza: *Straumēni,* Berlin: Guggolz 2020. 333 S., 25 €**

Im Guggolz-Verlag, der sich zur Aufgabe erkoren hat, vergessene Meisterwerke der baltischen und anderer randständiger Literatur zurück in den Strom der Leseflüsse zu führen, erschien nun ein wundersames, einzigartiges Buch: *Straumēni.*

Hinter diesem geheimnisvollen Namen steht ein altes lettisches und wohl fiktives Gut, dessen verwehtes Leben Edvarts Virza 1933 aus der Erinnerung beschrieb. Der Hof steht im Mittelpunkt der Schilderung, die darauf lebenden und arbeitenden Menschen sind seine Diener, eingebettet in das magische Quadrat aus Haus-Mensch-Natur-Geister. Alle sind Glied einer langen Kette, deren Anfang im historischen Dunkel – im Volk eingebettet – verschwunden ist, die zugleich aber geschlossen wird vom ewigen Kreislauf der Jahreszeiten, welche Virza als Gerüst, man kann auch sagen: als Joch nutzt. Denn das Joch – »sie waren alle in ein Joch gespannt, das sie bis zum Tode zu tragen hatten« – ist hier in erster Linie Ordnung und garantiert die Freiheit durch die Struktur. Man kann das Buch daher wie einen Ring an jeder beliebigen Stelle anfassen und das Rund umtasten, denn es schließt dort, wo es beginnt; die Handlung vollendet den Kreis.

Und wenn man hier von Handlung spricht, dann meint man nicht die Handlung eines geläufigen Romans – denn diese ist abwesend –, sondern das Handeln, das Handwerk, das Handhaben, das Hantieren, das, was die Hände leisten, dann spricht man von der Arbeit, die den Menschen Sinn und Orientierung gibt und die dazu führt, daß sie ihre Hände am Ende der Ernte nicht mal mehr strecken können.

Es ist ein Hohelied auf den Reichtum des einfachen Lebens, das die Vielfalt aus sich selbst gewinnt und das Hereinholen des Fremden und Neuen kaum benötigt. »So hatten ihre Vorfahren gelebt, und so lebten auch sie, schöpften ihre Kraft aus der Erde, mischten sich mit allem, was sie hervorbrachte, und blickten mit gelehrigen Augen durch den Staub der Arbeit in die Zukunft.« Alles in diesem Quadrat greift ineinander, alles hat Sinn und Zweck, alles ist belebt und beseelt, alles hat seinen Platz, alles eine Wurzel: »Mit Bewegungen, die ihnen seit uralten Zeiten angeboren waren, machten sich die Männer an die Arbeit.« Wie eine ferne, fast unwahre Melodie erklingt dem heutigen durchindividualisierten Leser die Erzählung der Geschehnisse, des Ablaufs der Dinge, als der Mensch noch ein Abschnitt eines langen Fadens war, den die Spindel der Zeit in gleichförmigen Rhythmen aufnahm und abspulte.

Virza wählt den entscheidenden Punkt des Umschlagens, er idealisiert nicht, er zeigt auch die Härte, gelegentlich die Brutalität, er scheut nicht den Tod und das Töten – auch dies eingebettet in die jährlichen Bahnen. Es ist der historische Augenblick des Einzugs des sogenannten Fortschritts: in der Darre hängen noch die alten Geräte, um deren Nutzung kaum noch jemand weiß, und eine neue Dreschmaschine, die den Flegel ersetzte, gefiel den Alten nicht, »weil das von ihr gedroschene Korn nicht mehr die rechte Reife und das Brot nicht mehr den Duft nach Getreide hatte.« Überhaupt war das Brotbacken mystisch, »denn bei der Geburt von Brot fanden Dinge statt, von denen nur die Frauen etwas verstanden.«

Man muß dieses Buch schon deswegen haben, weil es eine unschätzbare Sammlung, gleichsam phänomenologisch, an fraulichen und männlichen Arbeiten bietet. Aber auch der natürliche Wandel wird eingefangen und wie in einem Honigglas konserviert – so unerschöpflich wie die beschriebene Natur ist auch die sie beschreibende Phantasie und Wortfreude Virzas: Immer wieder findet er neue faszinierende Bilder. Das Buch ist eine Augenweide, ein Klangteppich, eine Geruchskomposition, ein Sammelsurium an verklungenem Vokabular, ihm entsteigt förmlich der Duft des gemähten Heus, das Geklapper der Flegel, das Farbspiel der Felder, die klirrende Kälte des Winters. Und aus all dem zieht Virza mitunter kryptische Schlüsse der Weisheit, der Essenzen, des Geistes, des Wesens; wie der Rigaer Balsam die Seele der Kräuter einfängt, so enthält dieses zauberhafte Buch das blanke Sein – wie es war, wie es sein sollte, wie es richtig ist: die Ordnung der Dinge.

JÖRG SEIDEL ■

## Bitte teile diesen Clip

**Tina Uebel: *Dann sind wir Helden. Roman,* München: C.H. Beck 2021. 269 S., 23 €**

Möglicherweise wäre ich nie auf die Schriftstellerin, Bergsteigerin und Weltreisende Tina Uebel aufmerksam geworden. Sie ist eine der unüberschaubar vielen Kulturschaffenden, die so durch die Gegend wuseln, Veranstaltungen organisieren, mitwerkeln, publizieren. Wenn da nicht

Frau Uebels fulminanter, erschütternder Aufsatz in der *Zeit* vom 13. Juni 2018 gewesen wäre! Er titelte: »Der große Verlust. Wie die politische Korrektheit meine Arbeit als freie Schriftstellerin einschränkt.« Und der bot Tacheles, er nannte nämlich auch Roß und Reiter. Frau Uebel zählte hier mannigfaltige Beispiele auf, wo und inwiefern sie und Kollegen von Redaktionen und Lektoren daran gehindert wurden, die bereiste Welt so darzustellen, wie sie sich eben darbot. Nein, bitte nichts über Hahnenkampf in Kolumbien, nichts über Walfang bei den Inuit und bitte niemals »schwarzen Humor«! Bitte nicht über die Welt berichten, wie sie ist, sondern nur so, wie sie sein sollte!

Diese Frau, die diese Gemengelage so konsterniert wie belustigend darstellte, war mir grundsympathisch. Ich las mich ein. Der Gleichklang erwies sich als tragfähig. Diese Frau mit der wilden blonden Mähne: was für eine Menschenkennerin! Eine weitere heimliche Freundin!

Nun ihr neuer Roman: In ihn stolpert man ein wenig hinein. das Buch wirkt zunächst konfus. Wir haben hier a) Kathrin, quasi entsorgte, also überflüssig gewordene Mutter und Ehefrau, die mit ihrem schüchtern begonnenen Videokanal (»Auf meiner Veranda«) voll durchstartet: gefühliges Alltagsgelaber, aber massenkompatibel. Es hagelt Likes und Follower. Dann haben wir b) Jero, einen Bergführer durch die Schweizer Alpen. Manchmal begleitet er Familien, gelegentlich ehrgeizige Sportler auf ihren Touren. Jero weiß, daß diese Gipfel nicht »cool« sind und selfietauglich. Sie sind im Grunde: menschenfeindlich, wenigstens ignorant, stumme Herrscher. Dennoch geht Jero wertschätzend mit seiner Klientel um. Er ist ein Profi. Dann haben wir c) Jürg Beltrane, einen Motivationscoach, der göttergleich verehrt wird, eine Figur wie aus einem Juli-Zeh-Roman. Er spricht seine Botschaften hier zwischendurch ein. Er tut es sehr authentisch. Es geht um Belange wie »Mut«, »Risiko« oder »Freuen«. Beltrane sorgt für Empowerment: Du willst es? Du schaffst es! D) geht es um Ruth, im persönlichen Mittelalter, kinderlos. Sie war offenkundig erfolgreiche Powerfrau in Hamburg. Jetzt zieht sie wandernd und stur »gen Osten«. Sie geht, nein klettert an ihre Grenzen. Sie wird sie vielfach überschreiten. Sie ist nicht gewappnet, sie ist nur zäh und opferwillig. Zuletzt haben wir e) Simon. Er ist der Sohn von a) Kathrin. Noch-Schüler, hochbegabt. Für Mama »der Kleine«, tatsächlich längst erfahren in mancher Hinsicht. Er wird anläßlich der G20-Proteste in Hamburg zu großer Form auflaufen. Er wird auf die Knie fallen vor diesem einem Mann, der inmitten des Chaos vor einer Ampel stehenbleibt und auf Grün wartet. Denn in Wahrheit ist der überreifende Sinn und jegliches Korsett allen hier längst abhanden gekommen. Lose Fäden verbinden unsere fünf Protagonisten.





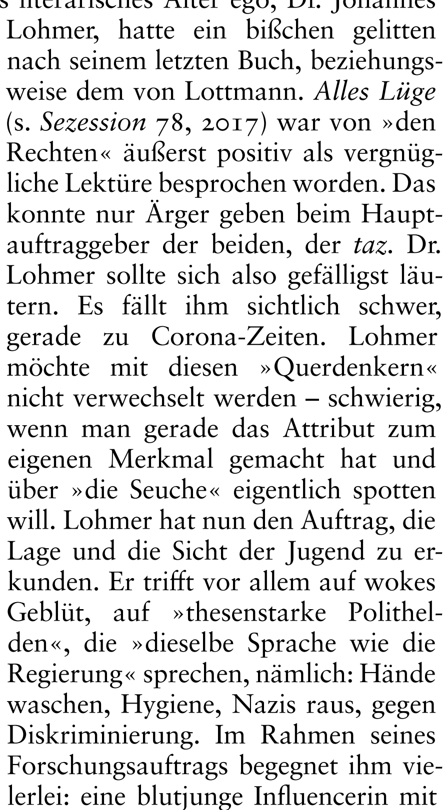


Wir finden siebzig knappe Kapitel vor, in einem Buch, das letztlich zu einem Sog wird. Bei Jeros meist sportlichen Klienten geht es oft um Höhenangst und um unterschiedliche Arten der Schwäche: »Jero weiß, daß jenseits der Angst die vollkommene Freiheit liegt, und nur dort.« Diese Leute hier wagen den Schritt. Ihr Scheitern ist, wenn, dann fast heroisch. Ein grandioser Roman!

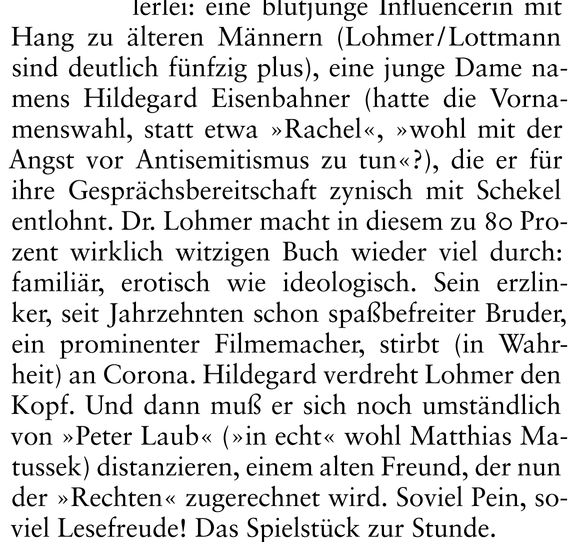
ELLEN KOSITZA ■

## Spielstück zur Stunde

**Joachim Lottmann: *Sterben war gestern. Aus dem Leben eines Jugendforschers. Roman,* Köln: KiWi 2021. 351 S., 12 €**



Endlich ein Lottmann wieder, nach vielen Jahren! Was soll man denn sonst lesen, auf ÖPNV-Fahrten oder einfach mal zwischendurch? Herrn Lottmanns literarisches Alter ego, Dr. Johannes Lohmer, hatte ein bißchen gelitten nach seinem letzten Buch, beziehungsweise dem von Lottmann. *Alles Lüge* (s. *Sezession* 78, 2017) war von »den Rechten« äußerst positiv als vergnügliche Lektüre besprochen worden. Das konnte nur Ärger geben beim Hauptauftraggeber der beiden, der *taz*. Dr. Lohmer sollte sich also gefälligst läutern. Es fällt ihm sichtlich schwer, gerade zu Corona-Zeiten. Lohmer möchte mit diesen »Querdenkern« nicht verwechselt werden – schwierig, wenn man gerade das Attribut zum eigenen Merkmal gemacht hat und über »die Seuche« eigentlich spotten will. Lohmer hat nun den Auftrag, die Lage und die Sicht der Jugend zu erkunden. Er trifft vor allem auf wokes Geblüt, auf »thesenstarke Polithelden«, die »dieselbe Sprache wie die Regierung« sprechen, nämlich: Hände waschen, Hygiene, Nazis raus, gegen Diskriminierung. Im Rahmen seines Forschungsauftrags begegnet ihm vielerlei: eine blutjunge Influencerin mit Hang zu älteren Männern (Lohmer/Lottmann sind deutlich fünfzig plus), eine junge Dame namens Hildegard Eisenbahner (hatte die Vornamenswahl, statt etwa »Rachel«, »wohl mit der Angst vor Antisemitismus zu tun«?), die er für ihre Gesprächsbereitschaft zynisch mit Schekel entlohnt. Dr. Lohmer macht in diesem zu 80 Prozent wirklich witzigen Buch wieder viel durch: familiär, erotisch wie ideologisch. Sein erzlinker, seit Jahrzehnten schon spaßbefreiter Bruder, ein prominenter Filmemacher, stirbt (in Wahrheit) an Corona. Hildegard verdreht Lohmer den Kopf. Und dann muß er sich noch umständlich von »Peter Laub« (»in echt« wohl Matthias Matussek) distanzieren, einem alten Freund, der nun der »Rechten« zugerechnet wird. Soviel Pein, soviel Lesefreude! Das Spielstück zur Stunde.



ELLEN KOSITZA ■



## Spätes Erwachen

**Gregor Schöllgen, Gerhard Schröder: *Letzte Chance. Warum wir jetzt eine neue Weltordnung brauchen,* München: DVA 2021. 256 S., 22 €**

Es entspricht einer Art bundesdeutscher Tradition, daß unkonventionelle und richtungweisende Bekenntnisse von Bundeskanzlern erst dann geäußert werden, wenn sie ihr Amt längst aufgegeben haben. Helmut Schmidt (1918–2015) kann als das prominenteste Beispiel für diese These gelten. Noch heute werden etwa seine Mahnungen vor überbordendem Multikulturalismus auch rechts der Mitte anerkennend zitiert – doch natürlich unternahm auch Schmidt nichts gegen entsprechende Entwicklungen, die bereits in seiner Amtszeit durch neue Migrationsschübe an Fahrt aufnahmen. Gerhard Schröder, wie Schmidt gelegentlich als ein »Sozialdemokrat alter Schule« verklärt, ist ein weiteres Beispiel. Ahmte Schröders rot-grüne Koalition 1999 noch den westlerischen, US-gepolten Interventionismus gegen widerspenstige Nationen wie Serbien nach, als man sich – völkerrechtswidrig, wie Schröder 2014 einräumen mußte – in den Kosovokrieg stürzte, präsentiert er sich heute als einsichtsvoller Geopolitiker, der für Frieden, Freiheit und Souveränität aller Nationen in einer neuen Weltordnung eintrete. Dies entspricht denn auch der Leitlinie seiner neuen Publikation, die er mit dem eigenen Biographen, dem Erlanger Historiker Gregor Schöllgen, vorgelegt hat.




Aufwind dürften durch *Letzte Chance* zunächst jene Schröder-Kritiker erhalten, die sein Engagement für russische Staatsunternehmen grundsätzlich verwerfen. Schröder sei ein »besserer Handelsvertreter Wladimir Putins«, so formulierte es jüngst der Politikwissenschaftler Albrecht von Lucke (*Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/2021). Und natürlich findet Rußland auch im neuen Buch statt: Schöllgen und Schröder positionieren sich gegen wirtschaftliche Sanktionen und Boykotte. Entsprechendes Handeln sei keine sinnvolle Option, weil man nur der Bevölkerung schade (man vermißt diese kategorische Aussage später, als es um Syrien geht: Hier reproduziert das Autorenpaar altbekanntes Raunen gegenüber Damaskus). Man müsse Rußland als Partner begreifen, ob bei Nord Stream 2 oder in Fragen europäischer Sicherheitspolitik; der Kalte Krieg sei vorbei; die US-Weltpolitikinterpretation keineswegs bindend für Deutschland. Das alles bewegt sich im Rahmen angemessener interessenpolitischer Positionen – Putin-Verehrung oder Rußlandverklärung sucht man vergeblich, ja die Krim-Annexion wird sogar als »Bruch des Völkerrechts« aufgefaßt.

Ein Ärgernis ist vielmehr die Aneinanderreihung von Allgemeinplätzen über fast 170 Seiten hinweg. Man hat das alles schon gelesen, gehört, gesehen; man hat es phasenweise regelrecht satt, über die dutzendfach aufgearbeiteten Krisen des Westens, die Geschichte der NATO oder auch das Treiben verschiedener US-Präsidenten aufgeklärt zu werden. Doch dann folgt eine Kehrtwende der Autoren. Wohl stärker als Schröder dürfte es der Kriegsforscher Schöllgen (*Krieg. Hundert Jahre Weltgeschichte,* München 2017) sein, der dem Buch doch noch seinen Stempel aufdrückt (der Leser erfährt das nicht, die einzelnen Kapitel sind nicht namentlich gezeichnet). Es geht um mannigfaltige Kriege und Konflikte in verschiedenen Winkeln Afrikas mit oftmals unterschätzten Rückwirkungen auf Europa. Man lernt einiges über Stammesfehden und Massaker, Ressourcenpolitik und Rohstoffausbeutung, Kolonialnachwirkungen und heutige Handlungskatastrophen der autochthonen afrikanischen Eliten. Der Westen, so begreift man, hat dabei trotz aller Bürgerkriege und Flüchtlingswellen nicht viel gelernt: »Es gelten seine Spielregeln, es gilt sein Verständnis von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und freier Marktwirtschaft«, und zwar »ganz gleich, ob das alles in anderen Kulturkreisen eins zu eins umsetzbar ist oder nicht«.

Schöllgen und Schröder legen diese schonungslose Analyse gescheiterter Staaten Afrikas aber nicht vor, ohne aus ihr eine eigene politische *Conclusio* abzuleiten: Deutschland und Europa müßten fortan eine stärker gestaltende Rolle in der Afrika- und der Weltpolitik spielen und am Aufbau einer neuen Ordnung offensiv arbeiten. Das impliziert für das Autorenduo zunächst eine Loslösung von US-Narrativen (ja!), eine europäische Einheitsarmee (unter gegebenen Verhältnissen: wie?), eine »Politische Union« Europas (ohne Korrektur der Gründungsfehler: warum?) und – langfristig – eine »Solidargemeinschaft der globalen Welt« (inwiefern real?). Vermischen sich hier kluge und voluntaristische Gedanken zu einer geopolitischen Absichtserklärung der Weltharmonie auf Augenhöhe, lassen es sich die Autoren nicht nehmen, am Ende noch Schröders Nachfolgerin Angela Merkel einen Seitenhieb zu verpassen: Angesichts der ansteigenden Flüchtlingsbewegungen sei es nicht möglich, einer Mehrheit potentieller Migranten Hilfe auf europäischem Boden angedeihen zu lassen. Man müsse vor Ort, in den Kriegs- und Krisenländern, stärker agieren. Denn Europas Kapazität zur Aufnahme von Migranten sei begrenzt, eine Obergrenze somit obligatorisch. Doch bedauerlicherweise habe man keine »funktionierende Asyl-, Flüchtlings- und Migrations-, mithin auch keine Abschiebe- beziehungsweise ›Rückführungs‹-Politik, die diesen Namen verdient«. Das ist korrekt. Nur: Wer war doch gleich in Regierungsverantwortung in den Jahren 1998 bis 2005, besaß eine sogenannte Richtlinienkompetenz und organisierte *nichts* davon? Es bleibt, wie es ist: Extraordinäre Erkenntnisse scheinen erst Jahre nach der Amtsabtretung eines Kanzlers durchzuschlagen.

BENEDIKT KAISER ■

## Himmelreich statt NWO

**Zhao Tingyang: *Alles unter dem Himmel. Vergangenheit und Zukunft der Weltordnung* (= *suhrkamp taschenbuch wissenschaft*), Berlin: Suhrkamp 2020. 266 S., 22 €**

Dieses Buch birgt ein Feuerwerk an Irritationen für Menschen liberaler, transatlantischer und menschenrechtsuniversalistischer Provenienz. *Alles unter dem Himmel* entfaltet eine Sprengwirkung indes im selben Maße für Chinaskeptiker aller Couleur. Denn die Schrift Zhao Tingyangs (* 1961) stellt keine Meinungsäußerung innerhalb eines europäischen Lesern vertrauten Weltanschauungs- und Wertespektrums dar, sondern wartet mit fundamental anderen Parametern auf. Dem Professor für Philosophie an der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften zu Peking, einer führenden staats- und parteinahen Bildungsinstitution der Volksrepublik, geht es um nicht weniger als die Inauguration eines weltweit gültigen Denkansatzes, den er aus der klassischen chinesischen Philosophie entleiht und für eine kommende Epoche zurüstet: Tianxia, sinngemäß: »Alles unter dem Himmel«. Eine produktive Verknüpfung von »ganz Altem und ganz Neuem« nannte der europäische Denker Guillaume Faye »Archäofuturismus«. Zhao nennt es »kombinierte Synthese«. Dem in Chinas Staats- und Parteiführung eifrig rezipierten Forscher geht es um »das politische Ideal einer Weltordnung«, in der die »Inklusion der Welt« verwirklicht werden könne. Im schrittweise zu erreichenden Tianxia-System würden bewaffnete Konflikte innerhalb der Staatenwelt durch gemeinsame Prinzipien und Interessen aufgehoben werden. Hierfür bedürfe es etwa der strengen Selbstverpflichtung auf (konfuzianische und andere) »Tugenden«, aber auch einer Abkehr von internationaler Politik, da sie als Politik zwischen den Staaten die Konkurrenz der Individuen auf nationaler Ebene reproduziere. Tianxia bedeute hingegen die »Welt als Entität«, die mittels Koexistenz und Partnerschaft auf Basis von Vertrauen und gegenseitiger Verschränkung die Überführung vom Konflikt in die Kooperation vollziehe. Das historisch existierende und global zu aktualisierende Vorbild hierfür sieht Zhao in der Epoche der Zhou-Dynastie im Jahrtausend vor Christus verwirklicht, deren einstiges System der Verteilung von Rechten und Pflichten unter Herrschern, Beherrschten, Kronländern etc. er schildert. Diese Kapitel fordern dem Leser einiges ab. Zum einen, weil Zhao selbst einräumen muß, daß vieles auf retrospektiven Annahmen, kritischer: Projektionen, beruht. So währte auch die Zhou-Epoche nicht ewig; ihr dezentrales »Systemdesign« erodierte trotz aller »Rationalität«. Zhaos Erklärung: Das Tianxia-System war seiner Zeit voraus. Wenn er dann über China in theologischer Hinsicht schreibt, weckt das problematische Erinnerungen an jene heilsgeschichtliche Rolle, die sich die USA zuschreiben – was seinen Standpunkt nicht stärkt.

Zhaos Fundamentalkritik der Neuen Weltordnung samt Forderung, wonach das »gegenwärtige internationale Dominanzsystem« fallen müsse, erzeugt beim Rezensenten derweil keinen Dissens. Gleichwohl kommt erneut Argwohn auf, wenn Zhao die »Etablierung eines Weltsystems« einfordert, das auf »universaler Koexistenzialität« basiere. Nur: Wer setzt weltweit Ordnungsprinzipien durch? Wer sagt, daß die »Welt der Inklusion aller möglichen Welten« keine neuen Widersprüche hervorruft?

Gewiß: Die Analysen des globalen Imperialismus der USA, dessen Quintessenz die Vermählung von »globalisierter politischer Macht, globalisiertem Kapital sowie einem globalisierten Sprachmarkt« darstelle, ist wortgewaltig; die Denunziation der menschenrechtlich-universalistisch verschleierten Kriegshistorie stringent; die Wendung, wonach es den USA gelungen sei, »drei Rollen in sich zu vereinen: mitzuspielen, die Regeln festzusetzen und die Art des Spiels zu bestimmen«, pointiert. Doch warum der »kompatible Universalismus« des Tianxia-Designs weniger Konflikte verursachen würde als der »unilaterale Universalismus« des Westens, leuchtet in der Beweisführung nicht vollends ein.

Herausragend sind die abschließenden Betrachtungen. Zhao untersucht, wie jeder Mensch komplexen digitalen Systemen unterworfen ist. Eine »Diktatur neuen Stils« als »paradoxes Produkt von Freiheit und Demokratie« entstehe, die durch eine »Publikatrie« als Herrschaft der veröffentlichten Meinung abgesichert werde: »Die Medien werden darüber entscheiden, welche Meinung willkommen ist, das Finanzkapital darüber, was als profitable Aktion anzusehen ist, die Hochtechnologie über all das, was in Zukunft möglich sein wird.« Diese »Dreieinigkeit von Kapital, Technologie und Dienstleistung« sei die neue »globale systemische Macht«, ihre Ideologie der (US-sozialisierte) »technokratische Idealismus«.

Aber wieso soll das Tianxia-System als eine »den Staaten übergeordnete Weltordnung« die »technologische Diktatur« verhindern? Daß Zhao Tingyang einräumen muß, daß sein Ideal schlechterdings »schwer realisierbar« sei, spricht für die Fähigkeit zur Selbstkritik. Daß diese Idee aber »das Ende der Hegemonialsysteme« bedeuten würde, kann man kaum glauben. Eher würde dies die Ablösung der US-Hegemonie durch die Installation einer chinesischen bedeuten. Daß letztere mehr geistigen Tiefgang mit sich bringen würde, beweist vorliegende Schrift; daß für Europa die Eingliederung in das Tianxia-Systemdesign wohl Subordination verhieße, ebenso. Gelesen haben sollte man das Buch trotz der Einwände: Es gehört zu den meinungsstärksten Büchern unter dem Himmel.

BENEDIKT KAISER ■

## Alles so zerstreut

**Axel Schildt: *Medienintellektuelle in der Bundesrepublik,* hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Gabriele Kandzora und Detlef Siegfried, Göttingen: Wallstein 2021. 896 S., 46 €**

Wie stand es um den medialen Diskurs der Nachkriegszeit? Was waren die Themen, die Schreiborte, die Protagonisten? Die Deutungselite, die Wahrnehmungsavantgarde? Ein kiloschweres Mammutwerk wurde uns bezüglich dieser Fragestellungen hinterlassen. Sein Autor, der westdeutsche Historiker Axel Schildt (1951–2019), starb vor dessen Vollendung. Hätte er uns Lesern per *final cut* ein paar hundert Seiten erlassen, wenn es in seinem Ermessen gelegen hätte? Er hätte gut daran getan! Wir lesen: Er saß seit 2010 an diesem Buch. Nun finden wir Kraut und Rüben vor, und über 2700 (!) schlechtsortierte Fußnoten. Schildt rezipierte schlichtweg »alles« (zwar einseitig, doch dazu gleich), und bis zu seinem Tod kam er mit der Sondierung kaum hinterher. Dazu kommt: Schildts Ausblick über die »Medienintellektuellen« endet in den späten sechziger Jahren. Er sollte eigentlich die Nachkriegszeit bis 1989 umfassen. Zwei von knapp viereinhalb Jahrzehnten fehlen also. Schildts Ehefrau Gabriele Kandzora und sein Kollege Detlef Siegfried haben die Edition notdürftig besorgt. Sie haben es allzu skrupulös getan. Sie haben weder (vielfältige) Redundanzen getilgt noch dort eingegriffen, wo es nötig gewesen wäre. Beide weisen übrigens darauf hin, daß sich Schildt auf jenem berüchtigten Historikertag in Münster 2018 noch einmal »klar gegen rechts« (sic) positioniert habe. Trotz alledem stehen wir vor einem lesenswerten, immerhin elegant geschriebenen Sammelsurium. Zahlreiche bisher unbekannte Fundstücke inklusive: Wie verortete sich Ernst von Salomon gegenüber seinem Freund, dem Publizisten Alfred Kantorowicz, noch 1947? »Annoncieren Sie mich getrost als das, was ich wirklich bin, als einen Vertreter des Neuen Nationalismus der dreißiger Jahre. Ich habe keinen Grund, mich zu genieren. Heute bin ich ein Vertreter der fünften Zone, der deutschen Zone, der Deutschen, die in der Zerstreuung leben.«




Es gibt drei Großkapitel, wo es gut und gerne zehn hätten sein können. Sie lauten: I. Die Neuordnung des intellektuellen Medienensembles in der Nachkriegszeit, II. Einübung des Gesprächs – Intellektuelle in den Medien der frühen Bundesrepublik und III. Die Intellektuellen in der Transformation der »langen 60er Jahre«. Allein sämtliche dort abgedruckten Passagen über den Linkskatholiken Walter Dirks würden eine eigene Monographie hergeben! Dirks firmiert hier – eher unversehens, da kaum erkenntnisleitend, zumal die »linkskatholische Wende« gar nicht aufgearbeitet wird – qua Quantität als Hauptfigur. Hochinteressant ist das Kapitel über das Radio als zentrales Medium der *re-education.* Der elitär-konservative Wolfgang Frommel hatte bereits 1933/34 Radiosendungen bestritten. Doch richtig los im neuen Medium ging es erst ab 1947 mit dem vielgehörten intellektuellen »Nachtprogramm« des staatlich subventionierten Rundfunks. Im Bayerischen Rundfunk wurde es das »Problemstudio« genannt. Im NWDR, dem Nordwestdeutschen Rundfunk, – das schildert Schildt schön – entbrannte bald ein jahrelanger Lagerkampf. Konservative wie Otto Strasser und Klaus Mehnert empfanden den Sender (»Kommune, Spanienkämpfer, Soldatensender Calais, pornographische Abteilung«) als »kommunistisch durchsetzt«. Übrigens brachten die Sender entgegen der Legende vom »großen Schweigen« bereits 1950 umfangreiche Sendungen zum Thema Antisemitismus. Interessant auch dieser Befund: wie die Bedeutung der Professoren gegenüber den »Schriftstellerintellektuellen« Jahr für Jahr abnahm. Oder dies: der »Dualismus von Geist [Frankfurt] und Macht [Bonn]«.

Das relevante Thema der »Deutungselite« entgleitet Schildt jedoch regelmäßig. Er kommt nicht zum Punkt. Er sammelt nur an und trifft teils ziellose Abwägungen, die oft mehr Unterstellungen sind. Carl Schmitt ein »NS-Aktivist«? Der »reaktionäre Katholik« Gerd-Klaus Kaltenbrunner als einflußreicher Herausgeber der *Herderbücherei Initiative* firmiert hier als »Klaus-Peter«. Das Buch des rechtskonservativen Hans Zehrer, *Der Mensch in dieser Welt* (1948), wurde 55000mal verkauft – laut Schildt vermochte dieses Werk aber wegen »unerträglicher Verquastheit« nicht zu »reüssieren«. Einmal gilt der *Spiegel* Schildt für »wenig intellektuell«, wenige Zeilen später dessen Lektüre aber als Ausweis von Intellektualität. Der Autor hantiert durchweg mit eigenartigen Maßstäben. Ohnehin wird anhand Schildts Diktion deutlich: Wo Rechte sich zu Wort melden, wird »schwadroniert«, »fabuliert«, »lamentiert« oder »sich inszeniert«. Linke Vordenker hingegen »geben zu bedenken« oder »schalten sich ein«. Als »geistiger Mentor« von Schildt firmiert übrigens der marxistische Politologe Wolfgang Abendroth. Insofern wundert hier manches nicht: Arnold Gehlen findet sich in diesem Überblick über Medienintellektuelle mit einem einzigen Werk, Linke wie Kurt Sontheimer, Peter Brückner oder Richard Faber hingegen dutzendfach. Ein definitiv wirksamer »Medienintellektueller« wie Gerhard Löwenthal kommt gar nicht vor – wohl aber, und zwar in der Rolle des Dissidenten, ausgerechnet Karl-Eduard von Schnitzler! Frauen, so bemerkt Schildt zu Recht, hatten mit Ausnahme von Marion Gräfin Dönhoff damals nichts zu vermelden. In der *Jüdischen Allgemeinen* vom 7. Januar 2021 wurde vermerkt, daß Schildt hier die »bemerkenswerte Radio- und Zeitschriftenpräsenz jüdischer Intellektueller« sichtbar gemacht habe, ohne sie explizit hervorgehoben zu haben. Es wäre eine irrwitzige Aufgabe, danach zu gewichten.

ELLEN KOSITZA ■

## Rechtskatholizismus

**Felix Dirsch: *Rechtskatholizismus. Vertreter und geschichtliche Grundlinien – ein typologischer Überblick,* Jüchen: Romeon Verlag 2020. 112 S., 17,95 €**

Der Philosoph, Politikwissenschaftler und Theologe Felix Dirsch ist ein ausgewiesener Kenner der katholischen Sozialphilosophie. Mit dem vorliegenden schmalen, aber außerordentlich inhaltsreichen Band legt er einen Überblick über das Titelthema vor, der dem Leser historische und systematische Orientierung bietet. Zunächst überrascht seine Erläuterung des Katholizismus-Begriffs: Während im alltäglichen Sprachgebrauch kaum zwischen »katholischer Kirche« und K. unterschieden wird, bestimmt er letzteren als historische Reaktion auf den Umbruch der Französischen Revolution, also als vergleichsweise junges Phänomen. Erst aus der folgenden »Ausdifferenzierung in verschiedene Teilsysteme« entsteht eine »Spannung, die eine Interessenvertretung für Katholiken nötig macht.« Diese ist nicht identisch mit der Amtskirche, die den Autonomiebestrebungen von Laien oftmals kritisch gegenübersteht. Dirsch betont, daß die Kirche sich aufgrund ihrer Fähigkeit zur »Complexio Oppositorum« (Carl Schmitt) grundsätzlich sowohl mit linken als auch mit rechten Strömungen verbinden kann. Voraussetzung ist allerdings, daß diese sich »nicht ausschließlich auf äußerlich-hierarchische Strukturen« kaprizieren und dabei wesentliche Glaubensinhalte vernachlässigen. Letzteres führte 1926 zur Zurückweisung von Charles Maurras' Action française durch Papst Pius XI.

Dirsch arbeitet die natürliche Nähe zwischen konservativem Denken und Katholizismus besonders in Hinblick auf die katholische Soziallehre und die gemeinsame kritische Anthropologie heraus, die stets auf die Fehlbarkeit und die »Ergänzungsbedürftigkeit« des Menschen abhebt. Er hebt hervor, daß die anthropologische Ausrichtung der katholischen Soziallehre auf Gemeinwohl und »wechselseitige Unterstützungsbedürftigkeit« der Menschen dem universalistischen Humanismus den Boden entzieht. Das ist, im Augenblick von dessen scheinbar endgültigem Triumph, ein gutes Argument für eine eingehendere Beschäftigung mit diesem Lehrgebäude. Ein auf diese Klärung folgender historisch-typologischer Teil stellt vier Typen von Rechtskatholizismus vor, die ersten drei anhand ihrer bedeutenden Vertreter, den letzten unter der Überschrift »demokratischer Rechtskatholizismus der Gegenwart«. Es ist traurig und bezeichnend, daß diesem kein großer Name zugeordnet werden kann. Historisch markiert ein ordnungspolitisch orientierter K. den Beginn, für den die Zeitgenossen der Französischen Revolution, Joseph de Maistre und Louis de Bonald, stehen. Die Ideen von de Maistres von der Kirche zunächst ungeliebtem Traktat *Du Pape* (1819) gingen später in das Erste Vatikanum ein. Dirsch beschreibt Bonald interessanterweise als frühen Vertreter eines sozialen Funktionalismus (hier verlaufen möglicherweise Verbindungslinien zu einem nicht religiös argumentierenden Denker wie Luhmann). Der zweite Abschnitt widmet sich nach einem großen historischen Sprung dem spanischen Diplomaten Juan Donoso Cortés und Carl Schmitt. Ersteren charakterisiert Dirsch als den »Denker des existentiell-dezisionistisch eingefärbten K. des 19. Jahrhunderts par excellence.« (Hier drängt sich ein Vergleich mit Kierkegaard auf.) Hellsichtig ist die Liberalismuskritik des Spaniers, die sich an dessen Unfähigkeit zu existentiellen Entscheidungen sowie am Überhang des Diskursiven festmacht (Dirsch weist zu Recht darauf hin, daß dieser Punkt unter verschiedenen Vorzeichen bei Habermas und Schmitt wiederkehrt).

Einen ganz anderen Aspekt wiederum verkörpert der österreichische Staatstheoretiker und Volkswirtschaftler Othmar Spann, dessen Denken in faszinierender Weise die organizistischen Anschauungen der Romantik wiederbelebt. Dirsch ordnet ihn unter »rechtskatholischer Universalismus und die Suche nach der verlorenen Ganzheitlichkeit« ein. Spann ist damit, ungeachtet seiner katholischen Positionierung, ein typisch moderner Denker, denn die Moderne ist wesentlich gekennzeichnet durch die rastlose Suche nach einer real oder vermeintlich verlorenen Totalität, ein Motiv, das in der Romantik seinen Einstand gibt und danach bis heute nie wieder abgetreten ist.

Den Rechtskatholizismus der Gegenwart beschreibt Dirsch in Hinblick auf seinen demokratischen Charakter und den fast verzweifelten Widerstand gegen den »Verfall basaler Ordnungsstrukturen«. Sein Überblick ist dabei so gehaltvoll wie deprimierend und leitet zum abschließenden Ausblick auf die heute anstehenden »primären Aufgaben« über.

SOPHIE LIEBNITZ ▪

## Liebe Kinder, gute Kameraden

**Jürgen Kloosterhuis: *Liebe Kinder, gute Kameraden. Friedrich Wilhelms I. Tabakskollegium als Sehnsuchtsort,* Berlin: Duncker & Humblot 2020. 74 S., 12 €**

Wer bisher nicht wußte, was eine »knopfologisch-biographische« Bildanalyse ist, der findet sie nun in der kleinen und feinen Studie von Jürgen Kloosterhuis zu jenem naiv anmutenden Ölgemälde »Das Tabakskollegium«. Um einen Tisch sitzen elf Männer und ein Knabe mit weißen Perücken und eigenartigen Uniformen; zwei Kinder betreten von links den Raum; an der rechten Wand sitzen zwei weitere Herren. Auf dem Tisch Bierflaschen und Biergläser, in den Händen langstielige Tabakspfeifen, und am Ende des Tisches hockt da noch aufrecht ein Hase.

Kloosterhuis, langjähriger Direktor des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz in Berlin und heute einer der besten Kenner der preußischen Militärgeschichte des 18. Jahrhunderts, legt immer wieder grundlegende Studien wie etwa zu den »Langen Kerls« vor, die aus der Fülle der Archivbestände und aus seiner spürbaren Freude am Suchen wie Auffinden noch winzigster Details entstehen. So wird aus dem eher steifen Bild, an dem die Besucher im Schloß Königs Wusterhausen, wo es nun hängt, vermutlich achtlos vorbeigehen, eine Szene voller Geschichten und Leben.




Kloosterhuis sucht den Schlüssel der Bildbotschaft. Auf dem Weg dahin beschreibt er die Geschichte des Bildes, lokalisiert die Szene und begibt sich vor allem auf Grundlage zweier divergierender und ungenauer Namenslisten zu jenem Bild an die Klärung, mit wem wir es hier außer selbstverständlich König Friedrich Wilhelm I. am Tisch seines Tabakskollegiums zu tun haben. Jede Person wird identifiziert, jeder widmet Kloosterhuis nach der Uniformbeschreibung – nebst Aufzählung der Knöpfe! – kurze Karrieredaten. Dabei erfahren wir, warum der König gerade diese Personen »seines besonderen gesellschaftlichen Umgangs« für würdig hielt. Auch die Gesten der Kinder werden entschlüsselt, etwa warum der Junge am Tisch – Prinz August Wilhelm – auf die Bierflasche des Nachbarn zeigt, oder welche Bedeutung und Herzlichkeit der König seinen ihm »Gute Nacht« wünschenden Söhnen Heinrich und Ferdinand entgegenbrachte. Wer also dachte, das alles sei nur so von Georg Lisiewski 1736/37 dahingemalt worden, der wird am Ende – nach 74 Seiten und 116 mitlesenswerten Fußnoten – mit gewisser Rührung erkennen, wie sehr sich hier eines »komplizierten Königs« »Wunschträume von häuslicher Eintracht, Kindesliebe und Kameradentreue« widerspiegeln. Und warum dem König gegenüber ein Hase sitzt, erfährt der Leser natürlich auch.

Für die Freunde Preußens ist diese detailreiche Untersuchung mit vielen weiterführenden Angaben ein auch vom Verlag hübsch gestaltetes Muß.

WULF D. WAGNER ▪

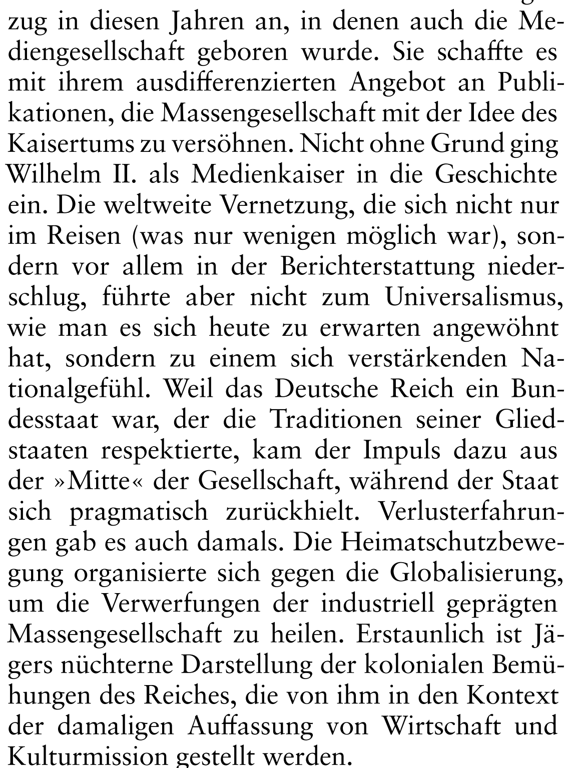
## Zweitereichdynamik

**Jens Jäger: *Das vernetzte Kaiserreich. Die Anfänge von Modernisierung und Globalisierung in Deutschland,* Ditzingen: Philipp Reclam jun. 2020. 259 S., 22 €**

Der 150. Geburtstag des Kaiserreichs war für die Bundesrepublik des Jahres 2021 eine fremde Angelegenheit. Die Ansprache des Bundespräsidenten lief darauf hinaus, das Kaiserreichs im Anschluß an Heinrich August Winklers Geschichtsdeutung als vordemokratisches Konstrukt des Militarismus zu charakterisieren, mit dem uns glücklicherweise nicht mehr allzuviel verbinde. Aber neben der Sorge, daß der »Anblick von Reichskriegsflaggen auf den Stufen des Reichstagsgebäudes« ein Menetekel des Untergangs der BRD sein könnte, kam auch der Bundespräsident nicht umhin, die Modernität und die Dynamik des Kaiserreichs zu erwähnen.

Neben der Erzählung vom Obrigkeitsstaat als Vorläufer des NS-Staates hat sich eine Deutung etabliert, die dem Kaiserreich ein zweites Gesicht gönnt. Der Historiker Jens Jäger (* 1965), der in Köln lehrt, widmet sich dieser zweiten Erzählung. Auch wenn er das mit den floskelhaften Begriffen »Vernetzung« und »Globalisierung« tut, so muß man ihm zugute halten, daß er nicht den Fehler des Bundespräsidenten macht, jedem positiven Aspekt des Kaiserreichs sofort einen negativen an die Seite zu stellen. Jäger erzählt die Geschichte eines jungen Staates mit langer Geschichte, dessen Grenzen keinen natürlichen Schutz boten und der aufgrund seines wirtschaftlichen und demographischen Wachstums nicht nur eine unglaubliche Dynamik entwickelte, sondern auch darauf achten mußte, die sozialen Fliehkräfte im Zaum zu halten. Neben der Landflucht drohte die Auswanderung von fast drei Millionen Deutschen das Reich um die Früchte des Wachstums zu bringen. Die Mobilität schlug sich nicht nur in den zunehmenden Reisemöglichkeiten nieder, sondern auch in einem Boom der Kommunikationsmittel. Die Postkarte trat ihren Siegeszug in diesen Jahren an, in denen auch die Mediengesellschaft geboren wurde. Sie schaffte es mit ihrem ausdifferenzierten Angebot an Publikationen, die Massengesellschaft mit der Idee des Kaisertums zu versöhnen. Nicht ohne Grund ging Wilhelm II. als Medienkaiser in die Geschichte ein. Die weltweite Vernetzung, die sich nicht nur im Reisen (was nur wenigen möglich war), sondern vor allem in der Berichterstattung niederschlug, führte aber nicht zum Universalismus, wie man es sich heute zu erwarten angewöhnt hat, sondern zu einem sich verstärkenden Nationalgefühl. Weil das Deutsche Reich ein Bundesstaat war, der die Traditionen seiner Gliedstaaten respektierte, kam der Impuls dazu aus der »Mitte« der Gesellschaft, während der Staat sich pragmatisch zurückhielt. Verlusterfahrungen gab es auch damals. Die Heimatschutzbewegung organisierte sich gegen die Globalisierung, um die Verwerfungen der industriell geprägten Massengesellschaft zu heilen. Erstaunlich ist Jägers nüchterne Darstellung der kolonialen Bemühungen des Reiches, die von ihm in den Kontext der damaligen Auffassung von Wirtschaft und Kulturmission gestellt werden.



Zwei Exkurse beleuchten die Internationalisierung der Strafverfolgung und der Frauenbewegung, woran sich die Prozesse der Vernetzung gut beschreiben lassen. Letztendlich sieht Jäger in den heute gemeinhin als Defizit betrachteten, mangelnden politischen Partizipationsmöglichkeiten der Bürger den Impuls für die Vernetzung untereinander, die das Gründen von Vereinen und das bürgerschaftliche Engagement zu nie wieder erreichter Blüte brachten. Das Kaiserreich war damit nicht nur modern, sondern hält auch für unsere Zeit zumindest einige bedenkenswerte Lektionen bereit: Der Parteienstaat erstickt das Engagement der Bürger. Vernetzung und Globalisierung sind keine Einbahnstraße zum Universalismus.

ERIK LEHNERT ■

## Wer baut denn da?

**Hans Kollhoff: *Architektur. Schein und Wirklichkeit,* Springe: zu Klampen 2020. 128 S., 14 €**

Der Architekt Hans Kollhoff wurde 2019 Gegenstand einer Attacke aus der Autorenschaft des linken Kulturmagazins *Arch+*. Verena Hartbaum und Stephan Trüby versuchten im Stil »antifaschistischer« Trüffelschweine Kollhoff zu diskreditieren, indem sie ihn in die Nähe des Antisemitismus rückten. Beide stammen aus der Kernzelle der linken Bautheorie, dem Institut für Grundlagen moderner Architektur und Entwerfen (IGMA) an der Universität Stuttgart. Trüby fungiert als Institutsleiter, Hartbaum arbeitet dort als wissenschaftliche Mitarbeiterin. Gegner des dominierenden Baumodernismus werden von dort aus aufgespürt, negativ verwertbares Material über sie wird gesucht, um sie dann in Interviews oder Zeitungsartikeln anzuklagen. Zuletzt mußte auf diese Weise der Architekt Christoph Mäckler dran glauben. Der Geist, vor dem sich diese Architektenschaft ängstigt, müsse unbedingt »in der Flasche« gehalten werden, äußert Kollhoff nun. Der Aufhänger zur Attacke gegen ihn war der von ihm 2000 halbmodern-neoklassizistisch gestaltete Berliner Walter-Benjamin-Platz. Die ideologisch beseelten Sucher schnüffelten und wurden auf dem Areal bei einer kleinen, bislang kaum beachteten Bodenplatte fündig. Die Platte trug ein kritisches Zitat zu »usura«, dem italienischen Wort für »Wucher«. Sie fanden rasch heraus, daß der nicht genannte Autor der Zeilen der amerikanische Schriftsteller Ezra Pound ist, der sich einst negativ über Juden geäußert und Mussolini verehrt hatte. Die übliche Pressemaschinerie konnte nun gegen Kollhoff in Gang gesetzt und die unscheinbare Bodenplatte selbstverständlich 2020 ordnungsgemäß entfernt werden.

Doch das Trüffelschwein hat bekanntlich ein feines Sensorium, und Kollhoff beweist mit seinem Bändchen *Architektur,* daß er keinesfalls ungefährlich für das Milieu der modernistischen Bestandswahrer ist. Ohne Respekt vor der gegenwärtigen Architektenzunft legt er eine vernichtende Bestandsaufnahme unserer Baukultur und des dahinterstehenden materialistischen Ungeistes vor. Urbaner Raum komme nicht mehr zustande, weil statt Gemeinschaft, die ein Einordnen erfordere, und Identifikation mit dem Gemeinwesen nur noch die narzißtische Gier nach Aufmerksamkeit und das kurzfristige Denken der Profitmaximierung die Köpfe beherrschten. Kollhoff spricht offen von »Machwerken«, die uns heute im Feuilleton als große Architektur verkauft werden. Kurzlebige Moden, schlecht alternde Experimentalbauten, bezugslose Solitäre und Abschreibungsobjekte, die nach 25 Jahren wieder abgerissen werden, zerstören das Bild der europäischen Stadt. Monströse Megastrukturen haben vielerorts die klassische Form des Hauses, bei der die meisten Menschen Behaglichkeit empfinden, verdrängt. Es sei diejenige Architektur, die von einer globalistisch agierenden Elite bevorzugt werde. Der Sündenfall lag für Kollhoff dabei in der völligen Abkehr traditioneller Stadtbauprinzipien nach dem Zweiten Weltkrieg. Mittlerweile sei sogar die Denkmalpflege modernistisch korrumpiert worden. Der Autor spart nicht mit Kulturkritik an plattem Entertainment und Konsum ohne Bereitschaft, auch etwas Geld in die Schönheit der Stadt zu investieren.

Doch er gibt auch Hoffnung auf Änderung. Eine neue Schicht von Bauherren werde sich nach dem Durchschreiten aller Täler der Unkunst schrittweise aus den Fesseln des alt gewordenen Modernismus lösen und den Weg zurück zu traditionellen Prinzipien finden. Demut und Achtsamkeit würden wiederentdeckt. Die Liebe zum Schmuck werde wieder Einzug halten. Die europäische Stadt werde nicht sterben. Kollhoff plädiert für einen »dem Zeitgeist diametral entgegengesetzten« Konservatismus, der dazu berufen sei, das europäische Erbe zu bewahren. Der »unheiligen Allianz aus Political Correctness und skrupellosem Wirtschaftsgebaren« gelte es, »das Aristokratische als Haltung« entgegenzusetzen: »Ich hoffe, das klingt zuversichtlich, wenngleich junge Architekten nun vieles vergessen dürfen, was sie heute an der Hochschule lernen.«

CLAUS-M. WOLFSCHLAG ■

## Alles Gute! Michael

**Thomas Wagner: *Der Dichter und der Neonazi. Erich Fried und Michael Kühnen. Eine deutsche Freundschaft,* Stuttgart: Klett-Cotta 2021. 172 S., 20 €**

Man sollte es vorwegnehmen: Dies ist ein Buch für jene, die es *ganz* genau wissen wollen. Nämlich Details über die einigermaßen verrückte (Brief-)Freundschaft zwischen dem (einst enorm

populären) jüdischen Dichter und linken Antifaschisten Erich Fried (1921–1988) und dem bekennenden Neonazi Michael Kühnen (1955–1991). Diese Liaison ist seit langem bekannt, wenigstens den speziell Interessierten. Der Kultursoziologe Thomas Wagner (* 1967) gilt aufgrund verschiedener Veröffentlichungen (etwa *Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten,* 2017) als Linker, der irgendwie »rechtsoffen« – sprich, diskursinteressiert – ist. Als Autor spürt Wagner hier dem Fall Fried/Kühnen nach. Kühnen war damals, Januar 1983, von der ARD-Talkshow *III nach 9* kurzfristig ausgeladen worden. Es hatte um die »Gefahr eines neu aufflammenden Rechtsextremismus« gehen sollen. Die Moderatorin und Wanna-be-Jüdin Lea Rosh war von Anfang an gegen die Einladung Kühnens gewesen. Fried, damals Diskussionsgast, fand es hingegen »falsch und kleinkariert«, Kühnen auszuladen. Vor dem TV-Studio gab es damals »antifaschistische« Kundgebungen gegen den Auftritt Kühnens. Auf einem der Schilder stand – heute anrührend – »Freundschaft mit Ausländern!« Das ist aus heutiger Sicht eine doppelt verrückte Parole – zumal Kühnen in seinen (homo-)sexuellen Beziehungen ganz ausweislich ein »Ausländerfreund« war, und zwar nicht nur zum eigenen Vergnügen. Daß Kühnen sich vehement für ein Bleiberecht seines jungen thailändischen Freundes einsetzte, bleibt hier zwar unerwähnt, nicht aber das generelle sexuelle Begehren. Fried, knapp 35 Jahre älter als sein Brieffreund, bekennt sich zwar zu »ausgeprägter Polygamie«, Kühnen hingegen war einfach schwul, er starb an Aids. Die gegenseitige Anziehung dürfte außerkörperlich gewesen sein. Fried jedenfalls fand damals, daß man »natürlich« mit »Nazis« reden dürfe: »Auch sie würden lachen und weinen«. Autor Wagner entspinnt uns nun, dem geplatzten Fernsehauftritt folgend, einen beiderseits sehr nahbaren, langjährigen Briefwechsel zwischen dem Dichter Fried und SA-Fan Kühnen. Sie entdecken Gemeinsamkeiten: Beide erklären sich als »antibürgerlich«, »antikapitalistisch« etc. 1985 läßt Fried den dann inhaftierten Neonazi wissen: »Du bedeutest mir viel, auch wenn ich Dich nie von etwas überzeugen konnte. Das ist so, wie wenn ich meinen Kindern sage: ›Das ist meine Meinung; tust Du aber das Gegenteil, so bedeutest Du mir noch genau so viel, und ich werde Dir immer noch zu helfen versuchen‹.« Ein Wunder – Wagner läßt die rezente Debatte und Fragestellung »Mit Rechten reden?« offen. Es gibt hier keinen Bezug zum Heute. Einerseits geht das völlig in Ordnung. Es gibt nämlich keine Fährte von Kühnens NS-Phantasien zu denen, die heute als »Neue Rechte« tituliert werden. Die daueraktuelle Frage, ob man (= die linksliberalen Großmedien) »mit Rechten« reden solle, hat so gut wie nichts zu tun damit, ob man sich mit echten Neo-Nationalsozialisten auf Diskussionen einlassen solle. Wagner klammert auch die zigzehntausendfach angeklickten, gewissermaßen »geerdeten« Gespräche zwischen dem ghanaischen Entertainer Nana Domena und dem »Rechtsrocker« Frank Krämer (»Stahlgewitter«) aus, die vielleicht eine Parallele böten. Es geht hier ausschließlich um Fried, Kühnen und das damalige Umfeld. Das ist lesenswert – aber doch eine Orchidee im luftleeren Raum.

ELLEN KOSITZA ■

## »Gottbegnadet«

**Theodor Kellenter:** ***Die Gottbegnadeten. Hitlers Liste unersetzbarer Künstler,*** **Kiel: Arndt-Verlag 2020. 544 S., 29,80 €**

Das Dritte Reich ist auch im 21. Jahrhundert ein Zugpferd für den Buchmarkt. Kaum eine noch so marginale Nische, die nicht in all ihren Facetten erforscht werden will. Dazu ein reißerischer Titel, schon ist der Erfolg programmiert, der Inhalt dabei zweitrangig. Anders liegt der Fall bei dem hier anzuzeigenden Werk, *Die Gottbegnadeten.* Der Anspruch des lexikalisch aufbereiteten Buches ist es, dem Vorurteil entgegenzutreten, wonach wegen der Emigration einiger Künstler nach der Regierungsübernahme der Nationalsozialisten 1933 Deutschland zu einer kulturellen Wüste verkommen sei.

In der ausführlichen Einleitung beleuchtet der Autor den Themenkomplex »Kunst und Künstler im Dritten Reich«. Wer war dieser Personenkreis der »Gottbegnadeten«? Im wesentlichen wurden die Künstler durch Hitler und Propagandaminister Goebbels in einer 1944 endgültig zusammengestellten, 38 Seiten langen Liste schriftlich fixiert. Von rund 140000 Mitgliedern der Reichskulturkammer wurden in einer »Gottbegnadeten-Liste« genannten Erklärung knapp über 1000 Künstler als unersetzlich eingestuft. Um diesen als »Elite der deutschen Kulturschaffenden« bezeichneten Personenkreis zu schützen, verfügten die amtlichen Stellen des Dritten Reiches, sie vom Kriegsdienst freizustellen. Als »gottbegnadet« im engeren Sinne empfanden die Listenersteller nur 375 Personen.

Der lexikalische Teil des Buches geht auf Grundlage dieser Liste den Biographien der genannten Künstler nach. Über 1000 Kurzbiographien von Musikern, Dirigenten, Sängern, Schriftstellern, Schauspielern, Architekten, Bildhauern und Malern eröffnen einen enzyklopädischen Fundus, der viele in Vergessenheit geratene Künstler zeigt. Neben dieser Fleißarbeit gelingt es dem Verfasser, in der Einleitung fundiert und kritisch den aktuellen Forschungsstand zu beleuchten und mit dem Vorurteil aufzuräumen, »NS-Kunst« sei ein monolithischer Block gewesen. Im Gegenteil zeigen sowohl Einführung als auch Einzelbiographien auf, daß »1933« im Kunstbereich keine Zäsur bedeutete.

HAGEN EICHBERGER ■

# Sezession

## Programm und Redaktion

*Sezession* ist eine politisch konservative Zeitschrift. Sie wird von Rechtsintellektuellen gemacht, die Redaktion hat ihren Sitz auf dem Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt.

*Sezession* bündelt Gedanken, Argumente und Lösungsansätze sechs Mal im Jahr auf jeweils 72 Seiten – drei Mal thematisch gebunden, drei Mal in einem offenen Heft.

*Sezession* wird vom Institut für Staatspolitik (IfS) herausgegeben und erscheint 2020 im achtzehnten Jahrgang.

## Presse über uns

- eine »kluge Zeitschrift« (*Die Welt*)
- die »Pflichtlektüre der neurechten Intelligenz« (*Tagesspiegel*)
- »unverzichtbar für jeden Konservativen, der mitdenken will« (*Junge Freiheit*)

## Ihr Abonnement

Ein Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet inklusive Porto:

- 50 € im Normalbezug,
- 35 € ermäßigt für junge Leser in Ausbildung,
- 75 € im Förderabonnement,
- 60 € für Auslands-Abonnenten.

## Ihre Prämie 2021

Neuabonnenten erhalten als Prämie das Buch *Nationalmasochismus*, das Martin Lichtmesz herausgab.

## Sezession
## Rittergut Schnellroda
## 06268 Steigra

# Überblick 2021, 19. Jahrgang




**Heft 100 / Februar / 11 €**
Thema: »Wo stehen wir?«
72 Seiten, Beiträge u.a.:

*Autorenporträt*
*Francis Fukuyama*

Götz Kubitschek
*Nachahmungsverbot*

Erik Lehnert
*Am Rand der Gesellschaft*

Martin Sellner
*Handlungsspielräume*



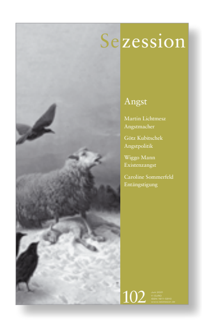

**Heft 101 / April / 11 €**
offenes Heft
80 Seiten, Beiträge u.a.:

*Autorenporträt*
*Joseph Beuys*

Erik Lehnert
*Doppelstaat*

Martin Lichtmesz
*Wir, Virus, Wien*

Simon Kießling
*Zähne, Glätte, Macht*



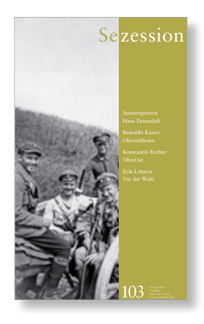

**Heft 102 / Juni / 11 €**
Thema: »Angst«
72 Seiten, Beiträge u.a.:

Martin Lichtmesz
*Angstmacher*

Götz Kubitschek
*Angstpolitik*

Wiggo Mann
*Existenzangst*

Caroline Sommerfeld
*Entängstigung*




**Heft 103 / August / 11 €**
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u.a.:

*Autorenporträt*
*Hans Domizlaff*

Erik Lehnert
*Vor der Wahl*

Benedikt Kaiser
*Oberschlesien*

Konstantin Fechter
*OberOst*




**Heft 104 / Oktober / 11 €**
Thema: »Zeitgeist«
72 Seiten, Beiträge u.a.:

*Autorenporträt*
*Herbert Gruhl*

Ellen Kositza
*Black and White*

Götz Kubitschek
*In-Denker – ein Überblick*

Dimitrious Kisoudis
*Tendenzen 21*




**Heft 105 / Dezember / 11 €**
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u.a.:

*Autorenporträt*
*Fjodor Dostojewski*

Jonas Schick
*Fastfood (50 Jahre McDonalds)*

Benedikt Kaiser
*Peronismus*

Erik Lehnert
*Nach der Wahl*

Deutsch: Lerne leiden, ohne zu klagen.
Neudeutsch: Lerne klagen, ohne zu leiden.

Michael Klonovsky